

Landesarchiv Berlin  
B Rep. 057-01

Nr.: **4749**



Wöhrn

**LEITZ**

Leitz A 85

B0 grün

g Gen (42 I)

16

Rn / 20

1 Ks 1/69 (RSA)

Landesarchiv Berlin  
B Rep. 057-01

Nr.: 4749



M



AA

u/42 gRs (370)

W 34

26. 7. 1942

H. Müller

Lösung der Fickelupage in Rinnämen



Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

A17 Me. IIg 200 FTB-54-  
Berlin SW 11, den 26. Juli 194<sup>2</sup>.  
Dring-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: Ortsverkehr 12 00 40 · Fernverkehr 12 64 21

B 4

41/42GRs (370)

Antwort auf/lehendes Befehlsgeschehen u. Datum

AA

Auswärtiges Amt

D III 017 9  
eing. 5. AUG. 1942

An das (fach) Bopp. d. Eng.

Auswärtige Amt,  
z.Hdn. von Herrn Unterstaatssekretär L u t h e r  
o.V.i.A.

B e r l i n .

Betrifft: Lösung der Judenfrage.

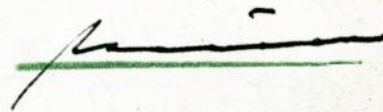
Bezug: Ohne.

Es ist vorgesehen, etwa ab 10.9.1942  
nunmehr auch Juden aus Rumänien in Sonderzügen  
nach dem Osten abzubefördern.

Der zu erfassende Personenkreis er-  
streckt sich zunächst auf arbeitsfähige Juden,  
soweit sie nicht in Mischehe leben und nicht die  
Staatsangehörigkeit des Britischen Empire, der  
USA, von Mexiko, der mittel- und südamerikanischen  
Feindstaaten, sowie der neutralen und verbündeten  
Staaten besitzen. (Sofern nicht für einige Länder  
z.B. Slowakei und Kroatien eine Sonderregelung  
vorgesehen ist.)

Ich bitte um Kenntnisnahme und nehme  
an, daß auch seitens des Auswärtigen Amtes kei-  
ne Bedenken gegen diese Maßnahmen bestehen.

In Vertretung:



K212604

83-25 Rum 617



Berlin, den 12. August 1942 V. Lind.

zu D III 617 g

1.) An

den Chef der Sicherheitspolizei

und des SD

z.Hd. von Gruppenführer Müller

Geheim

Ref.: U.St.S.Luther

Geq. Rat Klingenfuß

Auf das Schreiben vom 26.7.1942

IV B 4 41/42 gRs (370) -.

Die Frage der Abbeförderung der Juden aus Rumänien hat durch die inzwischen erfolgte Zusage des Rumänischen Stv. Ministerpräsidenten eine positive Klärung erfahren.

Bezüglich der ungarischen Juden haben sich erneut Widerstände ergeben. Ich werde nach Abschluss der hierüber schwebenden Verhandlungen auf die Angelegenheit zurückkommen und bitte, in der Zwischenzeit die ungarischen Juden in Rumänien von der Abschiebung auszunehmen.

Im Auftrag  
gez. Luther

2.) Unter 1 D'druck der Reinschr.der Angabe zu 1.) ist zu setzen:

In Abschrift

der Deutschen Gesandtschaft

in Bukarest

unter Bezugnahme auf den Bericht vom 7. August 1942  
-Tgb.Nr. Be.10/42 - Aktenz.: B II 8 - mit der Bitte  
um Kenntnissnahme übersandt. *52.11.42*

Ich kann im Übrigen nicht verhehlen, daß ich sehr verwundert war, daß die endgültige Vereinbarung in dieser Angelegenheit durch einen persönlichen Briefwechsel zwischen dem Rumänischen Stv. Ministerpräsidenten und dem Berater <sup>Reich</sup> erfolgte. Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit direkter persönlicher Verhandlungen <sup>Reich</sup> erscheint es doch ~~ratsam~~, abschließende Vereinbarungen von solcher Tragweite durch den <sup>Reich</sup> Gesandten

## Gesandten

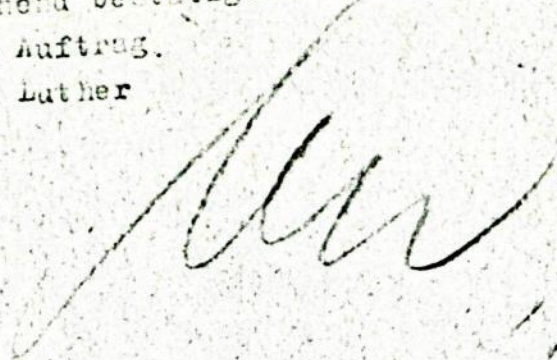
K212615

483006



Gesandten unmittelbar zu treffen und  
sich entsprechend betätigen zu lassen.

Im Auftrag.  
gez. Luther



1578  
Jas. H. 6. 11. 1578

Handwritten text, likely a letter or document, mostly illegible due to fading and bleed-through.

K212616

48300



AA Mel. II g 200

A. A. eing. 10 AUG 1942 Vn

Bukarest, den 7. August 1942.

tsche Gesandtschaft

teilung Berater.

Nr.: Sc. 10/42

enz.: B II 8

rifft: Weiterleitung  
es Schreibens.

gang: Ohne.

age: - 1 -

oppel.

GEHEIM

Auswärtiges Amt

D III 650 g

eing. 11. AUG 1942

Durchdruck  
Auswärtiges Amt

den 11. August 1942

D III 650 g

Ich übersende Ihnen beiliegend ein Schreiben  
des SS- Hauptsturmführers Richter Bukarest mit einem  
an ihn gerichteten Brief des Stv. rumänischen Minister-  
präsidenten Antonescu, nach welchem sich die  
rumänische Regierung mit der Aussiedlung der Juden aus  
Rumänien und dem sofortigen Abtransport aus den Bezir-  
ken Arad, Timisoara und Turda ein-  
verstanden erklärt hat.

An

Obersturmbannführer Eichmann  
Reichssicherheitshauptamt

Berlin

Im Auftrag

Jas. Klugefuss

2.

K212626

E364037

das

swärtige Amt  
Abtlg. Deutschland -

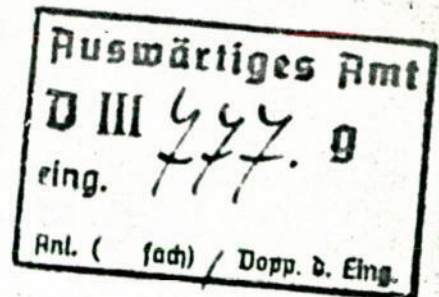
erlin

K212628

E364039



Telegramm (G-Schreiber)



Bukarest, den 15.9.1942

15.10 Uhr

Ankunft, den 15.9.1942

16.00 Uhr

Nr. 4360 vom 15.9.

Über Abteilung Deutschland mit der Bitte um Weiterleitung an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD z. Hd. von SS-Obersturmbannführers Eichmann Berlin SW 62 Kurfürstenstraße 116.

Betr.: Aussiedlung der Juden aus Rumänien

Vorg.: Telefonische Unterredung am 11.9.42

Gesandter von Killinger hat am 27. August 1942 an das Königlich Rumänische Ministerium des Äußeren eine Verbalnote folgenden Inhalts gerichtet: "Die deutsche Gesandtschaft beehrt sich, dem Königlich Rumänischen Ministerium des Äußeren unter Bezugnahme auf den kürzlichen Schriftwechsel zwischen Herrn Vizeministerpräsident Professor Mihai Antonescu und SS-Hauptsturmführer Richter folgendes mitzuteilen:

Nachdem Herr Ministerialdirektor Lesca aus Berlin nach abschließender Besprechung über die Aussiedlung der Juden aus Rumänien zurückgekehrt ist, hält die Gesandtschaft die Vorverhandlungen für abgeschlossen und bittet um Übermittlung einer alle maßgeblichen Fragen kurz enthaltenden Stellungnahme der Königlich Rumänischen Regierung zum Zwecke der Vorlage bei der Reichsregierung

Verteiler Nr. 4:

D II

(Anh. 2)

RAM

StS

BRAM

Hessh. Ritter

A. L. L. L.

6, Pol. 1) Recht,

8) Exchid. 9, Ha Pol.

10) Kult. 11) Presse,

12) Pol. 13, Ru. 14) Inf.

Dg. Pol.

Dg. Arb. Abt. (wenn nicht Pol. Arb. Abt. abt. m)

Sammlg. Folia

V e r m e r k .

Ein Doppel des vorstehenden Telegramms ist dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD z. Hd. von SS-Obersturmbannführer EICHMANN in Berlin SW. 62, Kurfürstenstraße 116, übersandt worden.  
Berlin, den 17. September 1942.

H522747

K212636

Zu 17.9.



- 2 -

Reichsregierung," da die rumänische Regierung auf diese Verbalnote noch nicht geantwortet hat, kann ein Termin über den Beginn der Aussiedlungsaktion noch nicht festgelegt werden. Auf Grund der zwischen dem Berater und dem Leiter der Transportkommandantur in Rumänien, sowie dem Vertreter der deutschen Reichsbahn in Bukarest geführten Unterredung ergibt sich, daß Schwierigkeiten in der Durchführung der Transporte nicht auftreten, sobald der Termin der Aussiedlung feststeht.  
( Richter, SS-Hauptsturmführer 15.9. 12.35 )

Killinger

+ H522748

K212637



Durchdruck  
Auswärtiges Amt

Berlin, den 15. Oktober 1942

D III 873 G

**Geheim**

Von der Deutschen Gesandtschaft Bukarest ist zur Weiterleitung dorthin folgendes Telegramm hier eingegangen:

"Betr. Errichtung eines Generalkommissariats für Judenfragen. Der am 8. September 42 dem stv. Ministerpräsidenten Mihai Antonescu unterbreitete Vorschlag, zur einheitlichen Erfassung und Bearbeitung aller Angelegenheiten ein Generalkommissariat für Judenfragen zu errichten, war auch Gegenstand der Ministerratssitzung am 30. September 42. Nach inzwischen erhaltenen Informationen hat der stv. Ministerpräsident dem Ministerrat bekanntgegeben, dass er die verschiedenen Kompetenz-Streitigkeiten in der Behandlung jüdischer Fragen und Angelegenheiten nicht mehr länger mit ansehen und ähnlich der organisatorischen Voraussetzung zur Lösung der Judenfrage in Bulgarien ein Generalkommissariat für Judenfragen einrichte. Er forderte die beiden Unterstaatssekretäre im Innenministerium, General Vasilin und Strihan auf, ihm Vorschläge einzureichen darüber, wie sie sich die Organisation eines solchen Generalkommissariats vorstellen. Er gab bekannt, dass die Leitung des Generalkommissariats unter dem bisherigen Beauftragten für Judenfragen, Ministerialdirektor Lecca steht." -

Im Auftrag

gez. Klingenfuss

An das  
Reichssicherheitshauptamt  
z.Hd.v.Herrn Eichmann  
Berlin

JH

ab: 15. Okt. 1942  
Eint.

15.10.

K212658



11. Dezember 1942

D III 1082 g

In der Anlage wird ein mit Bericht der Deutschen Gesandtschaft Bukarest vom 26. November 1942 übermittelter Lagebericht des Bereaters für Judenfragen, SS - Hauptsturmführer Richter, über<sup>den</sup> Stand der Aussiedlungsfrage in Rumänien übersandt. Die Gesandtschaft ist zunächst gebeten worden, die Möglichkeiten zu prüfen, die im Augenblick die in's Stocken geratene Angelegenheit wieder in Fluß bringen können.

Im Auftrag

Gen. Klingensiefel

An  
das Reichssicherheitshauptamt  
z.Hd. von SS- Obstbf. Eichmann  
B e r l i n  
Kurfürstenstr. 116.

K212670



GEHEIM

Stand der Frage der Aussiedlung der  
Juden aus Rumänien  
-----

Die Frage der Aussiedlung der Juden aus Rumänien war in der letzten Zeit wiederholt Gegenstand eingehender Unterredungen mit dem Stv. Ministerpräsident Mihai Antonescu.

Am 9. Oktober erklärte Mihai Antonescu Herrn Gesandtschaftsrat Dr. Stelzer, der sich nach dem Stand der Beantwortung der Verbalnote vom 27. August erkundigte, daß er die Beantwortung dieser Verbalnote nicht vergessen habe. Wenn er sich auch über die Art der Beantwortung nicht im klaren sei, so stehe er zu seiner in dieser Angelegenheit dem Berater gegebenen schriftlichen Zusage. Auch die Besprechungen des Regierungsbeauftragten Lecca in Berlin und vor allem seine (Antonescu) eingehenden Unterhaltungen in dieser Frage mit dem Reichsaußenminister anlässlich seines letzten Besuches in dessen Feldquartier hätten sich auf dieser Linie bewegt. Nachdem er somit die grundsätzliche Bereitwilligkeit der rumänischen Regierung deutlich habe erkennen lassen und vor allem mit dem Herrn Reichsaußenminister ein vollständiges Einverständnis erzielt habe, sei es eher an uns, ihm konkrete Vorschläge zu machen.

In der vom Berater daraufhin verlangten Audienz vom 22. Oktober wurde die Frage der Aussiedlung erneut angeschnitten. Der Stv. Ministerpräsident versuchte dabei eine Spitzfindigkeit zu finden, indem er erklärte, er habe auf der einen Seite der Aussiedlung der Juden aus Rumänien zugestimmt und es sei auch in Berlin diesbezüglich verhandelt worden, andererseits wäre



aber ein Schritt der Deutschen Gesandtschaft erfolgt, daß die Deportierungen der Juden über den Bug eingestellt werden sollen. Hier sei seiner Ansicht nach ein Widerspruch. Von Seiten des Beraters wurde daraufhingewiesen, daß von einem Widerspruch hier nicht die Rede sein könne, denn als Aussiedlungsgebiet sei, wie das in den einschlägigen Besprechungen immer wieder betont worden sei, nicht die Gegend jenseits des Bugs, sondern vorläufig das Generalgouvernement vorgesehen. Wenn deshalb eine Aussiedlung der Juden aus Rumänien stattfinde, dann sei es im Rahmen der Lösung der Judenfrage in Europa nicht im Plan des Deutschen Reichs, die Juden aus Rumänien in ein Gebiet jenseits des Bugs auszusiedeln, sondern die Aussiedlung direkt nach dem vorläufig dafür bestimmten Generalgouvernement durchzuführen. Der Stv. Ministerpräsident schwieg sich nach dieser Richtigstellung vollkommen aus.

Aus seinen Ausführungen gewann man den Eindruck, daß der von ihm aufgezeigte angebliche Widerspruch nur ein Vorwand dafür ist, daß Marschall Antonescu die Aussiedlung der Juden verschoben hat. Diese in Photokopie vorliegende Entscheidung des Marschalls Antonescu lautet folgendermaßen:

"Die Evakuierung aus Siebenbürgen wird nur studiert. Die Durchführung wird aufgeschoben. Sie wird nur dann begonnen werden, wenn der günstige Augenblick kommen wird. Bis dahin werden bis in die kleinsten Einzelheiten von dem Innenministerium auf Grund der von Herrn M. Antonescu erteilten Anweisungen Vorbereitungen getroffen.

Marschall Antonescu"

Nikolai Antonescu suchte als guter Diener des Marschalls stichhaltige Vorwände. Man merkte aber, daß ihm der Stand der Sache äußerst peinlich ist.

Auf meine Frage, wie er sich den weiteren Verlauf dieser Angelegenheit denke und wie es im Zusammenhang damit mit der Beantwortung der Verbalnote



- 3 -

vom 27. August stehende, erklärte der Stv. Ministerpräsident, daß er die dem Berater schriftlich gegebene Erklärung über das Einverständnis der rumänischen Regierung zur Aussiedlung der Juden als genügend betrachte und die Frage der Aussiedlung der Juden aus Rumänien nun durch den eingesetzten Ministerialausschuß für die Judenfrage weiterbehandelt werden soll.

352

K212668

478281



12



IV

656 / 42 g

v. 18.12.42

Vertäfelung von in Mischbau überdeckt

Jeden (in Frankreich) mit Schutzhaube

zu versehen

Fundstelle

IV B 4 a 3233 / 41 g (1085)

FC v. 25.1.43



13



2018/429 (908)

W 34a

18. 12. 1943

H. Müller

B. Künze  
ku

Erwartung der für die Kolonialisierung  
nach Herrenland bestimmten politischen  
Personenkreis



Berlin, den 18. Dezember

fel.

An

a/ alle Staatspolizei(leit)stellen  
- ausser Prag und Brünn -

b/ den

Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD  
Zentralamt für die Regelung der Judenfrage in  
Böhmen und MährenP r a g

c/ den

Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD  
für Lothringen-SaarpfalzM e t z

d/ den

Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD  
im ElsaßS t r a ß b u r g /Elsaß

e/ das

Einsatzkommando der Sicherheitspolizei und des SD

i n L u x e m b u r g

f/ den

Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD  
für die UntersteiermarkM a r b u r g .a.d.D.

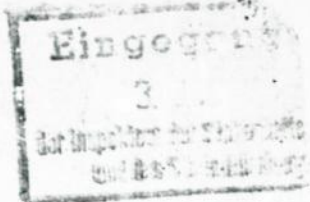
g/ den

Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD  
für die besetzten Gebiete Kärntens und KrainsV e l d e s .Nachrichtlich

a/ dem

Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD  
beim Reichsprotector in Böhmen und MährenP r a g

./.





8



Betrifft: Erweiterung des für die Wohnsitzverlegung nach Theresienstadt bestimmten jüdischen Personenkreises.

Bezug: Ohne.

Der Reichsführer-SS hat auf Vorschlag angeordnet, die jüdischen Ehegatten aus nicht mehr bestehenden deutsch-jüdischen Mischehen, die vom Kennzeichnungszwang befreit sind, in die Maßnahmen zur Wohnsitzverlegung von Juden nach Theresienstadt einzubeziehen. Ausgenommen bleiben zunächst die jüdischen Ehegatten

- a/ deren Söhne gefallen sind oder
- b/ womit Rücksicht auf vorhandene Kinder zu erwarten ist, daß dadurch eine gewisse Unruhe hervorgerufen werden würde.

Das Erforderliche unter Zugrundelegung der Richtlinien zur technischen Durchführung der Wohnsitzverlegung der Juden nach Theresienstadt vom 20.2.1943 - IV B 4 a 2537/42 - die bis auf die genannte Erweiterung des Personenkreises unverändert bleiben, ist in der Zeit vom 5. Januar bis 10. Januar 1944 durchzuführen. Bei der schlagartig durchzuführenden Wohnsitzverlegung dieser Juden bitte ich dafür Sorge zu tragen, daß ihnen keine Gelegenheit zum Untertauchen gegeben wird.

In Zweifelsfällen ist, hinsichtlich einer eventuellen Zurückstellung wegen vorhandener Kinder die Entscheidung des Reichssicherheitshauptamtes einzuholen.

Abschlussbericht ist vorzulegen.

In Vertretung:  
gez.: Müller

Beglaubigt  
*Kümpfe*  
Kanzleileitende

ku



49



14

43/42 gRs (1005)

IV B 4

28. 2. 1942

H. Müller

Stellungnahme zu einem anonymen  
Schreiben über angeblich Vorgänge  
im Hinblick auf die Lösung des  
Problems in Warkentin?



HA Mil. A 4 11/3

Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

Berlin SW 11, den 18 Februar 1942  
Prinz-Bibrecht-Straße 8  
Fernsprecher: Ortsverkehr 12 00 40 Fernnachkehr 12 64 21

IV B 4 43/42 GAs(1 05)

Bitte in der Antwort mitzuteilende Geheimhaltungsgrade u. Datum anzugeben

Geheime Reichsache

An den  
Herrn Unterstaatssekretär L u t h e r  
im Auswärtigen Amt,  
B e r l i n .

Lieber Kamerad L u t h e r !

Das an das Auswärtige Amt gerichtete  
anonyme Schreiben über angebliche Vorgänge im  
Hinblick auf die Lösung der Judenfrage im Warthe-  
gau, welches Sie mir mit Ihrem Schreiben vom  
6.2.1942 übersandten, habe ich sofort in ent-  
sprechende Bearbeitung gehen lassen. Die Ermitt-  
lungen laufen zur Zeit.

Daß dort, wo gehobelt wird, Späne fallen,  
laßt sich nun einmal nicht vermeiden und es liegt  
auf der Hand, daß der Gegner stets versuchen wird,  
die gegen ihn gerichteten Maßnahmen nach Tunlich-  
keit aufzubauschen mit dem Ziel der Mitleider-  
regung und Hoffnung auf Abstellung. Gerade der  
Jude versucht, seitdem die Arbeiten zur Abdrängung  
dieses Gegners seinerzeit in verstärktem Maße von  
mir in Angriff genommen wurden, laufend durch  
anonyme Schreiben an fast alle Stellen des Reichs-  
gebietes seinem verdienten Schicksal hierdurch  
zu entgehen.

Heil Hitler!

Ihr

K222816

D548427



BA Nr 19 neu / 1686

Personlicher Stab Reichsführer  
Schriftgut

Feldpostamt, 20.11.1942

Der Reichsführer-

Tgb.Nr.

W/V.

An

Gruppenführer Müller  
Berlin

In der Anlage übersende ich Ihnen eine sehr interessante Meldung über eine Handschrift des Dr. Winc vom September 1942.

1. Daß derartige Gerüchte in der Welt einmal in Umlauf kommen, wundert mich bei der großen Auswanderungsbewegung der Juden nicht. Wir wissen beide, daß bei den Juden, die zur Arbeit eingesetzt werden, eine erhöhte Sterblichkeit vorhanden ist.

2. Sie haben mir dafür zu garantieren, daß an jeder Stelle die Leichname dieser verstorbenen Juden entweder verbrannt oder vergraben werden, und daß an keiner Stelle mit den Leichnamen irgend etwas anderes geschehen kann.

3. Lassen Sie sofort überall nachforschen, ob irgendwo ein solcher Mißbrauch, wie der in dem Punkt 1) wohl als Lüge in die Welt hinausgestreut, stattgefunden hat. Jeder derartige Mißbrauch ist mir auf 1-Mid zu melden.

gH H

21 H

R



15

2145/42 g (1090)

IV B 4

18. 3. 1942 u. 2

Abfertigung von Juden aus der Slowakei

IV B 4 a

15. 5. 1942 u. Günther

Abreise der Juden aus der Slowakei

IV B 4

2. 6. 1943

u. Eichmann

B. FügerwagerMisserfolg der Juden aus der Slowakei -  
hinreichende slowakische Bischöfe gegen  
die staatlichen anti-jüdischen Maß-  
nahmen

IV B 4

8. 1. 1944

u. Eichmann

B. Fügerwager

Ermittlung der Judenfrage in der Slowakei

IV B 4

7. 2. 1944

u. Eichmann

Ermittlung der Judenfrage in der Slowakei



Sitzung des Judenberaters Rühl am  
Büro vom 10. 6. 1943 über den Be-  
trieb der slowakischen jüdischen Gassen  
in den Judenlagern in Oden an  
Böhmische

Ankündigung einer Dienstreise Eichmann  
(13. 3. 1942) bet. Vorgesprächen über die  
Evakuierung von 20.000 Juden aus  
der Slowakei

Ankündigung einer Dienstreise Scher  
(21. 4. 1942) bet. Regelung von  
vermögensrechtlichen Fragen

Ankündigung einer weiteren Dienstreise  
Eichmann (21. 5. 1942) bet. die  
laufenden Evakuierungen von Juden  
aus der Slowakei

Ankündigung einer Dienstreise Novaks  
(6. 6. 1942) bet. Teilnahme an  
Fahrsplan-Konferenz







FERNSCHREIBSTELLE  
DEUTSCHE GESANDTSCHAFT  
PRESSBURG

196  
Laufende Nr. der Fernschreibstelle

Aufgenommen:

Datum: 26.3. 1942  
um: 19:40 Uhr  
von: Ausg. Klu  
durch: Klu

Vermerke:

MIT G SCHREIBER

# FERNSCHREIBEN

von:

S' BLEN AUSW NR 176 20.3. 19.20

19.40 NR 176 EPH D G PBG KLU +

an:

DIPLOGERMA PRESSBURG

20. MIZ 1942

.Bestimmungsort

NR 417 / DER CHEF DER SICHERHEITSPOLIZEI D UND DES SD, BERLIN - TEILT MIT SCHREIBEN VOM 18. MAERZ 1942 BETR.: ABBEFOERDERUNG VON JUDEN AUS DER SLOWAKEI GENDES MIT: IM RAHMEN DIESER AKTION IST VORGESEHEN, DASS FÜR SLOWAKEI DIE ZAHLUNG EINES BETRAGES VON RM 500.-- FÜR JEDEN ABGENOMMENEN JUDEN AN DAS REICH ZU UEBERTRAGEN. - DER ERWAEHNTE EINMALIGE BETRAG VON RM 500.-- JE KOPF DIENT ZUR BESTREITUNG DER KOSTEN, DIE BEI DER UNTERBRINGUNG, VERPFLEGUNG, BEKLEIDUNG UND UMSCHULUNG DIESER JUDEN IN. NAECHSTER ZEIT ENTSTEHEN WERDEN. ZU. BERUECKSICHTIGEN IST HIERBEI, DASS ERFAHRUNGSGEMAESS DIE ARBEITSLEISTUNG DER NOCH NICHT UMGESCHULTEN JUDEN AN SICH AEUSSERST GERING IST UND SICH DIE UMSCHULUNG ERST IN EINIGER ZEIT AUSWIRKEN WIRD. -

UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES AUGENBLICKLICHEN JUEDISCHEN VERMOEGENS IN DER SLOWAKEI (UEBER 3 MILLIARDEN SLOWAKISCHE KRONEN) WIRD OHNE WEITERES ANGENOMMEN, WIE AUCH BEREITS BESTAETIGT WURDE, DASS VON SEITEN DER SLOWAKEI GEGEN DIESER REGELUNG NICHT NUR KEINE EINWENDUNGEN ERHOBE: WERDEN, SONDERN DIE ZAHLUNG DIESER BETRAGES UEBERNOMMEN WIRD. -

ICH DAFE UM ENTSPRECHEND BALDIGE WEITERE VERANLASSUNG BITTEN, DA BEREITS IN DEN NAECHSTEN TAGEN NACH ABSCHLUSS DER IN PASSAU STATTFINDENEN



AA Preßburg  
3/2/5

FAHRPLANKONFERENZ, BEI DER U.A. DIE FAHRPLAENE FUER DIESE  
20 TRANSPORTE UNTER HERANZIEHUNG EINES VERTRETERS DES  
SLOWAKISCHEN MINISTERIUMS FUER OEFFENTLICHE ARBEITEN UND  
VERKEHR - EISENBAHNSEKTIONEN - ERSTELLT WERDEN, DIE ERSTE  
TRANSPORTE DIESER AKTION GEFAHREN WERDEN. ''

ES WIRD UM BEEILTE STELLUNGNAHME HIERZU GEBETEN.

LUTHER +++



Fernschreiben

G-Schreiben

Berlin, den 20.III.1942 19,20 Uhr

Preßburg, den 20.III.1942 19,40 Uhr

Deutsche Gesandtschaft

PreßburgNr.417 ✓

Der Chef der Sicherheitspolizei D und des SD, Berlin - teilt mit, Schreiben vom 18.März 1942 betr.: Abbeförderung von Juden aus der Slowakei folgendes mit: Im Rahmen dieser Aktion ist vorgesehen, der Slowakei die Zahlung eines Betrages von RM 500,-- für jeden abgenommenen Juden an das Reich zu übertragen.

Der erwähnte einmalige Betrag von RM 500,-- je Kopf dient zur Bestreitung der Kosten, die bei der Unterbringung, Verpflegung, Bekleidung und Umschulung dieser Juden in nächster Zeit entstehen werden. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß erfahrungsgemäß die Arbeitsleistung der noch nicht umgeschulten Juden an sich äußerst gering ist und sich die Umschulung erst in einiger Zeit auswirken wird.-

Unter Zugrundelegung des augenblicklichen jüdischen Vermögens in der Slowakei (über 3 Milliarden) slowakische Kronen wird ohne weiteres angenommen, wie auch bereits bestätigt wurde, daß von seiten der Slowakei gegen diese Regelung nicht nur keine Einwendungen erhoben werden, sondern die Zahlung dieses Betrages übernommen wird.-

Ich darf um entsprechend baldige weitere Veranlassung bitten, da bereits in den nächsten Tagen nach Abschluß der in Passau stattfindenden Fahrplankonferenz, bei der u.a. die Fahrpläne für diese 20 Transporte unter Heranziehung eines Vertreters des slowakischen Ministeriums für öffentliche Arbeiten und Verkehr- Eisenbahnsektionen - erstellt werden, die ersten Transporte dieser Aktion gefahren werden."

Es wird um beeilte Stellungnahme hierzu gebeten.

Luther

Abraham

Politz Nr. 2



**Durch die Nachschüsse ausfüllen!**

Stl. Kattowitz 4643 27.3.42 0930 = ST= //

An das RSHA-IV B 4 B e r l i n  
an das Wirtschafts- und Verwaltungsamt-Amtgruppe D  
Konzentrationslager in O r a n i e n b u r g  
an den Befehlshaber der Sipo. u. d. SD. in K r a k a u  
An das KL. L u b l i n.

G e h e i m = D r i n g e n d - sofort vorlegen

Betr. Arbeitseinsatz von 20 000 Juden aus der Slowakei.  
Vorg.: FS-Erlass des RSHA Berlin IV B 4 a-2145/42 g(1090)

Ankunft des 2. Zuges in Zwardon mit 1 000 arbeitsfähigen Juden aus  
der Slowakei am 27.3.42 um 6 Uhr 52 Min. Abfahrt um 8 Uhr 5 Min.  
von Zwardon nach KL. Lublin. Bei dem Transport befand sich ein jüd.  
Arzt, sodass Gesamtzahl 1 001 Mann ist. Der Transport wurde  
ordnungsmässig übernommen und an die Begleitmannschaft in Stärke  
von 20 Beamten der Ordnungspolizei unter Führung des Rev. Ltn.  
Schwiendek von der II Komp. Res. Pol. Btl. 83 Krenau übergeben.

Mitgeführte Verfliegung: 210 kg Kunstfett, 210 kg. Kochmehl, 50 kg.  
Zwiebel, 140 kg. Salz, 6 kg. Paprika, 1 kg. Pfeffer, 100 kg. Bohnen,  
100 kg. Erbsen, 600 kg. Kartoffel, 800 kg. Sauerkraut, 200 kg. Wurst,  
240 kg. Brotmehl, 400 kg. Brot, 113 l Essig, 7000 kg. Holz.

i.V. gez. Woltersdorf.

### 44-Hauptscharführer u. Stabscharführer

1. *Chrysomelidae* (see *Chrysomelidae*)



Is 122/60 GSA Fm (80. cu 572)  
< Poca - Document >



**Auswärtiges Amt**

DV - M - SS 357

AA Preßburg

312/5

Berlin, den

21. April 1942

SS-Stubaf. Reg. Rat Suhr

Deutsche Gesandtschaft

Dr. Suhr

25 APR 1942

reist - ~~reisen~~ im Auftrage - ~~im Einverständnis~~  
des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

in der Zeit vom bis 3.5.42  
nach der Slowakei

**Reiseszweck:** Regelung der mit der Abschiebung der Juden  
aus der Slowakei nach dem Osten zusammenhängenden ver-  
mögensrechtlichen Fragen.

An

die Deutsche Gesandtschaft

Im Auftrag

*Min. um 22.11.42*  
*Libyaberg*  
*22.11.42*

*Pol. 4.11.42*  
*Finde*  
*Min*

# AA Preßbürg

312.15

1 h. R.

4 urn 4 angestrichen 4 l. l. l.

Low fl. - 1/2 inch to 1 inch

61 July 4. 4/0 2.5.

2/8

f. 26/4

J. G. W. 1467

Khuu ju. 27. 4.

AA. 500.

Wg



Auswärtiges Amt

Berlin W 8,  
Wilhelmstr. 74-76

26. Mai 1942

AA Preßburg 31215

Nr.D III 2873

10/6

Deutsche Gesandtschaft	
-3. JUN 1942	
Eg. Nr. 3365	
Abschriftlich	Geld <input checked="" type="checkbox"/> Antl.

der Deutschen Gesandtschaft  
P r e s s b u r g

mit der Bitte um Kenntnissnahme übersandt.

1. h. f. es andten in Auftrag  
2. h. w. andten  
3. h. w. andten  
124/0

Ries

Handgepäck

Post. 12. Juni 1942



Abschrift

Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

Berlin SW 11, den 15. Mai 1942  
Prinz-Albrecht-Str. 8

IV B 4 a 2145/42r (1090)

An das

Auswärtige Amt

z.Hdn.v.Herrn Leg.Rat Rademacher o.V.i.A.

Berlin

Betrifft: Abschiebung der Juden aus der Slowakei.

Bezug: Dort.Schreiben vom 4.5.42  
- D III 2006 Ang. II -

Auf das dortige Schreiben vom 4.5.1942 teile ich zur gefälligen Kenntnisnahme mit, dass in der Zeit vom 25.3. bis 29.4.1942 die ersten 20.000 - in der Mehrzahl arbeitsfähige - Juden aus der Slowakei nach Auschwitz und Lublin abgeschoben wurden. Inzwischen hat am 4.5.1942 die Abschiebung von weiteren 20.000 Juden nach Lublin eingesetzt. Es ist beabsichtigt, sofern nicht unvorhergesehene Schwierigkeiten auftreten, die Aktion anschliessend in dem Umgange fortzusetzen, dass mit einer Evakuierung von monatlich etwa 20.000 bis 25.000 Juden aus der Slowakei zu rechnen ist.

Die Bereitstellung von rollendem Material seitens der Slowakischen Regierung erleichtert die technische Durchführung der Evakuierung erheblich, da es der Deutschen Reichsbahn z.Zt. auf Grund der angespannten Verkehrslage nur schwer möglich wäre, die erforderlichen Sonderzüge zur Verfügung zu stellen.

Im Auftrage:

gez. Günther

Prot. 4 M2

Günther



AA Preßburg 31215

**Auswärtiges Amt**

DV -M- SS 436

Berlin, den 21. Mai 1942

Deutsche Gesandtschaft Preßburg Eing. 27. MAI 1942. Ubg. Nr. 3159 Anl.
--

SS-Obersturmbannführer Eichmann

reist — ~~keinem~~ im Auftrage — ~~im Auftrag~~  
des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

in der Zeit vom 26.5. bis 28.5.42  
nach der Slowakei

**Reisezweck:** Besprechungen von Fragen im Zuge der z.Zt.  
laufenden Evakuierungsaktion von Juden aus der Slowakei

An

die Deutsche Gesandtschaft

in Preßburg

Im Auftrag

Pol. 4 Nr. 2

*Handwritten signature*



AA Mel. 6 g 205

Deutsche Gesandtschaft

Preßburg, den 13. April 1943.

Nr. 212 B

Betrifft: Hirtenbriefe der slowakischen Bischöfe gegen die staatlichen antijüdischen Massnahmen.

Geheim

Auswärtiges Amt  
Inl II 9318  
eing. 16. APR. 1943  
Anl. (2) f. d. Dopp. d. Eing.

Durchdrucke  
Anlage

Es wurde durch die slowakischen Bischöfe den katholischen Geistlichen ein Hirtenbrief zugestellt mit der Auflage, ihn am 21. März in allen Kirchen zu verlesen. Der Text liegt als Anlage in Uebersetzung bei.

Soweit heute zu übersehen ist, hat die Verlesung in der Oeffentlichkeit eine sehr verschiedene, vielfach aber auch eine solche Aufnahme gefunden, wie sie nicht beabsichtigt war. Während angeblich an einzelnen Orten die Geistlichen sich weigerten die Verlesung durchzuführen, sollen in anderen Kirchen in der Predigt Kommentare mit der offenkundigen Absicht, die Bevölkerung zu beruhigen bzw. die Wirkung des Hirtenbriefes abzuschwächen gegeben worden sein. Im allgemeinen kann festgestellt werden, dass sowohl in politischen wie auch in kirchlichen Kreisen eine weitgehend negative Wirkung festgestellt werden kann. Die aus Erfahrung grundsätzlich antisemitische Einstellung des slowakischen Volkes sowie die in den letzten Jahren konsequent durchgeführte und von uns gesteuerte antisemitische Propaganda hat doch einen Boden geschaffen, der für derartige oberhirtliche Auslassungen nicht mehr geeignet scheint.

Wie mir von zuverlässiger Seite bekannt geworden ist, sind diese Erwägungen bereits bei der Abfassung des Briefes lebhaft angestellt worden.

V.  
R. I  
III (Vatikan)  
IV (Slowakei)  
JSH 22/4

Artige Amt  
in Berlin

K213041

H522841 - 2 -

477191



Der Text habe bei einigen Bischöfen Widerspruch ausgelöst und die Widerstände seien so stark gewesen, dass man sich schliesslich geeinigt habe ihm den hochoffiziellen Charakter zu nehmen. Es wurde er dann nicht, wie bisher immer üblich der bischöflichen Druckerei, sondern in der katholischen Pressekanzlei gedruckt. Es fehlte Siegel, Unterschrift und amtliche Nummer. Von jenem Teil des Klerus, der die Verlesung in der Kirche ablehnte, wurden diese Umstände dahin deutet, dass ihm die amtlichen Merkmale fehlten und er lediglich als ein Rundschreiben anzusehen sei, dessen Verlesung nicht als verpflichtend betrachtet werden könnte.

Aus katholischen Kreisen wird mir weitertrauenswürdig mitgeteilt, dass die Verlesung Briefes nicht etwa kirchlich-dogmatische, sondern ausgesprochen politische Absichten verfolgt wurde. Er sei von dem Slowakischen Gesandten beim Vizekan, Sidor, mit gewissen vatikanisch-politischen Kreisen in der Slowakei vorbereitet worden. Bestätigung dieser Vermutung liegt jedoch nicht vor.

Ministerpräsident Dr. Tuka liess mich wissen, dass er durch seinen Ministerialrat Dr. Kosch einen Bischof auf diesen Hirtenbrief habe anzusprechen lassen. Der betreffende Bischof habe erklärt, es seien den slowakischen Bischöfen gemeldet worden, von den Deutschen an den Juden begangene Greuel gemeldet worden:

In der Ukraine wurden Juden massenhaft massedergeschossen, und zwar nicht nur Männer, sondern auch Frauen und Kinder. Vor der Hinrichtung mussten sie ihr Grab selbst ausheben. Aus denjenigen Juden, welche nicht verscharrt wurden, habe man Seife gekocht. In einem Fall sei eine Mutter erschossen oder erstochen und ihr Säugling lebendig ins Grab geworfen worden.

K213042

H522842

477192



Weiter liess mich Ministerpräsident Dr. Tuka wissen, dass die "slowakischen naiven Geistlichen" derartige Greuelmärchen glauben würden und er wäre sehr dankbar, um diesen Greuelmärchen entgegenzutreten zu können, von deutscher Seite eine Beschreibung der Verhältnisse in den Judenlagern zu erhalten. Weiters würde er es für besonders propagandistisch wertvoll halten, wenn eine slowakische Abordnung, die zweckmässigerweise aus einem Abgeordneten, einem Journalisten und vielleicht auch einem katholischen Geistlichen zusammengesetzt sein sollte, ein deutsches Judenlager besuchen könnte.

Wenn sich eine derartige Besichtigung organisatorisch ermöglichen liesse, würde ich die Durchführung durchaus begrüssen.

An der grundsätzlichen Einstellung der Slowakischen Regierung zur Judenfrage bzw. an der grundsätzlichen Entschlossenheit gewisser Regierungskreise zur Aussiedlung der Juden hat sich nach meinen Beobachtungen durch den Hirtenbrief nichts geändert. Es kann im Gegenteil festgestellt werden, dass auch bei Persönlichkeiten, die bisher der Judenaussiedlung gegenüber sehr zurückhaltend waren, grössere Bereitschaft zur Fortführung der Aktion besteht. So wurde mir von vertrauenswürdiger Seite mitgeteilt, dass beim letzten Ministerrat, der nach der Verlesung des Hirtenbriefes stattfand, sich General Čatloš und insbesondere Minister Medricky für verschärfte Fortführung der Judenaussiedlung ausgesprochen hätten.

Vor kurzem erzählte mir Ministerpräsident Dr. Tuka, dass der päpstliche Pronuntius Msgr. Burzio bei ihm erschienen sei, um mündlich im Auftrage des Heiligen Stuhles gegen die Fortführung der Judenaussiedlungen zu protestieren.

K213013-4-

8622845

477193



Er habe jedoch den Protest erst gar nicht eingegangen, sondern sofort auf die rein politische Natur dieser Angelegenheit hingewiesen, die Interessen des Heiligen Stuhles nicht berühre. Der Pronuntius habe daraufhin davon Abstand genommen, den Protest vorzutragen, habe jedoch das katholisch-christliche Gewissen des Ministers appelliert. Dr. Tuka hat darauf geantwortet, dass es in dieser Hinsicht für ihn eine höhere Instanz gebe als den Papst, nämlich seinen Beichtvater. Dieser habe ihn gefragt, ob er die Judenaussiedlung als im Interesse seiner Nation liegend vor seinem Gewissen verantworten könne. Als Herr Tuka diese Frage bejahte, sei der Beichtvater keinen Einwand gegen die Massnahmen erhoben haben.

Ich habe unsere Propagandastellen angewiesen, die antisemitische Propaganda konsequent fortzusetzen, zum Hirtenbrief jedoch sowie zur Frage der Judenaussiedlung keine Stellung zu nehmen. Gleichermassen vermied ich es auch weiterhin, die Fragen der Judenaussiedlung irgendwelchen Druck auf die Slowakische Regierung auszuüben. Diese meine Haltung hat sich bisher als richtig erwiesen, denn die Ausübung eines Druckes wäre den Massnahmen der Slowakischen Regierung auf diesem Gebiete eher hinderlich als förderlich gewesen. Grundsätzlich stehe ich natürlich auf dem Standpunkt, dass die möglichst schnelle und vollständige Aussiedlung der Juden aus der Slowakei dem erwünscht ist.

K213044

*Tuka*

H522844

477194



A b s c h r i f t .

Liebe Gläubige in Christo !

Unter den Problemen des Tages hört die Judenfrage nicht auf zu interessieren und viele Gläubige zu beunruhigen, obwohl wir den amtlichen kirchlichen Standpunkt in den Katolické noviny vom 26. April 1942 klar dargelegt haben. Die einen glauben, dass man mit dem Judentum bei uns grausam umgehe, andere sind wieder der Ansicht, dass das Vorgehen gegen sie viel zu duldsam, ja sogar schwach wäre.

Damit Ihr Gläubigen in Christo dies aktuelle und brennende Problem richtig beurteilen könnt und Euch nicht irreführen lasst durch falsche Ansichten, halten wir es für notwendig, Euch diese grundsätzlichen Richtlinien zu geben.

1. Das richtige Vorgehen bei der Regelung der Judenfrage ist das, welches durch das natürliche und geoffenbarte Recht Gottes ausgerichtet ist.

Das natürliche Recht eines jeden, der Nation und des Staates ist es, sich gegen die zu wehren, die sein Leben bedrohen und seine Entwicklung behindern. Ebenso ist es das natürliche Recht eines jeden einzelnen ohne Rücksicht auf seine nationale Zugehörigkeit, dass man niemanden ohne genügende Ursache verfolgen und strafen kann, die in jedem einzelnen Fall nach den geltenden gesetzlichen Normen zu beweisen ist. Wenn sich ein oder mehrere Glieder eines Volkes, bzw. einer Volksgruppe oder Minderheit schuldig machen, so folgt daraus noch nicht, dass man das ganze Volk, bzw. die Volksgruppe oder Minderheit beschuldigt. Der naturrechtliche Grundsatz fordert in jedem einzelnen Fall, das Vergehen und Verbrechen zu überprüfen und danach auch zu bestrafen.

Nach aussen hin diese natürlichen Rechtsnormen zu schützen, diese Pflicht hat auch die Staatsmacht, und auch sie muss sich nach ihnen richten. Mit Freude heben wir hervor, dass auch unser Verfassungsgesetz, auf dem unsere gesamte Gesetzgebung ruhen und aus dem sie entspringen soll, völlig dieses Naturgesetz berücksichtigt, wenn es sagt: "Niemand darf wegen Verhaltens bestraft werden, welches keine geltenden Strafnormen verletzt und dessen Strafbarkeit nicht von vornherein durch ein Gesetz oder gesetzliche Normen festgesetzt wurde." /§ 82, Punkt 2, Verf.Ges.Nr.185/939, Sl.Ges.Buch/

*Ed. T. P. 10/42*  
Dies



Dies Naturgesetz wird auch durch unseren Heiland geschützt und geheiligt. Das ewig schöne Gleichnis des göttlichen Meisters vom barmherzigen Samariter hat nicht nur die Grundlage für alle charitative Betätigung, Wohltätigkeit und Samariterdienste abgegeben, sondern umfasste auch die tiefe Wahrheit, dass unsere Stellung zum Menschen nicht durch ihre sprachliche, staatliche, nationale oder rassische Zugehörigkeit beeinflusst werden darf. Denn wenn der verhasste Samariter den verhassten Juden in seinem Unglück gerettet hat, so wäre er bestimmt nicht berechtigt gewesen, ihm Unbill anzutun, nur deswegen, weil es ein Jude war. Und der göttliche Meister gab das Gebot, das alle Menschen bindet, besonders aber alle Christen: Gehe hin und tue desgleichen /Luk. 10, 37/. Diesen natürlichen Grundsatz fühlten und anerkannten auch die alten klassischen Völker, denn von ihnen geht das Symbol der Gerechtigkeit, die weibliche Figur mit der Waage und den verbundenen Augen, aus. Damit war der Grundsatz ausgesprochen, dass Recht, Belohnung und Strafe zugesprochen werden sollen ohne Rücksicht auf die Person, ob sie uns angenehm ist, ob sie mit uns verwandt ist, Freund ist, Volksgenosse oder Fremdling.

Daraus folgert, dass man die angeführten naturrechtlichen Normen niemals verletzen darf, denn die Uebertretung eines jeden natürlichen Gesetzes bringt früher oder später die Verderbnis der gesellschaftlichen Ordnung und des gemeinsamen Wohles mit sich.

Aber auch die geltende Rechtsordnung darf man nicht eigenmächtig verletzen, denn wer so handelt, untergräbt nicht nur die Wurzeln der staatlichen und nationalen Existenz, sondern er sät Rechtlosigkeit und verbreitet Unsicherheit.

Eingedenk unserer Verantwortung vor Gott und eingedenk unserer Pflicht, die natürlichen und geoffenbarten Normen Gottes zu schützen, müssen wir unsere entschiedene und warnende Stimme erheben gegen Massnahmen, durch die massenweise, ohne gehörige Feststellung der Schuld jedes einzelnen, unsere Mitgläubigen und andere unserer Mitbürger in ihrer persönlichen, familiären und materiellen Freiheit betroffen werden. Für jeden Bürger, aber besonders für jeden Inhaber und Ausübenden der öffentlichen Gewalt, gilt die klare und unzweideutige Verfügung unserer Staatsverfassung. " Alle Bürger ohne Unterschied der Herkunft, Nationalität, Religion und Beruf geniessen den Schutz des Lebens, der Freiheit und des Eigentums."



§ 81, Verf.Ges. 185/939, Sl.Ges.Buch/. Seien wir eingedenk der Worte der hl. Schrift. "Was Ihr nicht wollt, das Euch die Menschen tun, das tut auch ihnen nicht."

2. In der erwähnten Erklärung, veröffentlicht in den Katolícké noviny, haben wir klar unseren Standpunkt zur Frage der Judentaufen dargelegt. Wir haben die Taufe und wir werden sie auch in Zukunft einem jeden bewilligen, von dem der zuständige Geistliche ein Zeugnis ablegt, dass der Betreffende aufrichtig ein richtiger Christ werden will, auf sich alle sittlichen und religiösen Verpflichtungen nimmt, die die Kirche ihren Gläubigen auferlegt. Es kam vor, dass die Taufe des einen oder anderen Juden bei manchem Gläubigen unwillen hervorrief, u.zw. gewöhnlich wegen einer berechtigten Kritik an dem Vorleben des betreffenden Neu-Christen. Hier müssen wir auf die unendliche Barmherzigkeit Gottes hinweisen, der die Verfehlungen der sündigen Magdalena verzieh, die den Himmel für den büssenden Sünder öffnete, den Zöllner Mathias als Apostel aufnahm, die bereit ist, jedem seine Sünden zu verzeihen, wenn er sich bessern und in neues sittliches Leben führen will. Gerade der ehemalige Zöllner Mathias hat uns die lehrreichen Worte des Herrn überliefert: "Richtet nicht, auf dass ihr nicht gerichtet werdet, und mit dem Masse, mit dem ihr messen werdet, mit dem wird euch zugemessen werden, und als siehst du den Splitter im Auge deines Nächsten, wenn du den Balken in deinem Auge nicht siehst?" /Math. 7, 1-3/. Das rufen wir allen denen zu, die sich da ausliessen, dass sie nicht in die Kirche eintreten werden, wenn dort dieser oder jener sein wird, die die Bekehrten von sich stossen, anstatt dass sie sie mit Liebe aufnehmen, sie im Glauben und den christlichen Sitten durch Wort und Beispiel befestigen. Und wie wir die Anerkennung der bürgerlichen Rechte und den Schutz der staatlichen Gewalt für jeden Bürger ohne Unterschied der Herkunft und Nationalität fordern, solange seine persönliche Schuld nicht bewiesen ist, in umso erhöhterem Masse fordern wir die Anerkennung aller christlichen Rechte für jeden, der die hl. Taufe annimmt. Erst dann darf man jemanden die christlichen und bürgerlichen Rechte absprechen, wenn er durch sein Verhalten diese Strafe verdient hat.

Dies sind Grundsätze, die wir mündlich und schriftlich ungekündete Male verkündet und vertreten haben. Wir müssen diesen Grundsatz jetzt aufs Neue betonen, da die Öffentlichkeit von vorbereitenden Massnahmen erfährt, die diesem Grundsatz zuwiderlaufen.

Jede

K213047

477197



- 4 -

3. Jede Zeit hat ihre Probleme. Das Schicksal der Völker hängt davon ab, wie sie sie lösen. Auch heute warten auf ihre Lösung schwere nationale, soziale und religiöse Probleme. Wenn diese Probleme nicht nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und der Liebe Christi geregelt werden, geraten die Völker in den Krieg. Von Anbeginn dieses Krieges klingt aus der Tiefe unserer Herzen das in-  
rünstige Gebet: von Pest, Hunger und Krieg, erlöse uns Herr! Von einem Anfang an haben wir nicht aufgehört, Euch, liebe Gläubigen, zu mahnen, zum himmlischen Vater um einen gerechten Frieden zu rufen. Wir sind überzeugt, dass der hl. Vater, Papst Pius XII., so-  
wie im ersten Weltkrieg Papst Benedikt XV., mit diesen unseren Gebeten verbunden ist, denn sein Wahlspruch ist: Der Friede ist das Werk der Gerechtigkeit, - und dass er mit seiner ganzen geistlichen Autorität bei allen Machthabern der Welt am Werk des Friedens arbeitet. - Unterstützen wir seine Bemühungen mit ständigen Gebeten für den Weltfrieden, für eine gerechte Lösung aller menschlichen Probleme. Fördern wir sie aber auch durch ein tugendhaftes Leben, durch getreue Befolgungen der göttlichen Gebote. Bemühen wir uns, durch die Erfüllung der Gesetze der Gerechtigkeit und Liebe die Befreiung von der schrecklichen Geißel des Krieges und einen dauerhaften Weltfrieden zu verdienen. Wenn Gerechtigkeit in der Welt herrschen wird, dann wird auch ihre Frucht reifen: der von der ganzen Welt erwartete Friede.

Mit der Bitte, dass die Göttliche Vorsehung Euch in diesen schweren Zeiten mit dem Ueberfluss ihrer Gaben stärken möge, erteilen wir Euch unseren oberhirtlichen Segen.

gegeben am 8.III.1943

Dr. Karol Kmetko, Bischof von Nitra, Jan Vojtaššák, Bischof der  
aps, Pavel Gujdič, Bischof von Preschau, Dr. Pavel Jantusch, Bischof,  
postolischer Administrator von Tyrnau, Jozef Čársky, Bischof, apo-  
tolischer Administrator von Kaschau, Rosenau und Sathmar, Dr. Andrej  
krábik, Koadjutor-Bischof von Neusohl, Dr. Michal Buzalka, Weih-  
bischof von Tyrnau, Vikar der Wehrmacht.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

ieses Rundschreiben ist den Gläubigen bei allen Gottesdiensten am  
Karsonntag /21.III.1943/ vorzulesen.

K213048

477198



Akt. Z.

Genau beachten.

Nur Maschinenschrift  
für einseitig beschreiben.  
Offene Textzeile in besonderem Tele-  
gramm absenden

4. Telegramme, die an mehrere Anschriften gehen sollen,  
dürfen nur dann in einer Vfg. erledigt werden, wenn sie  
genau übereinstimmen, bei der geringsten Abwei-  
chung oder Zusetzen ist besonderes Telegramm erforderlich.

Mit G-Schreiber!

lin, den 1944

Telegramm

{ Nicht geh. Ch. V. Offen

Durchdruck als Konzept (K'Schrift lt.) No.

Inl. II 932 g

Berlin, den 15. Mai 1943

Abschriftlich  
nebst einer Anlage

dem Reichssicherheitshauptamt, z.Hd. von  
SS-Obersturmbannführer E i c h m a n n

Kurfürstenstr. 116

zur Kenntnis und mit der Bitte um Stellungnahme übera-  
sandt.

Im Auftrag

Abg. Pol. IV z. Kts.

gez. Th. en

v. nach Abg.

K213049

E402578

n322845

für die Telegramm Kontrolle

K213040

477190



Ad Mel. 29 205

**Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 2. Juni 1943.  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: Ostseetehr 120040 - Fernsehr 126421  
Reichsbankguthaben: 1/145 - Postkassenkonto: Berlin 2304

B 4 2145/42g (1000)

Der Anwalt vorstehendes Geschäftszettel u. Datum anzugeben

Vfg.

Weiterleiten an  
Inl. II Bittet um Beteiligung  
Berlin, den

An das

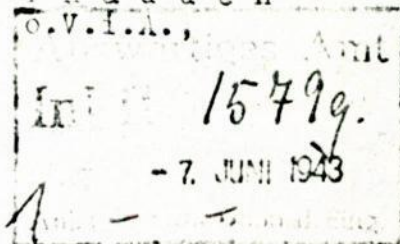
Auswärtige Amt,

z.Hd.v. Herrn Legationsrat von Thadden

Berlin,

Rauchstrasse 11.

**Geheim**



Betrifft: Aussiedlung der Juden aus der Slowakei-  
Hirtenbriefe der slowakischen Bischöfe  
gegen die staatlichen antijüdischen Mass-  
nahmen.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 15.5.1943 - Inl. II  
932 S.

Anlage: I Zeitung.

Zu dem vom Ministerpräsidenten Dr. Tuka  
dem Deutschen Gesandten in Pressburg unterbreiteten  
Vorschlag der Entsendung einer gemischten slowakischen  
Kommission in eines der deutschen Judenlager in den bes.  
Ostgebieten teile ich mit, dass eine solche Besichti-  
gung unlängst bereits stattgefunden hat, und zwar  
slowakischerseits unter Beteiligung des Hauptschrift-  
leiters Fiala von der Zeitschrift "Der Grenzbote".

Hinsichtlich der vom Ministerpräsidenten  
Dr. Tuka erbetenen Beschreibung der Verhältnisse in  
den Judenlagern kann auf die ausführliche Artikelserie  
dieses Schriftleiters verwiesen werden, die mit zahl-  
reichen Bildreportagen u.a. in den Zeitschriften "Der  
Grenzbote", "Slovak", "Slovenská politika", "Gardiste",

H522839

K213038

477188

Gruden Sq.







Deutsche Gesandtschaft  
Bukarest

Bukarest, den 11. Juni 1943.

Abteilung Berater

Tgb.Nr.: Be 247/43

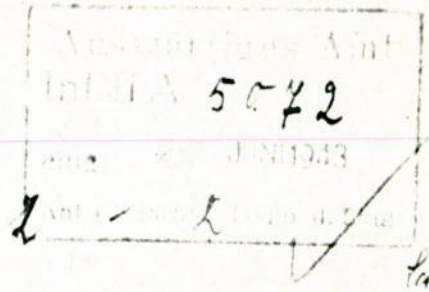
Aktenz.: B II 8

Betr.: Weiterleitung  
eines Schreibens.

Vorg.: Laufend

Anlg.: - 1 -

2 Doppel.



Es wird um Weiterleitung  
beiliegenden Schreibens, betr. Bericht  
des slowakischen Journalisten Fiala,  
über seinen Besuch in den Judenlagern  
im Osten, an den Chef der Sicherheits-  
polizei und des SD, z.Hd.v. H'stuf.  
Bosshammer, Berlin, gebeten.

Im Auftrag:

\* Fritz Fiala

K208322

An das  
Auswärtige Amt  
Berlin.  
-----



Abschrift zu Int.II A 5072

Deutsche Gesandtschaft

Bukarest

Berater für Judenfragen

Gesehen:

gez. v. Killinger

Gesandter

Bukarest, den 10. Juni 1943

An den

Chef der Sicherheitspolizei  
und des SDz.Hd.v. W-Hauptsturmführer  
Bosshammer, Berlin.

Betr.: Bericht des slowakischen Journalisten  
F i a l a über seinen Besuch in den  
Judenlagern im Osten.

Vorg.: Bekannt.

Beiliegend sende ich die Artikelreihe des slowakischen Journalisten F i a l a über seinen Besuch in den Judenlagern im Osten nach Kenntnismahme zurück.

Wie die Presse- Abteilung bei der Deutschen Gesandtschaft Bukarest mir mitteilt, wurde der Artikel bereits im Vorjahr von der rumänischen Presse aufgegriffen. Bezeichnenderweise wurde damals an der Artikelreihe starke Kritik geübt, mit dem Hinweis, daß Deutschland "mildes Judenregime" propagandistisch herausstelle, während man von Rumänien "harte Maßnahmen" verlange. Die Konsulate berichteten damals, daß die Artikelreihe in der rumänischen Provinz von Juden und der Opposition dazu benützt worden sei, um gegen die Judenpolitik der Rumänischen Regierung Propaganda zu machen und in dieser Frage Deutschland gegen Rumänien auszuspielen.

gez. Richter

W-Hauptsturmführer

K208323



AA Mel. 49 205

Durchdruck als Konzept

den 30. November 1943

in Beziehung auf das Schreiben vom  
 1. Juni 1943 - IV B 4 - 2145/42 G (1030)

**Geheim**

r. Inl. II A ..... G

Die Deutsche Gesandtschaft in Pressburg hat telegraphisch berichtet, daß Ministerpräsident Dr. Tuka in letzter Zeit mehrfach den Wunsch auf Besichtigung von Judenlagern durch eine slowakische Kommission vorgebracht hat. Zur Begründung trug er vor, im Ministerrat sei von einzelnen Herren bemerkt worden, die Aufhebung von Ausnahmegenehmigungen für Juden bedeute praktisch die Verhängung eines Todesurteils, denn mit der dann erfolgenden Überführung in Judenlager außerhalb der Slowakei sei eine physische Liquidation verbunden. Der Ministerpräsident habe die Absicht, dieser Auffassung entgegenzutreten und habe daher die Anregung auf Besichtigung solcher Lager im Ministerrat nicht von vornherein abgelehnt, sondern erklärt, sie über die Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt weiter geben zu wollen.

In diesem Zusammenhang bemerkt Ministerpräsident Dr. Tuka, daß er jedenfalls für den Ministerrat eine Auskunft brauche, die auch den deutschen Interessen entspreche sofern eine Besichtigung von Judenlagern nicht stattfinden könne.

Unter diesen Umständen kann die in dem vorbezeichnet Schreiben enthaltene Auskunft, die der Deutschen Gesandtschaft zugeleitet worden war, nicht als ausreichend angesehen werden.

Damit die noch bestehenden Ausnahmegenehmigungen nicht erneuert verlängert werden, bittet das Auswärtige Amt um tüchtigst unverzügliche Stellungnahme zwecks telegraphischer Ständigung der Deutschen Gesandtschaft Pressburg.

Im Auftrag

K213034

gez. v. Thadden

H322836

Reichsführer-SS

Chef der Deutschen Polizei  
 v. SS-Obersturmbannführer Eichmann  
 o. V. i. A.

Bleibendegelegt am

in 3 Tagen bei mir  
 12.12.

ab: 1. Dez. 1943

477187



205 Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

IV B 4 2145/42 g (1090)

Bitte in der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

AA Me. a g 205  
Berlin SW 68, den 8. Januar 1944.  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Telefon: 12 00 40

Geheim

Schnellbrief

Auswärtiges Amt

Inl II 59 g

eing. 13 JAN. 1944

Anl. (—) (fach) Doppel d. Eing.

An das

Auswärtige Amt

z.Hd.v.Legationsrat von Thadden o.V.i.A.,

in Berlin.

Betrifft: Endlösung der Judenfrage  
in der Slowakei.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 30.11.1943  
Inl. II A 3178/g.

zul 57 g 6

Der vorübergehend nach Griechenland abgeordnet gewesene Berater für Judenfragen bei der Deutschen Gesandtschaft in Pressburg, H-Hauptsturmführer Wisliceny, ist inzwischen angewiesen, seine Tätigkeit im Rahmen der Deutschen Gesandtschaft in Pressburg unverzüglich wieder aufzunehmen. Er ist mit Weisungen versehen und wird über den deutschen Gesandten an Ort und Stelle auch die Frage eines weiteren Abschubs von Juden aus der Slowakei mit dem Innenminister Mach erneut anschneiden. Nach Vorlage des Ergebnisses dieser abschliessenden und erneuten Erörterungen der derzeitigen Lage auf dem Gebiet der Judenfrage in der Slowakei wird die Möglichkeit einer Besichtigung von

./.

K213030

8522833

Juden Slowakei

477184



Judenlagern durch eine slowakische Kommission  
erneut geprüft.

Im Auftrage:

gez. E i c h m a n n



K213031

H322834

477185



FERNSCHREIBSTELLE  
DEUTSCHE GESANDTSCHAFT  
PRESSBURG

## FERNSCHREIBEN

von :

S BERLIN AUSW NR 60 6/6 21.30 =

Bestätigung NR 60 ERH 2130 DG RBG KOZ

an :

DIPLOGERMA PRESSBURG

Aufgenommen :

Datum :

um :

von :

durch :

Vermerke :

GSCHREIBER =

NR 850 =

Bestimmungsort

7. JUN 1942

Gg: TL

Und

Anl.

DEMNAECHST TREFFEN DORT EIN :

1. SS - OBERSTURMFUEHRER NOVAK IM AUFTRAGE DES  
CHEFS DER SICHERHEITSPOLIZEI UND DES SD , UM ALS  
VERTRETER DES REICHSSICHERHEITSHAUPTAMTES AN DER ZWISCHEN  
DEN VERTRETERN DES REICHsverKEHRsMINISTERIUMS UND DES  
SLOWAKISCHEN MINISTERIUMS FUER OEFFENTLICHE ARBEITEN UND  
VERKEHR ANGESETZTEN FAHRPLANKONFERENZ " ABBEFOERDERUNG  
VON JUDEN " TEILZUNEHMEN . REISEDauer BIS 12.6.42.-
2. REICHsBAHNDIREKTOR KOESTERS REICHsBAHNrAT  
BEBENROTH OBERREICHsBAHNrAT ROEHMER ABTEILUNGSPRAESIDENT  
SCHARRER UND OBERREICHsBAHNrAT MEYER IM AUFTRAGE DES  
REICHsverKEHRsMINISTERS ZUR TEILNAHME AN BESPRECHUNGEN  
UEBER FRAGEN VON JUDENTRANSPORTEN .  
REISEDauer BIS 15.6.42. = KRIEGER +



Abschrift mit 2 Durchdrucken

Fernschreiben  
vom Auswärtigen Amt Berlin  
an Diplogerma Pressburg  
6.6.42 21 Uhr

Empf. - 7. JUN 1942	
Urb. Nr.	
Geld	Ant.

G- Schreiber -  
Nr. 850 ✓

Demnächst treffen dort ein :

1. SS - Obersturmführer Novak im Auftrage des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD , um als Vertreter des Reichssicherheitshauptamts an der zwischen den Vertretern des Reichsverkehrsministeriums und des slowakischen Ministeriums für Öffentliche Arbeiten und Verkehr angesetzten Fahrplankonferenz - Abbeförderung von Juden - teilzunehmen. Reisedauer bis 12.6.42

2. Reichsbahndirektor Koesters Reichsbahnrat Bebenroth , Oberreichsbahnrat Roehmer , Abteilungspräsident Scharrer und Oberreichsbahnrat Meyer im Auftrage des Reichsverkehrsministeriums zur Teilnahme an Besprechungen ~~von~~ über Fragen von Judentransporten. Reisedauer bis 15.6.42

gez. Krieger

*Handwritten notes:*  
y h. a. Andros g. v. I  
y h. a. Gänning  
y J. J.  
127/6

*Handwritten notes:*  
Telefonisch erledigt  
am 10.6.1942  
Lehner v.  
1. kann gesprochen  
2. Krieger gesprochen  
H. J.  
H. J. 11/6

*Handwritten notes:*  
Pres. 4 Nr. 2

*Handwritten notes:*  
Gänning  
H. J.



Durchdruck 1. Konzept (R.D.) no.  
 Auswärtiges Amt  
 Inl.II 59g

Berlin, den 14. Januar 1944

Schneelbrief

Auf den Schneelbrief vom 8. Januar 1944

- IV B 4 / 2145/42 g (1090) -

Betrifft: Endlösung der Judenfrage in der Slowakei.

In der nebenbezeichneten Angelegenheit, die von der Deutschen Gesandtschaft in Preßburg/arnent durch Vorrang-Telegramm in Erinnerung gebracht ist, kann der mit vorbenanntem Schreiben dargelegte Stellungnahme diesbezüglich nicht beigetragen werden. Wie sich aus dem Schreiben vom 30.11.1943 - Inl.II A 3178 g - ergibt, bildet die Frage eines Besuchs der Judenlager geradezu eine entscheidende Vorbedingung für einen erfolgreichen Verlauf der Verhandlungen hinsichtlich des Abschlusses weiterer Juden. Eine Verweigerung von Besuchen oder eine Hinausschiebung der Antwort würde die in Aussicht genommenen Verhandlungen ganz wesentlich erschweren, wenn nicht überhaupt unmöglich machen. Es wird daher dringend gebeten, die dortige Entscheidung zu überprüfen. Sofern an der dortigen Entscheidung festgehalten werden muss, wird das Auswärtige Amt die Deutsche Gesandtschaft in Preßburg unverzüglich unterrichten, bittet jedoch, sich bei einem endgültig ablehnenden Bescheid der Tatsache bewusst zu sein, daß Innenminister Mach selbst bei gutem Willen mit größten, wenn nicht unüberwindlichen Widerständen innerhalb des slowakischen Kabinetts gegen einen Abschub weiterer Juden in die Ostgebiete zu kämpfen haben wird. Nach dem Vorbringen des Ministerpräsidenten Dr. Tuka würden diese Widerstände durch eine Besichtigung von Lagern am leichtesten, wenn nicht überhaupt nur zu überwinden sein.

Der Milbedürftigkeit halber wird um telefonische Vorausübermittlung des Bescheides gebeten.

Im Auftrag

den Chef der Sicherheitspolizei  
 und des SD

gez. v. Thadden

Berlin  
 Fr. Albrechtstr. 8

K213028

H322831

14. Jan. 1944

477182



44 Me. a 205

er Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

Berlin SW 68, den 7. Februar  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

1944

IV B 4 2145/42g(1090)  
in der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

**Geheim**

**Schnellbrief**

Auswärtiges Amt

Inl. II 268g

12. FEB 1944

An das

Auswärtige Amt

z.Hd. von Herrn Legationsrat von Thadden  
o.V.i.A.

Berlin W 8

Wilhelmstr. 74-76

Betrifft: Endlösung der Judenfrage in der  
Slowakei.

Bezug: Dort. Schnellbrief vom 14.1.1944 -  
Inl. II 59g - und mündliche Bespre-  
chung zwischen Legationsrat von  
Thadden und dem Unterzeichneten am  
27.1.1944.

*Nachg. in  
Kommunikat*

Nach neuerlicher Überprüfung des Wun-  
sches der Slowakischen Regierung, Judenlager für  
eine Besichtigung durch eine slowakische Regierungs-  
kommission freizugeben, wird hierzu folgendes mit-  
geteilt:

Dem Berater für Judenfragen bei der  
Deutschen Gesandtschaft, H-Hauptsturmführer Wisliceny,  
wurde auf Anfrage vor wenigen Tagen mitgeteilt, daß  
eine Besichtigung der im Generalgouvernement ge-  
legenen Judenlager augenblicklich in Anbetracht der  
allgemeinen Lage wohl nur schwer durchführbar sein  
wird, daß aber einer Besichtigungsgenehmigung  
beispielsweise des Altersghettos Theresienstadt

K213023

H522829

./.

477177



durch eine slowakische Kommission grundsätzliche Bedenken nicht entgegenstünden. Der Termin hierfür würde durch den Unterzeichneten anlässlich seiner kommenden Anwesenheit in Pressburg im Rahmen der Gesamtbesprechungen noch festgelegt werden.

Es kann angenommen werden, daß nunmehr die an sich völlig unberechtigten Sorgen verschiedener slowakischer Regierungsmitglieder beseitigt sind und daß die in Aussicht genommenen Verhandlungen zu einem entsprechenden Ziele führen werden.

Im Auftrage:

*Erman*

K213024

H522850

477178



Ad. Müller 201

Konzept Br

6. Dezember

4

Inl. II 4 27/4 8

Geheim

Schnellbrief

Der slowakische Gesandte teilte mit, dass nach Angaben des slowakischen Staatspräsidenten alle Juden in der Slowakei ohne Unterschied, sofern sie nicht in die Wälder entkommen seien, festgenommen wurden. Sobald ein entkommener Jude in die Hände der slowakischen oder deutschen Sicherheitsorgane gerate, werde er unverzüglich festgenommen.

Es darf um Mitteilung gebeten werden, ob diese Feststellung des slowakischen Gesandten als zutreffend bezeichnet werden kann.

Im Auftrag

*[Handwritten signature]*

K213001

an Reichssicherheitshauptamt  
Hd. von Sturmbannführer Günther  
oder Vertreter  
Berlin W.

Kurfürstenstr. 116

*1/1. Nachschlüsselung des RS. H. 4  
nicht abgefahren  
2/1. Nachschlüsselung des RS. H. 4  
nicht abgefahren  
3/1. Nachschlüsselung des RS. H. 4  
nicht abgefahren*

*1. Woche*

ab: 7. Dez. 1944

H522824

477155



AA Mel. g. 201

Arbeitskomplex

Telegramm  
(G-Schreiber)

Nur als  
Verschlußbeilage  
zu behandeln

Preßburg, den 20. Januar 1945  
Ankunft: 20.

16.05 Uhr  
17.35 Uhr

Nr. 116 vom 20.1.

Geheim!

A 290 g

Slowakisches Aussenministerium gab Gesandtschaft Kenntnis von einem Brief Vertreters Internationalen Roten Kreuzes in der Slowakei, Dunand, in dem slowakische Regierung gebeten wurde die Errichtung eines Asyls für jüdische Kinder. Geis

Druck als Konzept (R.l.b. Hb.)

Inl. II A 32 g

Berlin, den 6. Januar 1945.

Nach einem Drahtbericht der Deutschen Gesandtschaft Preßburg hat der Slowakische Staatspräsident Tiso ein Schreiben des protestantischen Erzbischofs in Upsala erhalten, in dem dieser "für die armen jüdischen Brüder" interveniert und bittet, daß die Slowakei den Juden den Übertritt auf ein neutrales Gebiet ermögliche, da unter den derzeitigen Verhältnissen keine humane Behandlung gewährleistet werden kann.

Ministerpräsident Tiso zeigte dieses Schreiben dem Deutschen Gesandten mit der Bemerkung, was "sich einzelne Leute denken."

Reichssicherheitshauptamt  
von SS-Obersturmbannführer Eichmann  
Berlin W 35

Kurfürstenstr. 116

Im Auftrag  
gez. v. Thadden

K213008

477162

K213010

325

477164

Stg. Telko

- 1. Botsch. Kitzler
- 2. ...
- 3. ...
- 4. ...
- 5. ...
- 6. ...
- 7. ...
- 8. ...
- 9. ...
- 10. ...
- 11. ...
- 12. ...
- 13. ...
- 14. ...
- 15. ...
- 16. ...
- 17. ...
- 18. ...
- 19. ...
- 20. ...



Schdruck als Konzept (R.l.b. Hb.)

Berlin, den 24. Januar 1945

Inl.II A 290 g

Der Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes in der Slowakei, Dunand, hat die Slowakische Regierung gebeten, die Errichtung eines Asyls für jüdische Kinder, Greise und Kranke unter dem Schutz des Internationalen Roten Kreuzes zu genehmigen. Die gleiche Bitte wiederholte Dunand gegenüber der Deutschen Gesandtschaft und erbittet die deutsche Unterstützung seines Planes jedoch mit der Einschränkung, daß das vorgeschlagene Asyl nur für jüdische Kinder benötigt würde. In diesem Zusammenhang erklärte Dunand, daß er den Auftrag habe, in Falle einer sowjetischen Besetzung Preßburgs dort zu bleiben und der Zivilbevölkerung nach Möglichkeit Hilfe zu leisten.

Dunand wurde von der Deutschen Gesandtschaft zu verstehen gegeben, daß im Hinblick auf die Beteiligung des Judentums am slowakischen Aufstand keine Möglichkeit bestehe, auf seinen Wunsch einzugehen, da jedes Asyl sich sofort/ein neues jüdisches Widerstandszentrum entwickeln würde. Dunand bat trotzdem, seinen Wunsch den zuständigen Reichsstellen zu übermitteln.

In Auftrag  
gez.v. Thadden

W.M. 24/1

An

das Reichssicherheitshauptamt  
- Amt IV -

Ad. von SS-Obersturmbannführer Eichmann  
o.V.i.A.

Berlin SW 11  
Prinz-Albrecht-Str.8

25 Jan. 1945

K213009

Juden Slowakei

477163



16/

16



AA

2398/42 g (1099)

W B 4 a

14. 4. 1942

M. Eidenmann

B. Stapf

S. Kü

Ausschreibung von nichtarischen Juden in das  
Reichskommunalarbeitshaus

W B 4 a

8. 6. 1942

M. Sühr

B. Beck

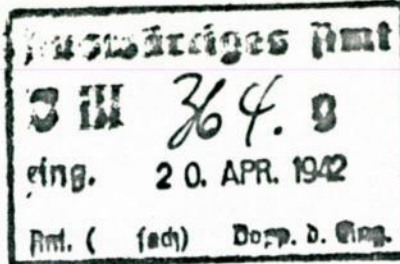
Ausschreibung von nichtarischen Juden in das  
Reichskommunalarbeitshaus



232  
Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

AA Mel. g 202  
Berlin SW 11, den 14. April 1942  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

IV B 4 a 2398 /42g(1099)  
In der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben



Geheim

An das

Auswärtige Amt

z.Hd. von Herrn Konsulatssekr. E n g e l k e o.V.i.A.

B e r l i n W 8,  
Rauchstr. 11.

Vorg. 2259282, 336.9 361.  
f. ver.

Betrifft: Abschiebung von rumänischen Juden in das  
Reichskommissariat Ukraine.

Bezug: Ohne.

Wie der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete auch dorthin mitgeteilt hat, haben örtliche rumänische Stellen in letzter Zeit etwa 10 000 Juden über den Bug in das Generalkommissariat Nikolajew des Reichskommissariats Ukraine abgeschoben. Die Abschiebung weiterer etwa 60 000 rumänischer Juden ist den Umständen nach zu befürchten.

Wenn auch die Entjudungsbestrebungen Rumäniens grundsätzlich gutgeheißen werden, erscheinen sie doch im gegenwärtigen Zeitpunkt aus folgenden Gründen unerwünscht.

Durch eine regellose und unkontrollierbare

./.

E510813

J.J.5289



Abschiebung von tausenden rumänischer Juden in das Reichskommissariat Ukraine, so wie sie bisher erfolgte, entstehen zwangsläufig nicht nur sowohl für die dort stationierten deutschen Truppen als auch für die Einwohnerschaft erhöhte Gefahren - Ausbruch von Seuchen u.a. - sondern auch die Versorgungslage der betreffenden Gebiete kann dadurch in einer Weise belastet werden, die geeignet erscheint, alle bisher erreichten Befriedungserfolge bei der Einwohnerschaft wieder zunichte zu machen.

Zum anderen wird durch die planlose und vorzeitige Abschiebung der rumänischen Juden in die besetzten Ostgebiete die bereits in Gang befindliche Evakuierung der deutschen Juden stärkstens gefährdet.

Aus diesem Grunde bitte ich, bei der rumänischen Regierung auf die unverzügliche Einstellung dieser illegalen Judentransporte hinzuwirken. Da ich annehme, daß die rumänische Regierung dem dortigen Ersuchen bedingungslos entsprechen wird, habe ich zur Vermeidung einer Verschärfung der durch die illegale Abschiebung der Juden zwischen den örtlichen Stellen bereits entstandenen Spannung zunächst von sicherheitspolizeilichen Maßnahmen abgesehen.

Für den Fall jedoch, daß die rumänische Regierung dem dortigen Ersuchen um Einstellung der illegalen Judentransporte nicht entsprechen oder aber örtliche rumänische Stellen entgegen einer Weisung der rumänischen Regierung handeln und weiterhin Juden abschieben sollten, behalte ich mir sicherheitspolizeiliche Maßnahmen vor. Über das Veranlaßte und insbeson-

./.

J.J.5290

E510814



dere die Stellungnahme der rumänischen Regierung  
bitte ich, mich zu unterrichten.

Abschrift dieses Schreibens habe ich  
dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete  
zugehen lassen.

Im Auftrage:

gez. E i c h m a n n



Beglaubigt

*Heptan*

Kanzleiangestellte

J.J.5291

E510815

ku



444. 001  
20. MAI 1942  
12.30 Uhr

20. MAI 1942

13.30 Uhr

Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 1682 vom 1. Mai  
Betr.: Verschiebung von rumänischen Juden in die

Auswärtiges Amt

Geheim

3. Juni 1942

2. Unter Bezugnahme auf das  
Schreib.v.14.4.42 Nr.IV B  
4 a 2398/42 g (1099)  
im Anschl.an das Schreib.  
v.12.5.42 D/III 402 g  
betr. Abschiebung von Juden  
aus Rumänien in die besetz-  
ten Ostgebiete.

Im Anschluss an das Schreiben vom 12.5.42  
III 402 g - und unter Bezugnahme auf das  
ortige Schreiben v. 12.5.42 Nr. I 100 geh.

Die Deutsche Gesandtschaft in Bukarest hat erneut mit dem Vizeministerpräsidenten die Frage der unkontrollierten Abschiebung von Juden rumänischer Staatsangehörigkeit nach den besetzten Ostgebieten besprochen. Der Vizeministerpräsident erklärte sich mit dem deutschen Wunsch einverstanden, dass aus militärischen und sicherheitspolizeilichen Gründen keine weiteren Abschiebungen von Juden aus Rumänien vorgenommen werden würden, bevor nicht in jedem Falle mit den zuständigen deutschen Stellen Fühlung genommen worden ist.

Im Auftrag  
gez. Rademacher

der Sicherheitspolizei und des SD

E510797

0 an	"	"	Reg. Pol.
1 an	"	"	Kult.
2 an	"	"	Presse
3 an	"	"	Prot.
4 an	"	"	Dtschld.
5 an	"	"	Re.
6 an	Dg. Pol.		

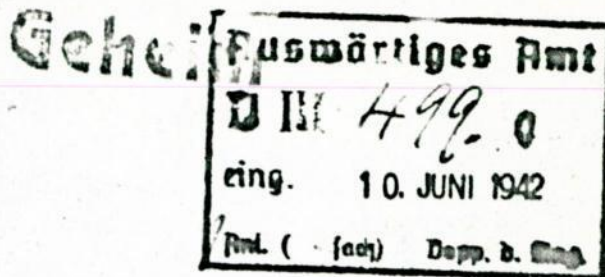
E510798



4  
Ministerium der Sicherheitspolizei  
und des SD

14 Mel. u g 202  
Berlin SW 11, den 8. Juni 1942  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: Amtliche 12 00 40 - Fernschreiber 12 64 21

4 a 2398/42g(1099)  
am besten mit dem Geschäftszettel u. Datum anzugeben



An das  
Auswärtige Amt,  
z.Hd.von Herrn Konsultssekretär Engelke o.V.i.A.,

Berlin W 8,  
Wilhelmstraße 74-76.

Betrifft: Abschiebung von rum. Juden in  
das Reichskommissariat Ukraine.

Bezug: Ihr Schreiben vom 12.5.1942 -  
D III 402g.

Anlage: 1 Abschrift.

Anliegend übersende ich Abschrift  
eines Schreibens des Reichsministers für die  
besetzten Ostgebiete vom 19.5.1942 mit der  
Bitte um Kenntnisnahme.

Ich bitte, mich von dem Ergebnis  
der Vorstellungen der Deutschen Gesandtschaft  
bei der rumänischen Regierung zu unterrichten.

Im Auftrage:

gez. S u h r

Beglaubigt:

Beck  
Kanzlei des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete.



E510795



34 Me. n 9 202

A c r i f t .

G e h e i m !

Der Reichsminister  
besetzten Ostgebiete  
Nr. I 100 geh.

Berlin W 35, den 19. Mai 1942  
Kurfürstenstr. 134.

G e h e i m !

An den

Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes  
z.Hd. von Obersturmbannführer E i c h m a n n  
oder Vertreter im Amte

B e r l i n SW 11

Prinz Albrechtstr. 8

Betr.: Abschiebung von rumänischen Juden  
in das Reichskommissariat Ukraine.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 14.4.1942  
IV B 4 a 2398/42g (1099)

Wie mir der Generalkommissar von Nikolajew mitteilt,  
sind Grenzübertritte von Juden in den letzten Wochen nicht  
mehr erfolgt. Ein erheblicher Teil der Juden in Transnistrien  
ist gestorben, weitere Juden sind nach Odessa zurücktransportiert  
worden.

Im Auftrage:

Rundstempel:  
Reichsministerium  
für die besetzten  
Ostgebiete

gez. Dr. Bräutigam

Beglaubigt:  
Unterschrift  
Regierungsinspektor

F.d.R.d.A.:

Bek  
Kanzleiangehörige.



E510796

499.9



17



2427/42 g (1148)

W B 4 b

11. 7. 1942

u. Sudw

B. Reichert

Bekanntmachung des Jüdenregimes im Ausland

W B 4 b

18. 8. 1942

u. Sudw

B. Scholtz

Bekanntmachung des Jüdenregimes im Ausland;  
hier: Griechenland

W B 4

25. 1. 1943

u. Grünklee

Maßnahmen gegen Juden in Griechenland  
(siehe Beiprägnisse auf fernmündl. Richt-  
sprache mit Künze)

W B 4 b

2. 2. 1943

u. Eichmann

Maßnahmen gegen Juden in Griechenland

W B 4 a

11. 9. 1943

u. Künze

Jüden gemischte Staatsangehörigkeit im  
Aufenthaltsort Bergen-Belsen

W A 4 b

4. 5. 1944

- u. Grünklee

Jüden gemischte und polnische  
Staatsangehörigkeit



v. Thieleman,

Bemerkung vom 14. 9. 1943 über Rückfragen  
mit Kurze

Bemerkung v. Thieleman vom 26. 1. 1944 über  
Rückfragen mit Kurze



# Sicherheitshauptamt

Berlin SW 11, den  
Prinz-Albrecht-Str. 8  
Fernsprecher 12 00 40

004

19

et Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum  
anzugeben

# Geheim

# Schnellbrief

## Russell's 1996 Net

574  
13 JUL 1952

Prod. ( )

June 11th 1944,  
 24117. von Neuen Jägermeister Dr. A. Leuchter,

Donnerstag - 12.  
Wilhelmstr. 74/76.

K211586

Thema: Behandlung der Infektionskrankheiten.

Genre: Opera.

H322516

Der Tagesberichterstatter der Dienststelle der Sicherheitspolizei und des SD in Griechenland zufolge beweist sich die Kennzeichnung der Juden und jüdischen Geschäfte in Griechenland, die schon mit Rücksicht auf die anzustrebende Gleichschaltung der Judenreschonen in möglichst allen europäischen Ländern zum Zwecke der Vorbereitung der Lösung der europäischen Judenfrage wünschenswert wäre, auch aus politisch-polizeilichen Gründen als unbedingt notwendig. Dasselbe gilt für die Internierung der aus Deutschland eingewanderten Juden, durch die eine besondere Gefährdung infolge ihrer kommunistischen und schändlichen Tätigkeit hervorgerufen wird.

E 121267



44 Mel. u g 1920

den Bevölkerung bewusst zur Erregung von Misstrauen  
gegen die Bevölkerung und Behörden der Achsenmächte  
wobei der Erfolg der Bekämpfung dieser jüdischen  
Entscheidung im wesentlichen von der Einführung der  
Zeichnung der Juden abhängt. Vorwiegend deutsche  
Juden, die aus Deutschland nach Griechenland eingewandert  
sind, leben sich zudem wegen der Kennzeichnung und der  
Erkennbarkeit teilweise an deutsche Wehrmachtseinheiten  
und Dienststellen heransetzen können, so dass sich  
ihnen genügend Möglichkeiten der wehrrechtlich  
Befähigung für die Feindkräfte bieten. Auch sonst  
lingt es ihnen, auf diese Art und Weise allerhand  
teile für sich zu erreichen. Die Internierung der  
besonders gefährlichen Juden erscheint daher  
notwendig. Ferner bildet die breite Masse der jüdischen  
armen Juden im Griechenland den ständigen Nährboden  
kommunistischer Unruhen und Zersetzung, wobei zu be-  
sichtigen ist, dass allein im Deutschen Hoheitsgebiet  
von Saloniki schätzungsweise etwa 40.000 bis 45.000  
etwa 70.000 Juden von ganz Griechenland vorhanden  
sind. Schließlich wird von den einsichtigen und damit  
deutschfreundlich eingestellten Griechen nicht  
weswegen zumindestens von deutscher Seite aus  
Gegenmaßnahmen ergriffen werden, um den Juden, die  
Gefahr für das ganze Land bilden, das Handwerk zu  
legen, sogar das italienische Konsulat an Juden in  
seiner Staatsangehörigkeit Lebensmittel verteilt.  
Besitz dieser in die Lage versetzt, die Ernährung  
schwierigkeiten für sich auszunutzen und sich die  
Weiterverschärfung dieser Lebensmittel über Gebühr  
bereichern.

Da die geschilderten Zustände für ganz  
ebenfalls gefährlich sind, müssten nach dem  
sich beide Achsenmächte an ihrer Fortsetzung  
gemeinsames Interesse haben. Aus diesem Grunde wird

K211587

E421268

H322517

+



Der Vizekonsul der Botschaft in Athen, der Bevollmächtigte des Deutschen Reiches, Minister Altenburg in Athen, gebietet, bei der weiteren italienischen Stelle festzustellen, ob Italien mit einer Kennzeichnung der Juden in Griechenland einverstanden sei. Der Bevollmächtigte Italiens, Minister Ghigi, hat nach Rückfrage beim Italienischen Auswärtigenministerium in Rom zum Ausdruck gebracht, dass Italien "unter Berücksichtigung der bedeutenden wirtschaftlichen Macht der italienischen Juden im Mittelmeerraum", wobei er besonders auf die Verhältnisse in Tunis hinwies, die Kennzeichnung der Juden in Griechenland vorerst noch zurückstellen möchte. Da aus Italien selbst die Kennzeichnung in eigenen Bände noch nicht eingeführt habe, würden die Juden italienischer Staatsangehörigkeit in Griechenland vor der Kennzeichnung ausgenommen werden, falls Deutschland beabsichtige, in dem ihm unterstehenden Hoheitsbereich von Saloniki die Kennzeichnung durchzuführen.

Ansprüche der unheilbaren Zustände auf diesem Gebiete erscheinen mir die Einwände Italiens nicht stichhaltig zu sein. Zumindestens gilt dies für das deutsche Hoheitsgebiet von Saloniki, zumal die öffentliche Meinung die geplanten Massnahmen aus den angegebenen Gründen durchaus begrüssen würde.

Ich bitte deshalb um Entschliessung, ob die Kennzeichnung der Juden sowie die Internierung der besonders gefährlich erscheinenden Juden, die aus Deutschland eingewandert sind, zumindestens in Saloniki durchgeführt werden kann. Von der Kennzeichnung könnten notfalls die Juden italienischer Staatsangehörigkeit ausgenommen werden, deren Zahl auf rd. 2000 geschätzt wird. Zugleich bitte ich zu erwägen, ob auch die etwa 5000 bis 6000 Juden spanischer Staatsangehörigkeit gekennzeichnet werden können.

Für eine baldige Mitteilung der dortigen Entschliessung wäre ich dankbar.

Im Auftrag:

*Blühm*  
Verleget



In Auftrag:

H322518

E421269

K211588



120  
er Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

V B 4 b 2427/42g (1148)  
in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

44 Mel. n. g. 190  
Berlin SW 11, den 18. August 1942.  
Prinz-Albrecht-Str. 8  
Fernsprecher 12 00 40

Auswärtiges Amt  
D III 692. g  
eing. 22. AUG. 1942  
Rnl. ( fadh) Dopp. d. Eing.

Schnellbrief

Geheim

S -  
An das

Auswärtige Amt,  
z.Hdn. von Herrn Legationsrat Dr. Rademacher,  
Berlin W 8,  
Wilhelmstraße 74/76.

Betrifft: Behandlung der Judenfrage im  
Ausland; hier: Griechenland.

Bezug: Hies. Schreiben vom 11.7.1942  
- IV B 4 b 2427/42g (1148) -

Der Militärbefehlshaber Saloniki-Agäis  
hat im Einvernehmen mit dem griechischen General-  
gouverneur von Mazedonien am 7. Juli 1942 eine  
Anordnung über den Arbeitseinsatz von Juden zum  
Ausbau der Straße Saloniki-Katerini-Larissa er-  
lassen.

Von der Anordnung sind Juden italieni-  
scher und spanischer Staatsangehörigkeit ausge-  
nommen.

Bis Anfang August waren von den durch  
griechische Behörden hierfür erfaßten 8.000 bis  
9.000 Juden über 1.200 auf der Straßenstrecke Sa-  
loniki-Larissa eingesetzt.

Diese Maßnahmen haben bei den griechischen  
griechischen Behörden, besonders aber auch bei der

300 15/28/8  
K211572 H322511

E421254



At Mel. u g 190

1. Nur Masch
  2. Nur einseit
  3. Offene Text
- Tele

griechischen Bevölkerung in Saloniki große Genugtuung hervorgerufen. Sie haben jedoch ebenfalls eine starke Abwanderung hauptsächlich reicher Juden aus Saloniki in das italienische Hoheitsgebiet zur Folge, wodurch die dringende Notwendigkeit, die laut hiesigem Schreiben vom 11. Juli 1942 vorgesehenen Judenmaßnahmen bald und möglichst auch für das italienische Hoheitsgebiet durchzusetzen, erneut bestätigt wird.

Im Auftrage:

gez.: S u h r .

Beglaubigt

Kanzlei



K211573

E421255

H322512

1751513

1175521

Berlin, den

Diplomer.  
Consul.

Referent.

vor Abgang:

.St.S. Pol.

.St.S. R

.d.Bitte um

r. v.

Freilassen für die T.



Alt. Mail - 9. 1940  
032

Alt. Z.

Genaue beachten.

Vor Maschinenschrift  
Vor Handschrift beschreiben.  
Offene Textteile in besonderem Tele-  
gramm absenden

4. Telegramme, die an mehreren Anschriften gehen sollen,  
dürfen nur dann in einer Vfg. erledigt werden, wenn sie  
genau wörtlich übereinstimmen, bei der geringsten Abwei-  
chung oder bei Zuschüben ist besonderes Telegramm erforderlich.

*(Handwritten: 11. 10. 1940)*  
Personenreiben (i. d. Schreibweise)

*(Nicht nach Ch. II. Offen)*

Druck als Konzept

031

7. Oktober 1942

D III

Die Botschaft Paris erhält wie die Vertreter des Auswärtigen  
Amtes in Brüssel und Den Haag Weisung, wonach Juden griechi-  
scher Staatsangehörigkeit in die jeweils getroffenen Judenmaß-  
nahmen einbezogen werden können. Seitens des Auswärtigen Amtes  
bestehen keine Bedenken dagegen die Juden griechischer Staats-  
angehörigkeit im Reich in gleicher Weise diesen Maßnahmen zu  
unterwerfen.

Im Auftrag

E421249

K211567

gez. Klingenfuß

Sicherheitshauptamt  
Berlin

Vorgelegt am

8. Okt. 1942  
ab. 10. 12

K211566

für die Telegramm Kontrolle

*(Handwritten: 626)*

H322508

E421248



**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

IV B 4 - 2427/42g (1148)

Bitte in der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

AA Me. 59 1943 058  
Berlin SW 11, den 25. Januar 1943  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: Ortsverkehr 12 00 40 · Fernverkehr 12 64 21

**Geheim**

An das  
Auswärtige Amt  
Berlin W 8,  
Wilhelmstraße.

**Auswärtiges Amt**

**D III 91 5**

eing. 25. JAN. 1943

Rnt. (- 10 - 7 11. 2. Eing.)

Betrifft: Maßnahmen gegen Juden in Griechenland.

Bezug: Fernmündliche Unterredung zwischen Herrn  
Gesandtschaftsrat Dr. Klingenfuß und Re-  
gierungsrat Hunsche am 20.1.1943.

Zur Vorbereitung und Durchführung der im Rahmen der Endlösung der europäischen Judenfrage vorgesehenen Abschiebung von Juden aus dem Raum von Saloniki ist eine vorübergehende Abordnung des z.Zt. bei der Deutschen Gesandtschaft in Preßburg als Berater für Judenfragen tätigen #-Hauptsturmführer Wisliceny nach Saloniki erforderlich. (Die erforderlichen Besprechungen zur Durchführung dieser Evakuierungsmaßnahmen wurden, wie Gesandtschaftsrat Dr. Klingenfuß bereits mitgeteilt wurde, Anfang Januar in Athen mit dem Bevollmächtigten des Reiches in Griechenland, dem Deutschen Generalkonsul in Saloniki sowie der Heeresgruppe und dem Befehlshaber Saloniki-Ägäis geführt.) (Die von #-Hauptsturmführer Wisliceny zu erledigenden Aufgaben werden voraussichtlich einen Zeitraum von 6 bis 8 Wochen in Anspruch nehmen. Nach Beendigung

007224H

K211546

1621813

H322499



seines Sonderauftrages wird #-Hauptsturmführer Wisliceny seine Tätigkeit bei der Deutschen Gesandtschaft in Preßburg wieder aufnehmen.

Ich bitte um Kenntnissnahme und um Einverständnis mit der vorübergehenden Abordnung des #-Hauptsturmführer Wisliceny.

Im Auftrage:

*[Handwritten signature]*

+D III

+D II

Schwi

K211547

H522500

E421231

Nr. 1 }  
 Nr. 1a }  
 Nr. 2 }  
 Nr. 2a } " F  
 Nr. 3 } " S  
 Nr. 4 }  
 Nr. 4a } " B  
 Nr. 5 } " B  
 Nr. 6-14 } " A  
 6)  
 8)  
 10  
 12  
 Nr. 15 } " D  
 Nr. 16 } " D  
 Nr. 17 } " Sa  
 Was ist Nr. .



AA Mel. u. g 192

176

Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

Berlin SW 68, den  
Dring-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

2. Februar 1943

IV B 4 B - 2427/42 E (1148)  
Bitte in der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Schnellbrief

Gehheim

Auswärtiges Amt

D III 1526

eing. 6. FEB. 1943

Anl. ( -fach ) - Beso. d. Eing.

An das  
Auswärtige Amt,  
zu Hh. von Herrn Legationsrat Dr. Rademacher,

Berlin - W 8,  
Wilhelmstrasse.

Betrifft: Massnahmen gegen Juden in Griechenland.

Bezug: Hiesiges Schreiben vom 25.1.43 - 9146  
IVB 4 2427/42 E (1148).

Bei dem Versuch des Befehlshabers der Wehrmacht Saloniki-Agäis, die Juden in Griechenland zum Arbeitseinsatz heranzuziehen, konnte laufend festgestellt werden, dass sich besonders vermögende Juden verschiedenster Staatsangehörigkeit bei dem italienischen Generalkonsulat in Saloniki um den Erwerb der italienischen Staatsangehörigkeit bemühten und diese auch tatsächlich erwarben, um sich hierdurch der Arbeitspflicht zu entziehen.

Bei dem jetzigen Vorhaben, die Juden aus dem Raum von Saloniki abzuschieben, ist verstärkt mit derartigen Machenschaften zu rechnen, da die vermögenden Juden nichts unversucht lassen werden, um der nunmehr drohenden Evakuierung zu entgehen. Um diese unerwünschte

H322638

E401533

./.



AS me. a g 192

Entwicklung abzustellen, bitte ich zu versuchen, durch Verhandlungen mit der italienischen Regierung zu erreichen, dass diejenigen Juden, die nach einem bestimmten Stichtage die italienische Staatsangehörigkeit erworben haben, nicht als vollgültige italienische Staatsbürger anerkannt werden und den sonst üblichen Schutz der italienischen Regierung nicht genießen.

Als Stichtag käme am zweckmässigsten der 1.7.1942, der Tag der Herrschaftung der Juden zum Arbeitseinsatz in Saloniki in Frage.

Ich darf bitten, da in den nächsten Wochen mit den Abschiebungen begonnen wird, sich der Angelegenheit annehmen zu wollen.

Das Ergebnis der Verhandlung bitte ich mir mitzuteilen.

In Auftrage:

*Ermann*

H522639

E401531



AA Me. 59 192

Barbarossa-Waldung

177

Berlin, den 12. Februar 1943

D III 199 g

Mit Bezugnahme auf Schreiben vom 2./5.2.43 - IV B 4 b - 2427/42 g ( 1148)- , betreffend Massnahmen gegen Juden in Griechenland, teilt die Deutsche Botschaft in Rom folgendes mit:

Der Kabinettschef im italienischen Auswärtigen Ministerium bezweifelte, dass italienische Konsulate ausschliesslich Saloniki tatsächlich Juden fremder Staatsangehörigkeit auf ihren Antrag hin italienische Staatsangehörigkeit verliehen hätten. Er verwies darauf, dass es zur Erlangung italienischer Staatsangehörigkeit einen langwierigen Verfahrens bedürfe und dass ganz abgesehen hiervon die italienische Judengesetzgebung dem im Wege stünde. Er werde jedoch sofort veranlassen, dass Angelegenheit genau geprüft werde und bitte in der Zwischenzeit um Angabe konkreter Fälle, die uns bekannt geworden seien, da es sich nur um Unregelmässigkeiten handeln könne, denen italienische Regierung selbstverständlich nachgehen wolle.

Um die Deutsche Botschaft in Rom mit einer näheren Leitung versehen zu können bitte ich daher, mir das Ihnen in dieser Angelegenheit zur Verfügung stehende Bessissmaterial übermitteln zu wollen. Es wäre erwünscht, wenn wir die Deutsche Botschaft in Rom instand setzen könnten konkrete Einzelfälle zu benennen.

In Auftrag

gez. von Wahn

An

das Reichssicherheitshauptamt  
z.Hd. von Herrn Obstdf. Eichmann  
oder Vertreter im Amt

B e r l i n 35

Kurfürstenstr. 116.

Wiedervorlage in 2 Wochen

K211982

E401529



24 Mel. 29 192

Telegramm

(Sonder-G-Schreiber)

R o m , den 22. Februar 1943 - 20.40 Uhr  
Ankunft: " 22. " " - 21.30 Uhr

181

den 24. Februar 1943

D III 230 G

Im Anschluß an das Schreiben vom 18. Februar 1943-  
D III 199 G --.

Die Deutsche Botschaft in Rom teilt mit, daß der  
Kabinettschef im Italienischen Außenministerium Herrn v. Bis-  
marck gestern ein Telegramm des Italienischen Generalkonsuls  
in Saloniki gezeigt habe, worin dieser mitteilt, daß während  
seiner ganzen Amtszeit kein einziger Fall einer Einbürgerung  
von Juden durch ihn oder seine Behörde zu verzeichnen sei.

Im Auftrag

H. v. Bismarck

K211980

An

das Reichssicherheitshauptamt

z. Hd. von Obersturmbannführer Eichmann

E401527

Berlin W. 45

Kurfürstenstr. 116

6-14 .. Abt. Leiter:

- 6) Pol., 7) Recht,
- 8) Dischld., 9) Ha Pol,
- 10) Kult., 11) Presse,
- 12) Fot., 13) Ru., 14) Inf.

15 .. Ds. Pol.

16 .. Ds. Arb. Abt. (wean nicht Pol. Arb.  
Abt. ist)

17 .. Saarländg. Telko.

es ist Nr. ....



Durchdruck als Konzept

Berlin, 27. April 1943

o. Inl. II g

## S c h n e l l b r i e f

Ref.: LR v. Thadden

Betrifft: Italienische Juden in Salonik-Zone.

Im Anschluß an die fernmündliche Besprechung der Angelegenheit mit SS-Sturmabführer Günther.

Der hiesige Italienische Geschäftsträger hat am Donnerstag, den 22. April 1943, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes eine Aufzeichnung über die Behandlung italienischer Juden in der Salonik-Zone überreicht. Die Italiener bringen in dieser Aufzeichnung zum Ausdruck, daß durch die Aufforderung an italienische Juden in Salonik, das Gebiet bis zum 15. Mai zu verlassen, die wirtschaftlichen und finanziellen Interessen Italiens in diesem Raum auf das Schwere gefährdet würden, weil gerade die aus der Toskana vor 100 Jahren nach Salonik ausgewanderten italienischen Juden dort im Wirtschaftsleben eine besondere Bedeutung gewonnen hätten und diese für Italien bedeutsame Stellung nun verloren zu gehen drohe, da bis zum 15. Mai eine Überleitung der Geschäfte auf Nichtjuden ohne schwere Einbuße nicht möglich sei. Weiterhin wird zum Ausdruck gebracht, was im übrigen auch zutrifft, daß die Italienische Regierung von der Reichsregierung zwar wegen der Ausreise der Italienischen Juden aus dem besetzten Ost- und Westgebieten eine formelle Mitteilung erhalten habe, während ihr die Aufforderung zur Heimschaffung italienischer Juden aus der Salonik-Zone, obwohl dieses Gebiet zum italienischen Lebensraum gehört, nur aus der Berichterstattung örtlicher italienischer Stellen in Salonik bekannt geworden sei.

Weiterhin

K211474

E421182

Reichssicherheitshauptamt

H522181

z. Hd. von Obersturmbannführer EICHMANN



Weiterhin haben die Italiener bei dieser Gelegenheit darauffhingewiesen, daß die Entscheidung darüber, wer als italienischer Staatsangehöriger anzusehen sei - wie dies auch im Reich und den besetzten Ost- und Westgebieten geschehen wäre - ausschließlich italienischen Stellen überlassen bleiben möge. Dieser letzte Wunsch bezieht sich offensichtlich auf die bereits unmittelbar aus Salonik vorliegende Anfrage, wie alle diejenigen Juden zu behandeln seien, bei denen nach Mitteilung des Italienischen Generalkonsulats in Salonik die Frage der Staatsangehörigkeit zu Zeit ungeklärt wäre. Es handelt sich hierbei offensichtlich um solche Fälle, bei denen zwar z.Zt. feststeht, daß die betreffenden Juden die italienische Staatsangehörigkeit nicht besitzen, in denen jedoch Anträge auf Wiedergewinnung der durch Fristablauf oder Heirat verlorengegangenen italienischen Staatsangehörigkeit z.Zt. laufen, oder in denen der Italienische Generalkonsul aus irgendwelchen Gründen in letzter Zeit Einbürgerungsanträge entgegengenommen hat.

Daß den Juden italienischer Staatsangehörigkeit im R von Salonik bereits eine Frist zur Ausreise gesetzt worden sein soll, ist dem Auswärtigen Amt nicht bekannt. Im Hinblick hierauf und unter Berücksichtigung der den Italienern auf politischem Gebiet in Griechenland zugesagten besonderen Stellung hält das Auswärtige Amt folgendes für unumgänglich notwendig:

1.) Die Ausreisefrist, sofern eine solche bereits örtlich gesetzt worden war, bis zum 15. Juni d. Js. zu verlängern.

2.) Von der Durchführung allgemeiner Judenmaßnahmen gegen solche Juden, bei denen die Frage der italienischen Staatsangehörigkeit nach italienischer Auffassung z.Zt. noch ungeklärt ist, zunächst abzusehen.

Das Deutsche Generalkonsulat in Salonik ist telegraphisch von der Auffassung des Auswärtigen Amtes in Kenntnis gesetzt und gebeten worden, auch die mit der Durchführung der Judaktion in Salonik örtlich betrauten Stellen hiervon zu unterrichten.

E421183

H322182

Um

K211475



- 3 -

Um eine Verzögerung der Durchführung der Aktion durch vorstehende Sonderregelung für die Italiener zu verhindern, ist das Generalkonsulat Salonik weiterhin angewiesen worden, das Italienische Generalkonsulat unverzüglich um Aushändigung einer abschließenden Liste aller von den Italienern als zweifelhaft angesehenen Fälle zu ersuchen und diese Liste sodann dem Durchführungskommando zur Verfügung zu stellen.

Das Auswärtige Amt bittet, auch von dort aus das Kommando in Salonik mit entsprechenden Weisungen zu versehen und hi rher mitzuteilen, was dort über die örtlich angeordneten Maßnahmen über die Behandlung von Juden ausländischer Staatsangehörigkeit in Salonik bekannt ist.

Im Auftrag

gez.v. Thadden

*Th 27/4*

K211476

H522185

E421181



AA Mel. 5 9 1943

Durchdruck als Konzept (R'schrift H.) so.

153

Auswärtiges Amt

Berlin, den 28. April 1943

cc Int. 1092

Weyland

Betrifft: Einführung der allgemeinen Judenmassnahmen  
im nordgriechischen Gebiet um Saloniki.

Die deutschen Missionen in Rom, Madrid, Ankara, Lissabon, Bern, Budapest und Sofia haben Weisung erhalten, den Regierungen, bei denen sie akkreditiert sind, mitzuteilen, dass die italienischen, spanischen usw. Staatsangehörigen jüdischer Rasse, die im nordgriechischen Gebiet um Salonik ansässig sind, demnächst in die allgemeinen Judenmassnahmen einbezogen werden sollen. Es wird den fraglichen Regierungen die Möglichkeit gegeben, ihre Staatsangehörigen jüdischer Rasse bis zum 15. Juni d.Js. in ihre sogenannten Heimatländer zurückzuholen.

Die im nordgriechischen Gebiet ansässigen 3 Juden Ägyptischer Staatsangehörigkeit und 2 Juden iranischer Staatsangehörigkeit, sowie die 3 Juden U.S.-amerikanischer und 3 Juden großbritannischer Staatsangehörigkeit sind als Angehörige von Feindmächten zu behandeln und zu internieren.

Die im nordgriechischen Gebiet um Salonik ansässigen aus Russland stammenden 7 staatenlosen Juden, die als Legitimation lediglich über abgelaufene Nansen-Pässe verfügen, sind in die Aussiedlungsaktion einzubeziehen.

Laut Bericht der deutschen Botschaft in Paris hat die französische Regierung mitgeteilt, dass sich im Salonik-Gebiet etwa 10 französische Staatsangehörige jüdischer Rasse aufhalten sollen. Es wird um Feststellung der Personalien dieser Juden gebeten.

Im Auftrag

K211452

gez. v. Thadden

H322473

E421160

An

das Reichssicherheitshauptamt,  
z.Hd. von SS-Obersturmbannführer Eichmann, o.V.I.A.

Berlin 57 62

Kurfürstenstr. 116

Abg.  
Pol V  
Bezug auf 2. telef. Gespräch  
S. 4. u. 13. 7. 1943  
Pol 101/15  
Pol 101/15  
Pol 101/15  
Bitte um Kts. u. Mitz.

Ein  
Weyland

geb. 6. Mai 1903  
H322473



Entwurf! No.

Ref.: DR. von Thadden

Berlin, den 4. Mai 1943

221

1. An

Reichsicherheitshauptamt  
a.H. von Obersturmbauf. Eichmann

Schnellbrief

Betrifft: Abschiebung der Juden aus dem nordgriechischen Gebiet um Salonik.

Die Deutschen Botschaften in Rom, Madrid und Ankara, sowie die Deutschen Gesandtschaften in Bern, Lissabon haben am 29. März die Weisung erhalten, den Regierungen, bei denen sie akkreditiert sind, mitzuteilen, dass die allgemeinen Judenmassnahmen auch auf die in dem von deutschen Truppen besetzten nordgriechischen Gebiet um Salonik ansässigen Juden zur Anwendung gebracht werden. Es werde ihnen Gelegenheit gegeben, ihre dort ansässigen Staatsangehörigen jüdischer Rasse bis zum 15. Juni d. Js. in ihr so genanntes Heimatland zurückzuholen.

Den hiesigen Vertretungen Italiens, der Türkei, der Schweiz, Spaniens und Portugals wurden die von der jüdischen Kultusgemeinde in Salonik zusammengestellten Listen ihrer in Salonik ansässigen Staatsangehörigen jüdischer Rasse überreicht.

Bis auf weiteres ist von der Anwendung der allgemeinen Judenmassnahmen auf italienische, türkische, spanische, ~~italienische~~, schweizerische und portugiesische Staatsangehörige jüdischer Rasse abzusehen. Dies gilt auch hinsichtlich der Personen, die von dem italienischen Generalkonsul in Salonik entgegen unseren Feststellungen als italienische Staatsangehörige bezeichnet wurden. Über das zu dieser Frage in Rom erzielte Verhandlungsergebnis wird Näheres zu gegebener Zeit noch mitgeteilt werden.

K211404

Im Auftrag

E421112

gez. v. Thadden

H322465

4/5

Wahrscheinlich  
in Zusammenhang mit  
der Verhaftung der  
Judenmassnahmen  
genommen. Die  
Möglichkeit der  
Rückführung ist  
nicht zu erwarten.



Telegramm

(Geh.Ch.Verf.)

Athen, den 7. Mai 1943,

Ankunft: 8. Mai 1943, 13,45 Uhr

Nr. 1370 vom 7.5.43.

1. II betr.  
Benmassnahmen

Im Anschluss an Telegramm vom 30. 1314.<sup>+</sup>

Wegen der italienischen Militär vorlie-

Durchdruck als Konzept (Ausschrift 1.)  
Berlin,

den 11. Mai 1943

Inl. II 1201 g

Die deutsche Botschaft in Ankara hat drahtlich berichtet, dass die türkische Regierung zunächst lediglich Interesse an der Zurückziehung von neun Juden aus Salonik habe, da die Frage der Staatsangehörigkeit der restlichen 30 Juden noch ungeklärt sei. Die Mitteilung der Namen dieser neun Juden durch die Berliner Türkische Botschaft wurde für die nächsten Tage in Aussicht gestellt.

Weitere Mitteilung bleibt vorbehalten.

Im Auftrag

Gen. v. Thadden

Bevollmächtigten des Reichs  
in Griechenland Athen

das Deutsche Generalkonsulat

Salonik

- je besonders -

das Reichsministerium, z. B. von  
U-Charakteren, über die...

Wille...

10. Kult. 11. Presse.

12. Prot., 13. Ru., 14. Ind.

15. Dg. Pol.

16. Dg. Arb. Abt. (wenn nicht Pol. Arb.)  
abg. 10

17. Sammlung...

E421494

E421491



AA Mel. 59 191

Durchdruck als Konzept (R'Schrift 1b.) Ko.

Auswärtiges Amt

Berlin, den 27. Mai 1943

Inl.II 1333g

Abschrift d. Über-  
d. Aufzeichn. 12066  
gel d. Eing. 13588 in  
gel d. Eing. 13326

Die hiesige Italienische Botschaft hat dem Auswärtigen Amt die in Übersetzung abschriftlich beigelegte Aufzeichnung wegen italienischer Juden im Raum von Salonik zukommen lassen. Weiterhin hat das italienische Aussenamt der Deutschen Botschaft in Rom die gleichfalls in Übersetzung abschriftlich beigelegte Aufzeichnung vom 19.5. zukommen lassen. Nach Bericht der Deutschen Botschaft wurde das Aussenministerium bei Übergabe der Aufzeichnung unverzüglich darauf hingewiesen, daß nach nationalsozialistischer Auffassung bekanntlich Juden stets nur für das jüdische Interesse, nie aber für das nationale Interesse irgend eines Landes tätig werden können, auch wenn sie mitunter aus Tarnungsgründen versuchen, sich einen derartigen Anschein zu geben. Der zuständige Abteilungsleiter erwiderte hierauf, der italienischen Regierung sei diese Auffassung aus den verschiedenen Gesprächen über die Judenfrage durchaus geläufig. Sie habe sich aber nach reiflicher Überlegung doch entschlossen, ihren Vorschlag wegen Ausnahmebehandlung der Salonik-Juden zu machen, da jahrelange italienische Erfahrung und nicht zuletzt 20jährige Erfahrung der faschistischen Regierung für die Juden des Mittelmeer-Raumes ein anderes Bild ergaben. Die Mittelmeer-Juden, insbesondere die Juden in Griechenland und in Tunis haben sich stets als sehr wertvolle Stütze des politischen und wirtschaftlichen Einflusses Italiens im Mittelmeer-Raum bewährt.

Das Auswärtige Amt gibt von den vorstehenden Ausführungen zunächst nur informatorisch Kenntnis und behält sich eine Stellungnahme bis zum Abschluss der Prüfung noch vor.

Sodann ist Abschrift eines Berichts des Generalkonsulats Salonik in der gleichen Frage beigelegt.

Weiterhin hat das Generalkonsulat in einem Drahtbericht darauf hingewiesen, daß sich die Ausreise italienischer Juden in die italienisch besetzte Zone Griechenlands nur durch regelmäßige Durchsuchung aller italienischen Militärzüge

An

den Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

H522597

E421452

2.)



AA Mel. a 9 181

Militärzüge durch die geheime Feldpolizei verhindern lasse. Dies würde laufend zu erheblichen und unerwünschten Reibungen zwischen der deutschen und italienischen Wehrmacht führen. Da im übrigen deutscherseits die Übersiedlung italienischer Juden von Salonik in die italienisch besetzte Zone überhaupt nicht endgültig verhindert werden kann, solange die Italiener selbst für unsere Gründe kein Verständnis aufbringen, - denn jeder Jude hätte die Möglichkeit, wenn er an der direkten Ausreise verhindert wird, über Italien auf dem Luft- oder Seeweg nach Griechenland zurückzukehren, ohne unsere Kontrolle zu durchlaufen, - ist es leider nicht zu umgehen, insoweit den italienischen Wünschen nachzugeben und den ausreisenden italienischen Juden die Abreise in die italienisch besetzte Zone Griechenlands oder nach Italien freizustellen. Das Generalkonsulat Salonik hat entsprechende Weisung bereits erhalten.

Im Auftrag

gez.v.Thadden

Durchdruck  
Auswärtiges Amt

1333g

den 27. Mai 1943

Mit Kurier!

Im Anschluss an Drahterlass Nr. 1301  
vom 20.5.43.

Betrifft: Italienische Juden in Salonik.

In Ziffer 2.) des nebenbezeichneten Drahterlasses insoweit ein Versehen unterlaufen, als die mit Bericht 13. Mai 43 - Nr. 182 J. - überreichten Listen der von Italienern reklamierten Juden zwar 23 fortlaufende Ziffern, aber 40 Personen enthält, obwohl die Italiener selbst ihrer Aufzeichnung nur von 34 Fällen sprechen.

Es wird jedoch gebeten, noch eine Namensliste auch Juden zu übersenden, die von den Italienern angefordert werden und sich z.Zt. in Konzentrationslagern befinden oder deren Aufenthaltsort angeblich nicht feststeht.

An das Deutsche Generalkonsulat  
S a l o n i k

Im Auftrag

Thadden

E-121453

2.)



Ad Mel. 29 1941

den 4. Juni 1943

Leg. Rat v. Thadden

Lieber Kamerad Günther!

Durch ein Versehen meinerseits ist das gestern mit Ihnen abgesprochene Schreiben in den Geschäftsgang gekommen und auf dem Normalweg zur Absendung gebracht worden. Um einen Zeitverlust zu vermeiden, übersende ich Ihnen anliegend ein Doppel.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihnen vertraulich - d.h. nur zur eigenen Information und mit dem Anheinstellen, auch Kamerad Eichmann zu unterrichten - über die Judenausiedlung in Salonik, soweit sie die Italiener betrifft, folgendes mitteilen:

Wie mir durch einen Angehörigen der hiesigen Italienischen Botschaft bekannt wurde, ist die sture italienische Haltung in der Salonik-Frage - die beiden ungewöhnlich scharfen Noten der Italiener dürften Ihnen bekannt sein - darauf zurückzuführen, daß Staatssekretär Bastianini die Verhältnisse aus seiner früheren Tätigkeit in Griechenland angeblich gut kennt und persönlich aus seiner Kenntnis der Dinge die Einstellung haben soll, daß Italien diesen Juden gegenüber aus früherer Zeit verpflichtet wäre.

Die Prüfung der Angelegenheit steht hier im Haus unmittelbar vor dem Abschluß. Sehr zu meinem Bedauern werden wir vermutlich den Italienern gegenüber weitgehendst nachgeben müssen. Maßgebend hierfür ist folgendes:

1. Die besondere politische Lage des Augenblicks erfordert besonders wohlwollende Berücksichtigung italienischer Wünsche.

2. Der Führer hat dem Duce seinerzeit zugesagt, daß Griechenland, u.z. auch soweit es von deutschen Truppen

H. 322575, besetzt

An

das Reichssicherheitshauptamt  
z.Hd. von Sturmbannführer Günther  
Berlin

HE225751

E421411

5111513



besetzt ist, politisch italienisches Interessengebiet bleiben soll. Es kann daher bei der Grundeinstellung der Italiener zur Judenfrage nicht erwartet werden, daß sie uns in der Judenfrage in Salonik, also ihren Interessengebiet, Konzessionen machen, die weit über das hinausgehen, was sie selbst zur Zeit in der Judenfrage für richtig halten. Ein allzu starres Festhalten an unserer Forderung würde, wie man uns bereits deutlich zu verstehen gegeben hat, als nicht im Einklang stehen mit der Führerzusage an den Duce aufgefaßt werden.

Unsere Marschroute wird daher voraussichtlich folgende sein:

a) Festhalten am Verlangen der Evakuierung auch der italienischen Juden;

b) größtes Entgegenkommen in den sog. Zweifelsfällen, d.h. Behandlung auch der ca. 70 griechischen oder staatenlosen Juden als Italiener, die von den Italienern wegen ihrer früheren italienischen Staatsangehörigkeit als Italiener reklamiert werden;

c) Fristverlängerung über den 15.6. hinaus, möglichst jedoch nicht über einen Monat, um den Italienern das Argument aus der Hand zu nehmen, daß die schnelle Ausreise ihre wirtschaftlichen Interessen in Salonik auf das Schwerste beeinträchtigt.

Ich erwarte die abschließende Weisung meines Staatssekretärs bzw. des Ministers voraussichtlich noch diese Woche.

Heil Hitler!

gez. v. Thadden

H. 322576.

H322576

F421412

An

d



AA Me. u g 121

Durchdruck

Berlin, 4. Juni 1943

Inl. II 1558g.

gebiet  
lung  
en,  
hren

Doppel d. Aufz.  
Angabe zu 1.

S c h n e l l b r i e f .

Im Anschluß an das Schreiben vom 3.6.43  
- Nr. Inl. II 1527 g -.

Die hiesige Italienische Botschaft ist auf Weisung des Italienischen Außenministeriums erneut auf die Behandlung italienischer oder angeblich italienischer Juden im Raum von Salonik zurückgekommen. Aus der Form des Vorbringens und dem außerordentlichen Nachdruck, welcher italienischerseits auf eine positive Regelung der Angelegenheit in ihrem Sinne gelegt wird, ist zu erkennen, daß sich die Behandlung von rund 75 Juden zu einer Prestigefrage zwischen Rom und Berlin auszuwachsen droht, wobei das Objekt, nämlich 75 Juden, in keinem Verhältnis zu der hierdurch eintretenden unerwünschten Belastung der deutsch-italienischen Beziehungen steht. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat daher entschieden, daß den italienischen Wünschen weitgehendst Rechnung getragen werden muß, um eine uns zur Zeit unerwünschte Verschärfung der Situation unbedingt zu verhindern.

Der hiesigen Italienischen Botschaft ist daher am heutigen Tage die abschriftlich zur Kenntnisnahme beigefügte Aufzeichnung übersandt worden. Gleichzeitig hat das Generalkonsulat in Salonik die abschriftlich beigefügte Weisung erhalten.

Es darf dringendst gebeten werden, das Einsatzkommando

An

das Reichssicherheitshauptamt

z. Hd. von Obersturmbannführer Eichmann o. V. i. A.

Berlin W 62

Kurfürstenstr. 116

af 4/16

H322577

E421415



do in Salonik von dort aus mit den erforderlichen Sofort-Weisungen wegen Haftentlassung der von den Itali- als „Italiennr“ angeforderten Juden zu versehen. Es wäre hierbei ratsam, daß das Einsatzkommando im engsten Ein- nehmen mit dem Deutschen Generalkonsulat vorgeht, damit die Entlassung tatsächlich nur in den politisch notwend- Fällen erfolgt.

Es wird insbesondere daraufhingewiesen, daß größte H- wegen Erteilung der erforderlichen Weisungen geboten E, da anderenfalls der den Italienern gesetzte Termin für Liquidierung der Judenfrage in Salonik, der 15.6. d. Js., nicht eingehalten werden könnte und eine generelle Frist- verlängerung notwendig werden würde.

Im Auftrag

gez. v. Thadden

*[Handwritten signature]* 4/6

*[Handwritten notes in margin: "läuft", "St. 5/2", "11/1", "v"]*

H322578

E421416

*[Handwritten notes in margin: "6.", "An"]*



AA Mel. II 9 1941

Durchdruck  
Auswärtiges Amt

den 4. Juni 1943

2.8. Inl. II 15619

Betrifft: Italienische Juden in Salonik.

Nach hier eingegangenen Meldungen soll angeblich bei 60 italienischen Juden in Salonik Haussuchung gehalten worden sein. Weiterhin soll in Erwägung gezogen worden sein, durch deutsche Polizeieinsatzkommandos notfalls auch innerhalb der italienisch besetzten Zone die Juden dingfest zu machen, die aus Salonik entwichen sind.

Es wird geboten, Maßnahmen derartiger Art, soweit sie tatsächlich beabsichtigt sind, zunächst zu unterbinden und auf schnellstem Wege die diesseitige Entscheidung einzuholen.

Bei der Empfindlichkeit der Italiener hinsichtlich jeden deutschen Vorgehens, das ihres Erachtens die italienische Prärogative im griechischen Raum beeinträchtigt, ist bei allen Maßnahmen in der vorstehend erwähnten Richtung besondere Vorsicht geboten.

Im Auftrag

AR. gez. v. Thadden

An  
das Deutsche Generalkonsulat  
in Salonik

H322571

E421409



AA Mel. a 9 141

4. Juni

3

Inl. II 15619.

2)

Schnellbrief

Abschriftlich

zur Kenntnis und mit der Bitte übersandt, von dort das Einsatzkommando mit den erforderlichen Weisungen zu versehen, damit dieses mit besonderer Vorsicht zu Werke geht und alle Maßnahmen unterläßt, bzw. nur mit ausdrücklicher Genehmigung von Berlin, veranlaßt, die geeignet sind, Interventionen der Italienischen Regierung hervorzurufen.

Es muß unbedingt berücksichtigt werden, daß es sich bei Salonik zwar um ~~ein~~ von deutschen Truppen besetztes Gebiet handelt, aber im Gegensatz zu den übrigen besetzten Gebieten um italienisches Interessengebiet.

Im Auftrag

Gen. v. Thadden

*[Signature]* 4/6

An

Obersturmbannführer Eichmann

Reichssicherheitshauptamt Berlin W 62

Kurfürstenstr. 116

E421110



Auswärtiges Amt  
o.O. Int. II 16.39g

RU.  
Berlin,

9. Juni

194 3

Geheim

S c h n e l l b r i e f

Im Anschluss an die fernmündliche Besprechung zwischen Obersturmbannführer Eichmann und dem Unterzeichneten betreffend Juden in der Salonik-Zone.

Gesandter Baldoni von der hiesigen italienischen Botschaft kam auf Weisung des italienischen Aussenministeriums erneut auf das Juden-Problem in Salonik zu sprechen. Er wies dabei darauf hin, daß nach einem Bericht des italienischen Generalkonsuls in Salonik der Leiter des Einsatzkommandos für Judenfragen in Salonik im Begriff stehe, sich in Begleitung von drei Juden - offenbar Vertrauensleute, - in die von Italien besetzte Zone zu begeben, um die Personalien derjenigen Juden zu ermitteln, die aus der deutschen Zone geflohen seien. Die Reise des deutschen Dienststellenleiters gehe über Castril und Janina nach Athen.

Das Auswärtige Amt bittet, sicherzustellen, daß eine derartige Reise, sofern sie überhaupt in Aussicht genommen war, unter allen Umständen unterbleibt, ehe nicht das Auswärtige Amt Gelegenheit gehabt hat, zu der Frage eingehend Stellung zu nehmen. Schon jetzt darf betont werden, daß die Durchführung einer derartigen Reise zu erheblichen Komplikationen aussenpolitischer Art führen würde, die unter allen Umständen vermieden werden müssen.

z.Kts. Bei dieser Gelegenheit brachte Baldoni die Sprache weiterhin auf den Fall des jüdischen Advokaten Moises Saul sowie dessen Ehefrau Rahel Saul und dessen Tochter Lydia Saul.

Ln

das Reichssicherheitshauptamt,  
z.Hd. von SS-Obersturm-  
bannführer Eichmann, o.V.i.A.

**H322560**

Kurfürstenstr. 116

E421396

ab: JUNI 1943

Q141L

Prof. G. W. C. 1913



AA Mel. u 9 194

Saul besitze zwar die griechische Staatsangehörigkeit, sei früher 22 Jahre in Mailand ansässig <sup>gewesen</sup> und hatte anschliessend 12 Jahre lang als beratender Anwalt des italienischen Generalkonsulats in Salonik gewirkt. Er habe sich um die italienischen Interessen ausserordentlich verdient gemacht. Nach Beginn der deutschen Aktion gegen das Judentum in Salonik sei Saul zugesagt worden, dass sein Fall günstig geregelt werden würde. Da jedoch nichts erfolgt wäre, habe er versucht, mit seiner Familie illegal in die italienisch besetzte Zone zu fliehen. Er sei hierbei gefasst worden und nur durch Intervention des italienischen Generalkonsulats sei seine Erschiessung verhindert worden. Die zuständige deutsche Dienststelle in Salonik habe auf die Vorstellungen des italienischen Generalkonsulats hin erklärt, von einer Deportation Sauls und seiner Familie werde abgesehen, sofern ihm die italienische Regierung die Reisegenehmigung nach Italien erteile. Dies sei im Hinblick auf die besonderen Verdienste Sauls auch geschehen. Am 21. Mai habe sodann jedoch der zuständige Militärkommandeur dem italienischen Generalkonsulat mitgeteilt, dass trotz dieser deutschen Zusage Saul und seine Familie inzwischen auf Anordnung von Wislicensy in die Ostgebiete abtransportiert worden wäre.

Baldoni wurde unverzüglich darauf hingewiesen, daß es sich bei Saul um einen griechischen Staatsangehörigen handle, der italienischen Regierung also die Legitimierung zu einer Intervention fehle. Baldoni bat im Hinblick auf die Verdienste Sauls trotzdem, wohlwollend zu prüfen, ob Saul nebst Frau und Tochter in den Ostgebieten ermittelt und zur Ausreise nach Italien freigestellt werden könne.

Das Auswärtige Amt wäre für Stellungnahme hierzu dankbar.

Im Auftrag

gez.v. Thadden

*[Handwritten signature]* 10/6

Nr. 880 vom

Inl. II e 109

Vorsitz

Zul.

. RAM

. St. A.

. ERAM

. Reichs R.

. Abt. Leiter

(Pol. 1)

. 10. K. u. 1

. 12. P. u. 1

. 14. P. u. 1

. 16. P. u. 1

. 18. P. u. 1

4322561

E421397



Archivdruck aus dem  
Handschriftl. N. N.

E.C. 101, II A

Trl. II 16.6.8

S c h n e l l l i e f !

Die der Spanischen Botschaft erteilte Antwort ist  
abschriftlich beigelegt. Die hiesige Schweizer Gesand-  
tschaft wurde im gleichen Sinne verständigt.

Da es politisch nicht zweckmäßig war, den Schweizern und Spaniern eine Fristverlängerung zuzugestehen, die nicht gleichzeitig auch den Italienern konzedierte wird, wurde der hiesigen italienischen Vertretung heute mündlich mitgeteilt, daß die ihr bereits in Aussicht gestellte Fristverlängerung für den Abtransport italienischer Juden in Einzelfällen bis zum 15. Juli, aus besonderem Entgegenkommen, um Schwierigkeiten bei dem Abtransport zu vermeiden, generell für alle Fälle gewährt werde.

Unmittelbar nach Übermittlung dieser Mitteilung an die Italienische Botschaft erhielt das Auswärtige Amt das abschriftlich beigelegte Telegramm aus Athen, welches damit praktisch erledigt ist.

Es

das Reichssicherheitshauptamt  
Hd. von SS-Obersturmbannführer Eichmann  
O.V.i.A.

Berlin W 35  
Kurfürstenstr.116

E421406

id A.



AA. Mel. 9 9 1941

Es wird gebeten, von dort aus das Einsatzkommando in Salonik wegen der stillschweigenden Fristverlängerung für Schweizer und Spanier bis zum 1. Juli und für Italiener bis zum 15. Juli mit den erforderlichen Weisungen zu versehen.

Im Auftrag  
gez. v. Thadden

*Thadden* 10/6

H522509

E421407



AA Mel. 59 1941

# Telegramm

(Geh.Ch.V.)

1679  
15. JUNI 1943

Durchdruck als Konzept (R'Schrift lb.) Ko.

Auswärtiges Amt  
Inl.II 16762

Berlin, den 15. Juni 1943

Das Bulgarische Aussenministerium hat auf die Mitteilung, dass der Bulgarischen Regierung Gelegenheit gegeben werde, den in Salonik ansässigen Juden Saul Yeruhom Mijan heimzuschaffen, erneut bestätigt, dass die Bulgarischen Behörden an dem Schicksal der Juden bulgarischer Staatsangehörigkeit innerhalb des Großdeutschen Reiches und den von Deutschland besetzten Ländern desinteressiert seien.

*bulgarische*  
Gegen die Abschiebung von Juden aus dem Raum von Salonik in die Ostgebiete bestehen daher keine Bedenken.

Im Auftrag  
gez.v.Thadden

den Chef der Sicherheitspolizei und des SD  
z.Hd.v.SS-Obersturmbannführer Dichtmann, o.V.i.A.

Kurfürstenstr.116

7.7.8830

E421398 2.)

H322562

## Verteiler:

- 1 an Inl.II (Arb.St.)
- 2 "
- 3 "
- 4 " Sammlg. Telko

Dies ist Nr.

E421395



At. Auf. 5 9 1943

Durchdruck als Konzept (R'Schrift 1b.) Ko.

Auswärtiges Amt

Berlin, den 16. Juni 1943

Inl. II

17.11

Geheim

61

Im Anschluss an den Schnellbrief  
vom 9. Juni 1943 - Inl. II 1639g -  
Betreff: Juden in der Salonik-Zone.

Das Generalkonsulat in Salonik hat drahtlich mitgeteilt,

- 1.) daß Hausdurchsuchungen bei italienischen Juden nicht stattgefunden hätten,
- 2.) daß alle Juden, die von den Italienern in Anspruch genommen worden sind und sich noch in Anhaltelagern befunden hätten, - die letzten am 8. Juni - zur Entlassung gekommen wären,
- 3.) daß ein Plan, durch deutsche Polizeikommandos Juden in der italienisch besetzten Zone, die aus Salonik dorthin entflohen sind, festzunehmen zu lassen, nicht bestehe.

ch. Hg.  
2. 11  
Inl. II B (wegen 7)  
KAn.

Die Italienische Botschaft wird mündlich in diesem Sinne verständigt werden.

Diese Drahtinformation aus Salonik räumt jedoch noch nicht die von den Italienern vorgebrachten Bedenken über die beabsichtigte Reise des Dienststellenleiters Wisliceny über Castril und Janina nach Athen zwecks Feststellung entworfener Juden aus. Das Auswärtige Amt wäre für Mitteilung dankbar, ob das Einsatzkommando Salonik von dort aus mit den erforderlichen Weisungen versehen worden ist, daß auch eine solche Reise zu unterbleiben hat.

mit 1649g  
389 mnd  
15. 9. 43 Nr. 345  
d. A.

Gegen eine Reise Wislicenys nach Athen zu Besprechungen mit dortigen Dienststellen, die nicht polizeiliche Ermittlungen - etwa nach dem Verbleib von Juden - in der italienisch besetzten Zone Griechenlands bezwecken, bestehen diesseits selbstverständlich keine Bedenken.

Im Auftrag

An

ges. v. Thadden

den Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

E421384

z. Hd. von SS-Obersturmbannführer Eichmann

2.)



SA Mtl. 49 1943

den 19. Juni 1943

Enl. II 1730g

Anliegend wird die angeblich abschließende Liste der griechischen Juden übersandt, die von den Italienern angefordert worden sind und die bereits abtransportiert worden sein sollen. Ganz besonderes Interesse haben die Italiener wie dort bereits bekannt, an der unter Ziffer 1. der Liste aufgeführten italienischen Staatsangehörigen Dudun VENEZIA, die versehentlich abtransportiert worden sein soll und dem unter Ziffer 6. aufgeführten Dr. Moisis SAUL und seiner Familie.

Das Auswärtige Amt wäre für Prüfung dankbar, welche von den in der Liste aufgeführten Personen <sup>nach</sup> bereits erfaßt und den Italienern wieder zur Verfügung gestellt werden könnten.

Im Auftrag

gez. v. Thadden

*Thadden*  
6

An

den Chef der Sicherheitspolizei und des SD

z.Hd. von Obersturmbannführer Eichmann

Berlin W 62

Kurfürstenstr. 116

H522554

E421381



SA Mel. u g 191

Durchdruck  
Auswärtiges Amt

Inl.II A 4736

### V e r b a l n o t e .

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Königlich Italienischen Botschaft im Anschluß an die früheren Vorgänge mitzuteilen, daß es nunmehr erforderlich ist, nachdem fast alle Juden ausländischer Staatsangehörigkeit das Reich und die von deutschen Truppen besetzten Gebiete verlassen haben, die allgemeinen Judenmaßnahmen endgültig auf alle noch im Machtbereich befindlichen Juden auszudehnen.

Es darf daher gebeten werden, dafür Sorge zu tragen, daß alle sich noch im deutschen Machtbereich, mit Ausnahme der Salonik-Zone, befindlichen Juden italienischer Staatsangehörigkeit beschleunigt zur Heimreise veranlaßt werden. Vom 15. August an werden die allgemeinen Judenmaßnahmen sodann auch auf italienische Juden innerhalb des deutschen Machtbereichs Anwendung finden, und zwar in der Annahme, daß sich aus dem weiteren Verbleib der Betroffenen das Desinteressement der Königlich Italienischen Regierung an diesen Juden ergibt. Sollte in einem Einzelfall wegen mangelnder Transportfähigkeit infolge schwerer Erkrankung die Heimschaffung bis zum 15. August nicht möglich sein, wird gebeten, dem Auswärtigen Amt bis zum 20. Juli diese Fälle unter genauer Angabe der Personalien der betreffenden Juden und des Grundes, weshalb ihre Heimschaffung nicht durchgeführt werden konnte, mitzuteilen, damit noch rechtzeitig vor Fristablauf diese Sonderfälle den zuständigen inneren Behörden zur Kenntnis gebracht werden können.

Da das Auswärtige Amt nicht in der Lage war, den dortigen Wunsch zu erfüllen und der Königlich Italienischen Botschaft eine lückenlose Zusammenstellung aller italienischen Staatsangehörigen in den besetzten Gebieten zukommen zu lassen, werden die zuständigen Polizei-Behörden gebeten,

An

die Königlich Italienische  
Botschaft

H322537

E421331



44 Mel. u. g 191

gebeten werden, sofern im Zuge der Erstreckung allgemeiner Judenmaßnahmen eine Erfassung zwecks Verbringung zum Arbeitseinsatz in den Osten erfolgt, vor Durchführung des Abtransportes dem Auswärtigen Amt diejenigen Juden namhaft zu machen, die im Besitz gültiger italienischer Pässe sind. Das Auswärtige Amt wird der Königlich Italienischen Botschaft unverzüglich von diesen Fällen Kenntnis geben, um den italienischen Behörden eine letzte Möglichkeit zu geben, den Wunsch zur Abschiebung der betreffenden Juden über die italienische Grenze zu äußern, sofern dort ein Interesse daran bestehen sollte.

Berlin, den 7. Juli 1943

AUSWÄRTIGES AMT

Berlin, den 24. Juni 1943

Inl.II A 4786

Abschriftlich

dem

Reichssicherheitshauptamt  
z.Hd. SS-Obersturmbannführer Eichmann

zur Kenntnis und mit der Bitte, die zuständigen Vollzugsorgane entsprechend anzuweisen, übersandt.

Im Auftrag

B522

E121352



44 Mel. I g 191

Durchdruck als Konzept (R'Schrift lb.) Ko.

Auswärtiges Amt  
e.O. Inl. II 2132.g

Berlin, 24. Juli 1943

Gruppenleiter Inl. II

S c h n e l l b r i e f

Obwohl die der Spanischen Regierung für den Abtransport der spanischen Juden aus Salonik gesetzte Frist inzwischen verstrichen ist, hat die Spanische Regierung nicht nur den Abtransport nicht betrieben, sondern darüber hinaus durch ihre Weisungen, die sie dem spanischen Geschäftsträger in Athen erteilt hat, zu erkennen gegeben, daß sie gegen die Rückkehr von rund 600 Juden nach Spanien erhebliche Bedenken hat und am liebsten nur eine kleine Gruppe von etwa 20 bis 50 Juden übernehmen würde. Ein Mitglied der hiesigen Spanischen Botschaft hat bei einer Besprechung der Angelegenheit mündlich sich dahin geäußert, er habe den Eindruck, dass man in Madrid am liebsten das Schicksal der 600 Juden überlasse, wenn man sicher wäre, dass sie nicht liquidiert würden.

Bei den gegenwärtigen Verhältnissen ist damit zu rechnen, dass die Spanier, sofern sie die Juden nicht nach Spanien übernehmen, seitens der Feindstaatsregierungen einem erheblichen Druck ausgesetzt werden und unter Aufgabe ihrer gegenwärtigen Haltung <sup>um</sup> die Erteilung der Ausreisegenehmigung für diese Gruppe von Juden oder wenigstens einen Teil von ihnen doch noch nachsuchen werden.

Andererseits dürfte das weitere Verbleiben der Spanischen Juden in Salonik, nachdem alle übrigen Juden Salonik verlassen haben, politisch und sicherheitspolizeilich durchaus unerwünscht sein.

Das Auswärtige Amt hat daher keine Bedenken dagegen, dass zunächst eine Zwischenlösung in der Form vorgenommen wird, daß diese Gruppe von Juden aus Salonik in ein interniertenlagerähnlich aufgebautes Lager im Reich überführt wird, um dort zunächst etwa drei Monate zu verbleiben, um die Reaktion der

Spanier

das Reichssicherheitshauptamt  
z.Hd. von SS.Obersturmbannführer

E i c h m a n n

H322528

E421303

7.7.58

Zut



14. Jul. 49. 1949

1. Nur  
21.

3 Bln.  
am 7/6

Berlin

Dij  
Cor

Refer

Behref

N.A.

M

2. R

da für die

16.7.

26

Spanier auf den zu erwartenden Druck der Feindstaatsregierungen abzuwarten.

Diese Zustimmung erfolgt unter der Voraussetzung, daß die Überführung der Juden in ein derartiges Lager und ihre Behandlung dort während dieser Übergangszeit in einer Form vorgenommen werden, die bei einer evtl. späteren Erteilung der Ausreisegenehmigung an alle oder einen Teil von ihnen nach Spanien keinen Anlass zu schwerwiegenden Beschwerden und unerwünschter Greuelpropaganda bietet.

Es darf daher geboten werden, sofern diese Übergangslösung durchgeführt wird, das Einsatzkommando in Salonik sowohl wie das Lagerkommando des Lagers, in dem die Juden untergebracht werden sollen, mit den für die Behandlung der Juden erforderlichen Sonderweisungen zu versehen.

Die Spanische Botschaft ist bereits vor einigen Tagen von dieser beabsichtigten Zwischenlösung inoffiziell in Kenntnis gesetzt worden und hat auch das Spanische Aussenministerium in Madrid entsprechend unterrichtet. Eine Reaktion ist bisher nicht erfolgt. Sollte das Spanische Aussenministerium im Hinblick auf diesen Plan nunmehr doch noch in letzter Minute die Genehmigung für Durchführung eines Sammeltransports nach Spanien erteilen, wird das Auswärtige Amt unverzüglich weitere Mitteilung machen.

Im Auftrag

gez. v. Thadden

H322529 +

E421304

24/7  
17.5829



BA R 70 / Griechenland 2

142

E g l . A b s c h r i f t .

Reichssicherheitshauptamt  
I A 1 d - Nr. 21055/43

Berlin SW 11, den 24. September 1943  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Ortsanruf 120040 Fernruf 126421

G = 7866/43

An  
den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD  
in A t h e n  
den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD  
in P r a g

A b s c h r i f t

Zum Schreiben vom 20.9.43 - IV B 4 - 2427/43 (1148)

Hiermit werden folgende SD-Angehörige mit Wirkung  
vom 20.9.43 nachträglich zum Befehlshaber der Sicher-  
heitspolizei und des SD in Athen abgeordnet:

1. SS-Hstuf. W i s l i c e n y , Befehlshaber der Sicher-  
heitspolizei und des SD Prag, unter Aufrechterhal-  
tung seiner Abordnung zum Polizeilattaché in Preßburg.
2. SS-Oscharf. S l a w i k , Befehlshaber der Sicher-  
heitspolizei und des SD in Prag,
3. SS-Bewerber T a b a c s , Befehlshaber der Sicher-  
heitspolizei und des SD in Prag,
4. Krim.-Ang. (K) S c h e f t s c h i k , Befehlsha-  
ber der Sicherheitspolizei und des SD in Prag.

An das Referat IV B 4 im H a u s e .

-----  
Abschrift übersende ich zur Kenntnisnahme.

Im Auftrage:

gez. Dr. Trautmann

Beglaubigt:

gez. Unterschrift

Büro-Angest.

Für die Richtigkeit der Abschrift  
Athen, den 25. November 1943

*Wulff*  
Kanzleiangestellte.





AA Mel. 9 9 203

Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

Berlin SW 11, den 11. September 1943.

Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: Ortsvorwahl 1200 40 - Fernvorwahl 1264 21  
Reichsbankgirokonto: 1.146 - Devisenkonto: Berlin 2386

IV B 4 a - 2427/42 E (1148)

Bei der Antwort vorstehendes Briefkopfzeichen u. Datum anzugeben

Auswärtiges Amt  
Inl II 25949  
14. SEP. 1943

An das  
Auswärtige Amt,  
zu Hd. von Herrn Legationsrat von Thadden,

in Berlin.

Betrifft: Juden spanischer Staatsangehörigkeit  
im Aufenthaltslager Bergen-Belsen.  
Bezug: Persönliche und fernmündliche Besprechungen  
mit dem Unterzeichneten.  
Anlagen: 1.

Als Anlage übersende ich eine Liste  
der am 13.8.1943 im Aufenthaltslager Bergen-  
Belsen eingetroffenen Juden spanischer Staats-  
angehörigkeit. Die Jüdin Carasso de Sasson, Ra-  
quel, geb. 14.6.1919, Saloniki, Cedula Nr.704,  
ist in dieser Liste nicht angeführt, da sie am  
19.8.1943 an Herzmuskelschwäche gestorben ist.

Bezüglich der Regelung des Abtransportes  
der in dem Aufenthaltslager Bergen-Belsen be-  
findlichen Juden spanischer Staatsangehörigkeit  
nach Spanien werde ich in Kürze weitere Mittei-  
lung erfolgen lassen.

Im Auftrage:

*[Handwritten signature]*

K213134

*Juden Spanien (Stolz) Just. Gredert.*

478237



Berlin, den 12. August 1943 14

AA Mel. u g 194  
zu Inl. II A 6453

1. An

die

Gesandtschaft

Botschaft

Note geprüft  
mit ...  
Sta. d. g. AUK 1943

Ref.: Leg.Rat von Thadden

V e r b a l n o t e

Ref.: LR.v.Thadden

zu Inl.II 2545 g

1.) Vermerk.

Mit Herrn Serat von der Spanischen Botschaft wurde ab-  
gesprochen, daß versucht werden sollte, zwei Sammeltransporte  
in möglichst kurzer Aufeinanderfolge durchzuziehen. Herr Serat  
erbat nochmals möglichst beschleunigte Übersendung der Liste  
der in Bergenbelsen einsitzenden Spanier. Er werde dann sofort  
die Aufgabe bekannt geben und nach Einholung der Zustimmung  
seines Botschafters mir wegen der Ablassung des ersten Trans-  
portes freie Hand geben.

Die Liste wurde von Reg.Rat Hunsche inzwischen ange-  
fordert und am heutigen Tage Herrn Serat zugestellt.

Berlin, den 14. September 1943

Wvl. in 3 Tagen

E421316

E421317

92 AUG 1943



Durchdruck als Konzept (R'Schrift lb:) Ko.

Auswärtiges Amt

Berlin,

2. Dezember 193

Inl.II 510 G.RS

Geheime Reichssache

Schnellbrief

Der Bevollmächtigte des Auswärtigen Amtes für den Südosten, Gesandter Neubacher, hat telegrafisch gebeten, den Chef des Reichssicherheitshauptamtes anzuregen, daß mit dem Abtransport der in Athen zusammengezogenen Juden noch gewartet werden möge. Von den rund 8.000 Juden hätten sich auf Aufforderung des Sicherheitsdienstes lediglich etwa 1200 gemeldet. Die Übrigen seien geflohen oder hielten sich verborgen. Da die Juden, die sich gemeldet haben, vermutlich nur das uninteressanteste Kontingent darstellen, bestehe vermutlich nach deren Abtransport keine Aussicht mehr, auch an diejenigen heranzukommen, die für uns politisch wesentlich interessanter seien, als die gemeldeten.

Der Höhere SS- und Polizeioffizier und der Chef des Sicherheitsdienstes seien der gleichen Ansicht.

Da Gesandter Neubacher gebeten hat, ihn von der Stellungnahme des Chefs des Reichssicherheitshauptamtes tunlichst umgehend zu unterrichten, darf das Auswärtige Amt um entsprechende Stellungnahme bitten.

Im Auftrag K206574

HA 0 Huber Eichmann am 4. 12. bespr.  
Angelegenheit wird mit Kaltenbrunner  
geprüft werden

gez.v. Thadden

Wsk 1/12

Wsk 3/12

V. Wagner soll mit, dass auf Grund d. Telegramm  
zu sehen ihm Kaltenbrunner mit Neubacher Telegramm als erledigt  
An: nicht werden kann. Abtransport werde durchgeführt

den Chef des Reichssicherheitshauptamtes  
z.Hd.v.SS-Obersternbannführer Eichmann

H322046

Kurfürstenstr.116

328523

2/WV. 3 Tage

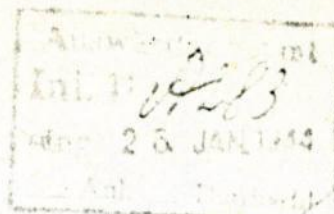
H298725

ab: 3 Dez. 1943

4. 12.



Ref.: LR.v.Thadden



1.)

Vermerk.

Hauptsturmführer König, RSHA teilt mit, das RSHA habe sich der Auffassung von Geheimrat Neubacher angeschlossen, daß der Abtransport der <sup>verbleibenden</sup> Juden aus Griechenland, die erfasst werden konnten, nicht zweckmäßig ist, solange man nicht die Erfassung in größerem Umfang durchgeführt hat; nur wenn der Eindruck entsteht, daß der Abtransport unterläßt, bestehe eine gewisse Aussicht, weitere Aktionen mit Erfolg durchführen zu können. Das RSHA habe daher Weisung gegeben, ein festes Lager in Salonik einzurichten, in dem alle bereits erfassten und in Zukunft noch zu erfassenden Juden bis auf weiteres untergebracht werden.

Durchdruck als Konzept (R'Schrift lb.) Ko.  
Auswärtiges Amt  
Inl. II A

den 26. Januar 1944

Entsprechend der ~~Anweisung~~ von Herrn Gesandten Neubacher hat die zuständige innere Stelle nunmehr entschieden, den Abtransport der bisher festgesetzten 7 00 griechischen Juden aus Athen und den übrigen ehemals von Italien besetzten griechischen Gebietsteilen in die Ostgebiete zu unterlassen und ein festes Lager in der Gegend von Salonik einzurichten, in das alle bisher erfassten und in Zukunft noch zu erfassenden Juden bis auf weiteres eingewiesen werden sollen.

An

die Dienststelle des Sonderbevollmächtigten des Auswärtigen Amtes für den Südosten

Im Auftrag

gez. v. Thadden

A t h e n

HR Mäxling 2. Ktn.



AA Mel. 29 194

Inland-Post als Konzept (R'Schrift 1b.) Ko.  
Auswärtiges Amt Berlin,

den 19. April 1944

Ind. II 614 3

Dem Auswärtigen Amt ist von der Dienststelle des Sonderbeauftragten für den Südosten, Dienststelle Athen, berichtet worden, daß in der Nacht vom 24. auf den 25. März 1944 alle ausländischen Juden in Griechenland verhaftet und im Konzentrationslager Haidari konzentriert worden seien. Darunter hätten sich 132 spanische, 40 türkische, sowie vereinzelte Juden anderer Staatsangehörigkeit befunden. Am 2.4. vormittags seien die Juden mit Ausnahme der türkischen und feindstaatlichen mit Sammeltransport abgegangen.

Da die Spanische und türkische Botschaft sowie die portugiesische Gesandtschaft sich bereits mehrfach nach dem Stand der Angelegenheit erkundigt haben, darf geboten werden, tunlichst bald mitzuteilen, ob die Juden nach Bergenbelsen überstellt worden sind und ob sie dort bereits eingetroffen sind. Weiterhin wird gebeten, dem Auswärtigen Amt eine Liste der ausländischen Juden zur Verfügung zu stellen, damit die betreffenden Missionen der neutralen Staaten unterrichtet und um Überprüfung der Heimkehrberechtigung gebeten werden können.

Nach Abg.:

Im Auftrag

Pol III

Gez.v.Thadden

Pol VII

z.Kts.

1.) An

das Reichssicherheitshauptamt,  
z.Hd. von SS-Obersturmbannführer  
E i c h m a n n, o.V.i.A.

2.) Wv. 10 Tage

Kurfürstenstr.116

E421284



AA Me. Ig 198

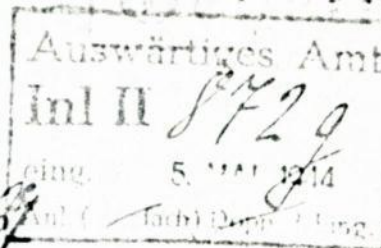
Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

Berlin SW 11, den 4. Mai  
Deing-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 120040

194 4

IV A 4 b - 2427/42E(1148)

Wie in der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben



An das

Auswärtige Amt  
z.Hd. von Herrn Legationsrat von Thadden  
o.V.i.A.

in Berlin W 8,  
Wilhelm Str. 74-76.

Betrifft: Juden spanischer und portugiesischer  
Staatsangehörigkeit.

Bezug: Fernmündliche Rücksprache am 21.4.1944.

Anlagen: 2 Nachweisungen und 67 Briefumschläge.

-----7

Als Anlagen werden wunschgemäß je  
eine Nachweisung der aus Griechenland (Athen)  
in dem Aufenthaltslager Bergen-Belsen unterge-  
brachten Juden angeblich spanischer und portu-  
giesischer Staatsangehörigkeit sowie deren Per-  
sonalpapiere, soweit sie vorhanden waren, über-  
sandt.

Es darf gebeten werden, zunächst durch  
die spanische und portugiesische Vertretung prü-  
fen zu lassen, ob die Betreffenden tatsächlich  
die von ihnen angegebene Staatsangehörigkeit be-  
sitzen und das Ergebnis der Prüfung mitzuteilen.

K212556

Im Auftrage:

*[Handwritten signature]*



AA Mel. U g 1945

Durchdruck des Konzept (R'Schr. 1b) Ko. den 5. Mai 1944  
Auswärtiges Amt Berlin

Inl. II 8729 I

Aufzeichnung.

de sowie beil.  
Pässe

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Spanischen Botschaft in der Anlage eine Liste von 155 von Athen nach Bergenbelsen überstellten Juden zu übersenden, die sich darauf berufen, spanische Staatsangehörige zu sein. Die Papiere der Juden, soweit diese im Besitz von Papieren gewesen sind, sind gleichfalls mit der Bitte beigelegt, die Staatsangehörigkeit der Betroffenen zu überprüfen und das Auswärtige Amt von dem Ergebnis dieser Überprüfung zu unterrichten. Nach Abschluß der Überprüfung wird wegen der Überführung der als spanische Staatsangehörige anerkannten nach Spanien das Weitere in die Wege geleitet werden.

Berlin, den 5. Mai 1944

i. R. o. U.

K212561

An

die Spanische Botschaft

Zu A. Bk.  
für Überprüfung

2.)



AA Mel. 49 198

Durchdruck  
Auswärtiges Amt

Berlin, den 5. Mai

Inl. II

842 I 9

Abschriftlich

2.)

dem Reichssicherheitshauptamt, z. Hd.  
SS-Obersturmbannführer Eichmann  
o.V.i.A.

s. umseitig

Kurfürstentum  
eil.

auf das Schreiben vom 4. Mai 1944 - IV A 4 b  
42g(1149) zur Kenntnisnahme übersandt.

Im Auftrag

gez. v. Thadden

Thadden 5

Zu 1 ab durch  
Übergabe an Herrn Buigas  
am 6/5/44

Thadden

K212562



AA Mel. a 9 198

Durchdruck als Konzept (R'Schrift lb.) Ko.

Auswärtiges Amt

1.1.17

8429 I

Geheim

# Aufzeichnung.

f. Liste sowie  
eil. Pässe

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Portugiesischen Gesandtschaft in der Anlage eine Liste von 19 von Athen nach Bergenbelsen überstellten Juden zu übersenden, die sich darauf berufen, portugiesische Staatsangehörige zu sein. Die Papiere der Juden, soweit diese im Besitz von Papieren gewesen sind, sind gleichfalls mit der Bitte beigelegt, die Staatsangehörigkeit der Betreffenden zu überprüfen und das Auswärtige Amt von dem Ergebnis dieser Überprüfung zu unterrichten. Nach Abschluss der Überprüfung wird wegen der Überführung der als portugiesische Staatsangehörige Anerkann-ten nach Portugal das Weitere in die Wege geleitet werden.

Berlin, den 5. Mai 1944

i. R. o. U.

Richard B. Wach  
H 6/6

An  
die Portugiesische Gesandtschaft

K212563

haben  
3.5.11.21116  
WV. 1 Monat

2.)



Durchdruck  
Auswärtiges Amt

AA Mel. a g 198

Berlin, den 5. Mai 1944

Inl. II 8729

Abschriftlich

Nat

D o

B e

2.)

dem Reichssicherheitshauptamt, z. H. v.  
SS-Obersturmbannführer Eichmann  
o.V.i.A.

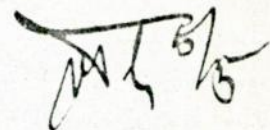
s. umseitig

Kurfürstenstr.

auf das Schreiben vom 4. Mai 1944 - IV A4b-24 L e  
(1149) - zur Kenntnisnahme übersandt.

Im Auftrag

gez. v. Thadden



K212564



AA Mel. 29 198

Reinkonzept (R'schr.lt.) gef.Km

Auswärtiges Amt

Berlin, den 26. Juni 1944.

Inl.II 1256 g.

**Geheim**

Schnellbrief

Auf dortiges Schreiben vom 4.5.1944  
-IV A 4 b - 2427/42 g (1148)-

Betr.: Juden portugiesischer und spanischer  
Staatsangehörigkeit in Griechenland

Bei den 19 von Griechenland nach Bergen-Belsen verbrachten Juden, die sich darauf beriefen, portugiesische Staatsangehörige zu sein, handelt es sich gemäß Mitteilung der Portugiesischen Gesandtschaft tatsächlich um Juden portugiesischer Staatsangehörigkeit. Die überreichten Personalpapiere folgen anbei zurück.

Es darf um baldmögliche Durchführung des Abtransportes nach Portugal sowie um Verständigung des Auswärtigen Amtes hiervon -etwa 3 Tage vor dem Eintreffen der Juden in San Sebastian- gebeten werden.

Hinsichtlich der im Bezugsschreiben ebenfalls erwähnten Juden spanischer Staatsangehörigkeit ist eine Überprüfung seitens der Spanischen Botschaft noch im Gange.

Im Auftrag

gez. v. Thadden

*Thadden 26/6*

den Chef der Sicherheitspolizei und des SD  
z.Hd. von SS-Sturmbannführer Günther o.V.i.A.

B e r l i n S W 11  
Prinz-Albrecht-Str.8

*ab 28. Juni 1944*  
v. in 14 Tagen.

*St. Müller (Müller)*

*Juden Portugal*

*26/6*



44 Mel. 5 y 198

LEGACÃO DE PORTUGAL  
EM BERLIM

Nº 156

Procº 22

A Legação de Portugal apresenta os seus mais  
atenciosos cumprimentos ao Ministerio dos Negocios Estran-

Durchdruck als Konzept (R'Schrift lb.) Ko. <sup>Berlin</sup> den 26. Juli 1944

Auswärtiges Amt

Inl.II 1256 g II

Auf dortiges Schreiben vom 4.5.1944  
- IV A 4 b - 2427/42 g (1148) -  
und im Nachgang zum Schreiben vom  
26. Juni 1944 - Inl.II 1256 g -

Betr. Juden portugiesischer und spanischer  
Staatsangehörigkeit in Griechenland.

K212573

In der Anlage wird der von der Portugiesischen Gesandt-  
schaft in Berlin nachgereichte Matrikelschein Nr. 32 für die  
Juden portugiesischer Staatsangehörigkeit Barzilai Nino,  
Barzilai Marguerite und Kind Barzilai Elie übersandt.

1.) An  
den Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD  
z.Hd. von SS-Sturmbannführer Güther  
o.V.i.A.

Im Auftrag

gez.v.Thadden

Prinz-Albrechtstr. 8

2.) Z. A. (Frist bis 15.8.3) für Portugal  
pessoas sejam encontradas prontamente.

Berlim, 31 de Julho de 1944.

Ao  
Ministerio dos Negocios  
Estrangeiros do Reich

K212548



AA Mel. 5 g 1948

8. August 1

4

Inl. II 1636 g 4T

Im Anschluß an diesseitiges Schreiben  
vom 28. Juni 1944 - Inl. II A 2228-,  
betr. weitere portugiesische Juden  
in Griechenland.

zuz. Abschn. d. Ling.  
Inl. II 1636 g

Die Portugiesische Gesandtschaft ist auf  
die nebenbezeichnete Angelegenheit mit ab-  
schriftlich zur Kenntnisnahme beigefügten Ver-  
balnote zurückgekommen.

Auf Grund der zunächst von dort eingegan-  
genen Mitteilung, daß die in Frage stehenden  
Juden nicht festgestellt werden konnten, wur-  
de bereits die Dienststelle Athen des Sonder-  
befollmächtigten des Auswärtigen Amts für den  
Südosten mit Nachforschungen beauftragt. Die-  
selben haben jedoch bisher zu keinem Ergebnis  
geführt.

K212551

In Anbetracht <sup>der</sup> dieser Angelegenheit seitens  
der Portugiesischen Gesandtschaft beigemessenen  
Bedeutung, darf daher auch an dortige erneute  
Untersuchung unter Berücksichtigung der jetzt  
mitgeteilten Angaben und Benachrichtigung des  
Auswärtigen Amts geboten werden.

An  
das Reichssicherheitshauptamt  
z. Hd. SS-Obersturmbannführer Eichmann

In Auftrag  
gez. Rezin

B e r l i n W 35, Kurtürstenstr. 116

Aug 9/8



AA Me. 59 198  
zu Inl. II 1691 (g)

An

die Portugiesische Botschaft

1)

V e r b a l n o t e

Reinkonzept (gef.Km) R.lb.

Berlin, den 15. August 1944.

Auswärtiges Amt

Inl. II 1691 g. I

**Geheim**

Im Anschluß an diess. Schreiben  
vom 9.8.1944 -Inl. II 1636 g II-

Betr.: Weitere portugiesische  
Juden in Griechenland.

In nebenbenannter Angelegenheit darf für die  
dortige Untersuchung ergänzend mitgeteilt werden, daß  
die Familie S a l m a n o (vier Personen) und die Fa-  
milie S a r a n o (zwei Personen) gemäß Bericht des  
Sonderbevollmächtigten des Auswärtigen Amtes für den  
Südosten, Dienststelle Athen, am 2.4.1944 mit Juden-  
sammeltransport in das Reich verbracht worden sind.

An 16. Aug 1944

Im Auftrag

das Reichssicherheitshauptamt  
z.Hd. SS-Obersturmbannführer Eichmann  
o.V.i.A.

gez. Reichert 17/4

B e r l i n W.35

K212551

Kurfürstenstr. 116

2) W.V. 1.9.1944 15/8

Berlin, den 2. Sept. 1944.

i.K.o.U.

K212555

Athen.

20/10.

5. Sep. 1944

Zentrale Post. Intervention  
Stabschef  
Post 1  
15/8

Am 19.



18



AA

3013/42 g (1319)

IV B 4 a

7. 8. 1942

U. Grünklee

FS Abbeförderung von Juden aus Kroatien  
nach Buchenwald  
unter Begleitung auf tel. Begleitung,  
mit Kartmann

IV B 4 a

9. 4. 1943

U. Grünklee

FS Abbeförderung von Juden aus Kroatien  
nach Buchenwald

IV B 4 a

14. 8. 1942

U. Grünklee

FS Abbeförderung von Juden aus  
Kroatien

---

IV A 4 b

(I) a

10. 7. 1944

U.

Rückführung von Juden aus Ungarn  
nach Kroatien



## Geheime Reichssache

den 10. August 1942.

D II 194 g.Rs. Aug I

Betr.: Verstärkung des Personals der  
Dienststelle des Polizeiattechés in Agram.

Bezug : Fernmündliche Rücksprache mit  
Herrn Oberregierungsrat Panzinger.

Ich nehme Bezug auf die dort bekannten Besprechungen, die zwischen dem Deutschen Gesandten in Agram und dem Polizeiatteché Helm vor einiger Zeit wegen der Abstellung des H-Hauptsturmführers Abromeid und des H-Obersturmführers Heinrich zur Dienststelle des Polizeiattechés in Agram geführt worden sind und teile hierzu mit, daß seitens des Auswärtigen Amtes der Abstellung des H-Hauptsturmführers Abromeid zum Polizeiatteché in Agram für die Zeit vom 1. August bis 30. September d.J. zwecks Durchführung der Übersiedlung der kroatischen Juden in die Ostgebiete zugestimmt wird.

Der Abstellung des H-Obersturmführers Heinrich nach Agram, dessen Aufgabe auf kirchenpolitischen Gebiete liegen sollte, kann seitens des Auswärtigen Amtes, da für einen derartigen Einsatz in den für den Polizeiatteché gegebenen Richtlinien keine Voraussetzung gegeben ist, nicht zugestimmt werden.

Die Deutsche Gesandtschaft in Agram ist über die getroffene Entscheidung bereits telegrafisch unterrichtet worden.

Im Auftrag

gez. *P. Lisch*  
8/8

An  
den Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD - Amt IV -  
z.Hd. von Herrn Oberregierungsrat Panzinger

Berlin SE 11  
Prinz-Albrecht-Str. 3

ab: 11. AUG. 1942

Spit.

H300479



deutsche Gesandtschaft

Zagreb, den

12. August 1942

Pers S1 3-1386/42

AA me ug 99

9 11 11 80g

Fr.: Telegramm für Polizeiatnaché

Beziehung auf Drahtbericht  
1603 vom 4.v.M.

ppel  
lage

In der Anlage übersende ich mit Beziehung auf meine kürzliche Besprechung mit Herrn Unterstaatssekretär Luther Abschrift eines Fernschreibens für den Polizeiatnaché vom 7.d.M., das wieder ohne Nummer des Auswärtigen Amtes hier eingegangen ist.

gez. Kasche

Auswärtige Amt

B e r l i n

H301059

bezeichneten u.zw.: 10.8., 13.8., 16.8., 19.8., 24.8., 27.8., und 30.8.1942.

Die Transporte werden fortlaufend bezeichnet, DA 61/1, DA 61/2, usw. und zwar in der Reihenfolge wie sie zur Abwicklung gelangen. Der Fahrplan für alle Transporte ist folgender:

Savski Marof an 18:40, ab 18:10 - Brueckel an 19:20 ab 21/18. Am nächsten Tage Marburg an 2:29 ab 2:55. Am übernächsten Tag Auschwitz 8:05, Sollte wie erwähnt für den 10.8. JD vorgesehene Transport nicht abgewickelt werden, bitte ich um FS Mitteilung nach hier sowie um Unterrichtung des KDR, der SIPO und des SD in Marburg. Ich weise nochmals darauf hin, daß mit dem Abtransport der Juden aus Kroatien erst nach Erlass der Verordnung über den Verlust der kroatischen Staatsangehörigkeit der zum Abschub gelangenden Juden begonnen werden darf. Das hiesige Einverständnis bitte ich nach Erlaß der V.O. noch einzuholen.

RSA - IV. B 4 Kl. A. 3014/42 Kl. G. (1319)

i.A. gez. Günther, Stubaf.

H301059/1



Abschrift

1910 Nr. 141685 ERH SR DG Agram

Berlin NUE 141686 z.8.42 1900 - R0 -

An den Polizeistattaché bei der Deutschen Gesandtschaft  
in Agram

z.Hd. HSTUF A b r o m e i t, in Agram

Geheim - Dringend - Sofort vorlegen.

Betr. Abbeförderung von Juden aus Kroatien nach Auschwitz  
Bzug! Telefonische Besprechung mit OSTUF. Hartman am 7.8.42.

Nach Mitteilung des Reichsverkehrsministeriums wurden die Verkehrstage für die sieben Transporte aus Kroatien wie vorgesehen beibehalten u.zw.: 10.8., 13.8., 16.8., 20.8., 24.8., 27.8., und 30.8.1942.

Die Transporte werden fortlaufend bezeichnet, DA 61/1, DA 61/2, usw. und zwar in der Reihenfolge wie sie zur Abwicklung gelangen. Der Fahrplan für alle Transporte ist folgender:

Savski Marof an 18:40, ab 18:10 - Brueckel an 19:20 ab 21/18. Am nächsten Tage Marburg an 2:29 ab 2:55. Am übernächsten Tag Auschwitz 8:05, Sollte wie erwähnt für den 10:8. JD vorgesehene Transport nicht abgewickelt werden, bitte ich um FS Mitteilung nach hier sowie um Unterrichtung des KDR, der SIPO und des SD in Marburg. Ich weise nochmals darauf hin, daß mit dem Abtransport der Juden aus Kroatien erst nach Erlass der Verordnung über den Verlust der kroatischen Staatsangehörigkeit der zum Abschub gelangenden Juden begonnen werden darf. Das hiesige Einverständnis bitte ich nach Erleß der V.O. noch einzuholen.

RSHA - IV. B 4 Kl. A. 3014/42 Kl. G. (1319)  
i.A. gez. Günther, Stubaf.

H301059 |



AA me 499  
8-II 1189g

*Ant*

Ges.Agram ist telefonisch verstaendigt, dass die unter 2 genannte Angelegenheit in Ordnung geht.

Hiermit D II wegen der Angelegenheit unter 1. Ich habe mit OSTBF Gdenter bereits ueber die Sache gesprochen; es ist dem RSHA in diesem Falle zugutezuhalten, dass es sich um eine sehr eilige Angelegenheit technischer Natur handelte, die das RSHA glaubte, am besten daheim sofort auf direktem Fernschreiber - solange es ueber einen solchen verfuegt - erledigen zu sollen. Man sagte mir aber zu, die Dinge kuenftig auch in solchen Faellen ueber das A.A. zu leiten. Bitte in diesem Sinne H.USTS zu unterrichten.

17.8.

*[Signature]*

*Stich*

*[Signature]*

*[Handwritten scribbles]*

H301060



44 mel 4 g 99

# Fernschreibstelle

des

## Auswärtigen Amtes

Auswärtiges Amt  
D II 11 63 g  
eing. 20. AUG 1942  
Ant. ( ) Vor- Nach- Mitt- Abg.

SCHREIBEN =  
G. Schreiber  
eingegangen

Telegramm eir + D G AGRAM NR 185 15/8 1800 =

Jhr Vor- Nach- Mitt- Abg.

CITISSIME =

AUSWAERTIG BERLIN NR 2134 15/8 =

SOEBEN TREFFEN HIER FOLGENDE BEIDEN FERNSCHREIBEN EIN :

BERLIN NUE NR 147 087 14. 8. 42 1800 = GR =

AN DAS EINSATZKOMMANDO IN AGRAM. BETR. RUSSISCHE  
EMIGRATION, BEZUG : OHNE .-

DURCH DEN LEITER DER RUSSISCHEN VERTRAUENSSTELLE IN  
BERLIN IST BEKANNT GEWORDEN , DASS Z. ZT IN AGRAM EINE  
AUS RUSSISCHEN EMIGRANTEN BESTEHENDE SS - FORMATION  
GEBILDET WIRD . LEITER DIESER FORMATION SOLL EIN  
HAUPTMANN SEMENOFF SEIN. - ICH BITTE UM MITTEILUNG , OB  
SICH HIERUEBER ZWECKDIENLICHES FESTSTELLEN LAESST. -

RSHA IV D 3 KL. A -2670/42 I. A. GEZ SCHULZE. ' ' *Empf. 14.8.42*

BERLIN NUE NR 147 079 14. 8. 42 1805

-GR A AN DAS KONZENTRATIONSLAGER AUSCHWITZ Z HD SS

OBERSTURMBANNFUEHRER HOESS - O. V. I. A. AUSCHWITZ .-

B. AN DEN POLIZEIATTACHE BEI DER DEUTSCHEN GESANDTSCHAFT  
IN AGRAM Z HD SS HAUPTSTURMFUEHRER ABROMEID , AGRAM ,

GEHEIM . BETR. : ABBEFOERDERUNG VON JUDEN AUS KROATIEN -

BEZUG : HIES FS VOM 8. 8. 41 IV B 4 KL A 3013/42 KL G

1319- TELEF. MITTEILUNG AUS AGRAM AM 14. 8. 42. - DER  
JUDENTRANSPORT DA 61/1 AUS KROATIEN IST AM 13. 8. 1942

UM 21:00 UHR MIT RD. 1.200 JUDEN IN RICHTUNG AUSCHWITZ

ABGEFAHREN UND TRIFFT AM 15. 8. 42 IN KL. AUSCHWITZ

EIN . NACH MITTEILUNG DES POLIZEIATTACHES BEI DER  
DEUTSCHEN GESANDTSCHAFT IN AGRAM SIND MIT DIESEM

TRANSPORT IN DER EILE DER ABWICKLUNG EINIGE JUDEN

H301051

*Wol*  
C/0014



44 me. 29 99

ITALIENISCHER UND UNGARISCHER STAATSANGEHOERIGKEIT ,  
DIE NAMENTLICH NICHT BEKANNT SIND . ABGEGANGEN .  
ICH BITTE , DIESE JUDEN MIT ITALIENISCHER UND  
UNGARISCHER STAATSANGEHOERIGKEIT NOCH VOR UEBERNAHME  
DES TRANSPORTES IN DAS LAGER AUSZUSOERN UND DIESE  
JUDEN , GEMAESS FERNMUENDLICHER VEREINBARUNG MIT DEM  
POLIZEI-ATTACHE , DEM TRANSPORTFUEHRER DES IN  
AUSCHWITZ EINTREFFENDEN TRANSPORTZUGES AUS KROATIEN  
GLEICH WIEDER ZU UEBERGEHEN , DER DIE ORDNUNGSGEMAESSE  
RUECKFUEHRUNG NACH KROATIEN ZU UEBERNEHMEN HAT . ES IST  
DAFUER SORGE GETRAGEN WORDEN , DASS DIE PERSONELLE  
ERFASSUNG DER JUDEN IN ZUKUNFT SORGFALTIGER VOR SICH  
GEHEN WIRD , ZUSATZ FUEER AGRAM : ICH BITTE , DIE  
PAPIERE DER ZURUECKGESTELLTEN JUDEN MIT ANGEBLICH  
ITALIENISCHER UND UNGARISCHER STAATSANGEHOERIGKEIT ZU  
UEBERPRUEFEN . IN ZUKUNFT BITTE ICH , ZUR VERMEIDUNG  
VON SCHWIERIGKEITEN , DEN TRANSPORTEN NUR JENE JUDEN  
ZUZUTEILEN , DIE NACH DEN RICHTLINIEN ERFASST WERDEN  
KOENNEN . - RSHA IV B 4 KL A - 3 L 13/42  
KL G 1319 I. A. GEZ . GUENTHER , SS-STUBAF . ' ' ---  
DIES SIND WIEDER OHNE UNTERSCHRIFT DES AMTES HIER  
EINGEHENDE SCHREIBEN , DEREN ORDNUNGSMAESSIGKEIT ICH  
NACHZUPRUEFEN BITTE = KASCHET

H301052



AA Mel. E 9 194

den 29. August 1942.

An das  
Reichssicherheitshauptamt - Amt VI -

B e r l i n.

Nachrichtlich

an das

Reichssicherheitshauptamt - Amt IV -

B e r l i n.

Auswärtiges Amt

D III 760 9

eing. 11. Sep. 1942

Ant. ( ) (sch) Dopp. d. Eing.

Betr.: Schutz der Juden durch italienisches Militär.

Vorg.: Ohne.

hen:

Ein Gewährsmann berichtet, dass vor einigen Tagen Juden aus  
Hreljin zum italienischen Kommandanten kamen und ihn fragten,  
ob die Ustascha noch nach Hreljin kommen werden. Der Kommandant  
antwortete ihnen, dass sie sich nicht fürchten sollen, weil, im  
Falle die Ustascha doch kommen würden, die Juden vom italienische  
Militär auch weiter geschützt werden.

K212279

H299634

485812



Ministerium des Innern  
 III 1006. 9  
 Eing. 1. NOV. 1942  
 Pmt. ( ) (adj) Dopp. d. Eing.

BW 2894/42

Abschrift f.d. Ausw. Amt.

Zagreb, den 1. November 1942.

An den  
 Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei  
 Reichssicherheitshauptamt - Attachegruppe -

B e r l i n .

Betr.: Italienischer General verlangt Freigabe von Juden  
 von der kroatischen Polizei.

Vorg.: Ohne.

In Konice wurden nach Abzug der Italiener und Aufständischen  
 vor einigen Wochen 5 Juden von der kroatischen Polizei fest-  
 genommen und der Polizei in Sarajevo überstellt. Die Juden  
 hatten nachweislich die Verbindung zu den aus Sarajevo ins  
 italienisch besetzte Gebiet geflüchteten Juden unterhalten  
 und für diese Aufträge in Sarajevo ausführen lassen. Bei  
 diesen Juden war seinerzeit die Durchgangsstation der aus  
 Sarajevo entkommenen Juden.

Der italienische General und Divisionskommandeur in Mostar  
 hat ultimativ von der Grossgespanschaft in Mostar die Frei-  
 lassung der Juden und Rücküberstellung aus Sarajevo ins  
 italienisch besetzte Gebiet verlangt. Vor einigen Tagen  
 ist daraufhin die Freilassung und Rücküberstellung erfolgt.

5 III

K212333

Klaus verbietet

Yas "X"

Klaus

Gr.

K299692 9.11.1942

485864



27. November 1942

D III 1036 G

Geheim

Nach einem Telegramm der Deutschen Gesandtschaft in Agram vom 20. November wird aus Montar und Dubrovnik gemeldet, daß die Aussicht vorherrsche, die Zusammenfassung der Juden in Lagern erfolge auf deutschen Druck. Die Italiener haben sich die Durchführung dieser Aufgabe vorbehalten; der Versuch, eine Überstellung der Juden an Deutschland für Arbeitsbataillone zu erreichen, wird von den Italienern abgelehnt.

Die Italiener haben die Absicht, Juden auf einige Inseln zu konzentrieren. Genannt wird unter anderen Lopud (bei Dubrovnik). Die Durchführung dieser Maßnahmen ist nach italienischer Auffassung sehr delikant, weil auf die Juden in Amerika Rücksicht genommen werden müßte, da diese die Juden Dalmatiens materiell unterstützen. Die Beteiligung der Kroaten oder ihre Beteiligung bei der Durchführung sowie bei Erfassung des jüdischen Besitzes wird von den Italienern ebenfalls abgelehnt.

Im Auftrag

gen. Klingens

An  
das Reichssicherheitshauptamt  
- IV B 4 -

Berlin

K212343



T e l e g r a m m  
(G.-Schreiber)

Agram, den 4. Dezember 1942 19.30 Uhr  
Ankunft: " 4. " 1942 20.10 "

Nr. 3964 vom 4.12.

Stand der Vorbereitungen der Judenaussiedlung in den Küstenzonen I., II., III. am 1.11.42. Beginn der Judenaussiedlung in Crikvenica und Umgebung. Aktion erfaßte etwa 1500 Personen. Unterbringung erfolgte in einem Küstenfort in Kraljevica. Etwa 700, größtenteils reiche Juden sollen bereits nach Italien abgeschoben worden sein. Italienischerseits wird behauptet, daß es sich um Juden italienischer Staatsangehörigkeit handelt. Italienisches Armeeoberkommando in der II. Zone hat nach einer Meldung Anfang November eine Verordnung herausgegeben, nach der alle in der II. Zone befindlichen Juden interniert werden. Juden dürfen ihren Aufenthaltsort nicht verlassen und müssen sich zur Verfügung italienischer Militärbehörden halten. Für Durchführung der Internierung hat italienische Division "Marche" in Dubrovnik auf der Insel Lopud mehrere Hotels requiriert. Aussiedlung der Juden aus dem Raum um Mostar begann am 22.11.42. Insgesamt haben bisher 4 Transporte Mostar verlassen. Ein Schiffstransport mit Juden hat Ende November Metkovic (nördlich Dubrovnik) mit unbekanntem Ziel verlassen. Neueste Meldung besagt, daß 800 Juden auf Insel Lopud

Verteiler Nr. 4:

(Arb. St.)

ch. Püter

Leiter:

1. 7) Recht,

2. 8) Bild., 9) Ha Pol,

3. 10) Presse,

4. 11) Ru., 12) Inf.

Pol.

A. o. Abt. (wenn nicht Pol. Arb.)

Abt. ist)

alg. Telko.

K212315

H299700

485872



Lopud (Dubrovnik vorgelagert) und Brac verbracht worden seien. - Beteiligung kroatischer Stellen seit Beginn der Aktion wurde italienischerseits abgelehnt. Im Hinblick auf schwierige Verkehrsverhältnisse in diesem von Banden durchsetzten Raum wäre es zweckmäßig, Juden aus den angeführten Lagern per Schiff nach Triest zu überführen und von dort nach Deutschland zu verbringen. Aus sicherheitspolizeilichen Gründen wird Transport der Juden mit Eisenbahn durch Teile des Küstengebietes abgelehnt, zumal damit gerechnet werden muß, daß Transporte von den Aufständischen angehalten und Juden freigelassen werden. - Ich bitte die erforderlichen Schritte bei italienischer Regierung einzuleiten.

Bitte RSHA IV B 4 zu benachrichtigen.

Kasche

K212346

H299701

485373



AA Mel. 5 1942

15. Dezember 1942

D III 1106 5

Zur Frage der jüdischen Aussiedlung aus den Kroatischen  
Kustenzonen berichtet die Gesandtschaft in Agram mit Draht-  
bericht vom 9.12. folgendes:

" Italiener haben alle "

6. Dezember 1942

D III

In der Anlage wird Doppel eines Telegramms der Deutschen  
Gesandtschaft in Agram über den Stand der Judenansiedlung in  
den kroatischen Küstenzonen übermittelt. Hinsichtlich des Schluß-  
teils des Telegramms ist die Botschaft in Rom mit entsprechender  
Weisung versehen.

In Auftrag

An  
das Reichssicherheitshauptamt  
u. d. Oberstb. Eichmann

B e r l i n  
Kurfürstenstr. 116.

K212351

H299704

485876

K212352

7/10/12.

H299705



ATr. 2050/42

4) 54

Für Reichssicherheitshauptamt, IV B 4,  
z. H.v. SS-Oberstabsf. Gelchmann oVIA.,

Byram den 27. Januar 1943.

B e r l i n,  
Kurfürstenstrasse 116

n.d. Bitte um Kenntnisnahme.

*Juden*

An die  
Hauptdirektion für öffentliche Ordnung u. Sicherheit,  
z. Hd. von Herrn Hauptdirektor Dr. C r v e n k o v i c,  
persönlich

Z a g r e b.

Geheim

Betr.: Judenaussiedlung in Kroatien.

Vom.: Besprechung vom 19.1.43 mit SS-Hauptsturmführer  
A b r o m e i t.

Ich bestätige Ihnen absprachegemäss den Inhalt unserer Unterredung vom 19.1.43, die in Gegenwart von Dr. K ü h n e l erfolgte und fasse im Nachfolgenden nochmals die Punkte zusammen, über die bei der zukünftigen Behandlung der Judenfrage in Kroatien beiderseitige vollständige Übereinstimmung herrscht.

- 1/ Durchführung einer Sofortaktion zur restlosen Säuberung Kroatiens von volljüdischen Elementen ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht sowie Konfessionszugehörigkeit. Von dieser Aktion sind ausgenommen: Ehrenarier, Mischlinge und Halbjuden.
- 2/ Die in den kroatischen Internierungslagern/Jasenovac, Stara-Gradiška, Peričanci, /nicht als Arbeitskräfte eingesetzten Juden werden zur Aussiedlung nach Deutschland freigegeben.
- 3/ Mit der Erfassung der Juden werden gemäss Anweisung der Hauptdirektion für öffentliche Ordnung und Sicherheit, die bei den Grossgebirgschaften jeweils zuständigen Polizeichefs beauftragt.
- 4/ Juden in Kroatien, speziell solche, die polizeilich nicht gemeldet sind und in illegalen Unterschlupfen

*HA*



0080



wohnen, die durch den Polizeiatteache bei der Deutschen Gesamtschaft in Agram, der Hauptdirektion für öffentliche Ordnung und Sicherheit schriftlich zur Festnahme aufgegeben werden, werden nach Jasenovac überführt. Bei der Behandlung dieser Anträge ist nicht der Nachweis einer strafbaren Handlung massgebend, entscheidend ist die Tatsache, dass es sich um eine volljüdische Person handelt.

- 5/ Dr. Marko L e i t n e r, Volljude, Rechtsanwalt, geschieden, wohnhaft in Esseg, wird im Zuge dieser Aktion ebenfalls festgenommen und ausgesiedelt.
- 6/ Sämtliche für die Aussiedlung vorgesehenen Juden werden im Lager Stara-Gradiška konzentriert und listenmässig erfasst.
- 7/ Interventionen, die gegebenenfalls für einige in der Wirtschaft tätige Juden in Frage kommen, sind nach Möglichkeit auf ein Mindestmass zu beschränken. Für die Entscheidung dieser Anträge ist allein der Hauptdirektor für öffentliche Ordnung und Sicherheit zuständig. Interventionen, die untergeordneten Dienststellen zur Entscheidung vorgelegt werden, finden keine Berücksichtigung.
- 8/ SS-Hauptsturmführer A b r o m e i t übernimmt die volle Verantwortung für den sofortigen Abtransport der Juden aus dem Lager Stara-Gradiška, nachdem zuvor die listenmässige Erfassung der Insassen durchgeführt ist. Der Transportzug wird auf Veranlassung des SS-Hauptsturmführers Abromeit von der Deutschen Reichsbahn zur Verfügung gestellt.

3)  
j.d.l.  
  
SS-Sturmbannführer



0081



J(UNSG) T 909

54  
Fernschreiben48<sup>14)</sup> Durchschlag an Chef  
(Pol.Attache)  
Akt. Z.1 .....

Leitvermerk: ..... Tel.offen über G-Schreiber .....

Nr. 952 vom 4.11.1943..

An Auswärtig Berlin

Ausgefertigt: 9.00 Uhr Pol.Attacht.

Eingetragen in Telegr.Kontr. .... Uhr

Verziffert: .... Uhr, von .....

Sonderbestimmung

E i l t s e h r !

Umfangsbestätigung: 1240 NR 48 LR AUSWAMT +

Vorarbeiten für neue Judenaktion in Kroatien sind Ende dieser Woche abgeschlossen. Abschiebung erfolgt Bezirksweise in kleineren Gruppen von 20 bis 150 Personen, da geeignetes Lager zur Konzentrierung aller Juden nicht zur Verfügung steht.

Beginn der Aktion Mitte März. Vertreter der Deutschen Reichsbahndirektion in Agram hat Waggongestellung zugesagt, die an fahrplanmäßige Züge angehängt werden. Von dieser Aktion werden etwa 2000 Juden erfasst.

Bitte Kommandeur in Marburg anweisen, dass auf hiesiges Ansuchen 4 Angehörige der Schutzpolizei als Transportbegleiter am deutschen Grenzbahnhof Brückel zur Verfügung gestellt werden. Aussiedlung wird unabhängig von Stellung des Kopfgeldes und der Lebensmittel durchgeführt.

Bitte RSHA-IV B 4- SS-Stubaf. Eichmann zu verständigen. Helm.

Verfügung

Nach Absendung zurück  
an Pol.Att.

Wendonx

gez. K a s c h e

ZMA Fiedy

909



0079



Mr  
G. Schreiber  
eingegangen

4.3.12 AA Me. 5 9 194

# Fernschreibstelle

des

## Auswärtigen Amts

DG AGRAM NR 48 VOM 4.3. 1230

194

Uhr

Vor  
Nach Mitt.

= AUSWAERTIG BERLIN RR 952/

= G SCHREIBER : =

CITISSIME =

Auswärtiges Amt

III 289  
4. MRZ 1943

Rnt. ( - ) - Dopp. d. Eing.

VORARBEITEN FÜR NEUE JUDENAKTION IN KROATIEN SIND ENDE  
DIESER WOCHE ABGESCHLOSSEN. ABSCHIEBUNG ERFOLGT  
BEZIRKSWEISE IN KLEINEREN GRUPPEN VON 20 BIS 150  
PERSONEN, DA GEEIGNETES LAGER ZUR KONZENTRIERUNG ALLER  
JUDEN NICHT ZUR VERFÜGUNG STEHT, BEGINN DER AKTION MITTE  
MÄRZ, VERTRETER DER DEUTSCHEN REICHSBAHNDIREKTION IN  
AGRAM HAT WAGGONGESTELLUNG ZUGESAGT, DIE AN  
FAHRPLANMÄSSIGE ZÜGE ANGEHÄNGT WERDEN. VON DIESER  
AKTION WERDEN ETWA 2000 JUDEN ERFASST. BITTE KOMMANDEUR  
IN MARBURG ANWEISEN, DASS AUF HIESIGES ANSUCHEN 4  
ANGEHÖRIGE DER SCHUTZPOLIZEI ALS TRANSPORTBEGLEITER AM  
DEUTSCHEN GRENZBAHNHOF BRÜCKEL ZUR VERFÜGUNG GESTELLT  
WERDEN. AUSSIEDLUNG WIRD UNABHÄNGIG VON STELLUNG DES  
KOPFGELDES UND DER LEBENSMITTEL DURCHFÜHRT. BITTE  
RSHA ROEMISCH 4 B 4 SS STUBAF. EICHMANN ZU  
VERSTÄNDIGEN. HELM = KASCHE + +

K212358

H299711

485883



9.4.1140- SA Me. a 9 1944  
Fernschreibstelle

des  
Auswärtigen Amts

Telegramm ein + BERLIN NUE 65 438 9.4.43 1120 = NEU. =

Auswärtiges Amt

Inl II 855 g

eing. - 9. APR. 1943.

entl. (nach) Dopp. d. Eing.

Nicht vervielfältigen!

a) Eingangskladde Kachen

b) Indizien

Im Original an Abt. Jul. II

= AN AUSWAERTIG BERLIN MIT DER BITTE UM WEITERLEITUNG =  
AN DEN POLIZEI-ATTACHEE BEI DER DEUTSCHEN GESANDTSCHAFT  
IN AGRAM, Z. HD. SS-STUBAF. HELM OVIA. = < G E H E I M.  
= BETR.: ABBEFOERDERUNG VON JUDEN AUS KROATIEN NACH  
AUSCHWITZ. - BEZUG: TEL.-BERICHT V. 9.3.43. - 4  
UNTER BEZUGNAHME AUF DIE SEINERZEITIGE TELEFONISCHE  
MITTEILUNG BITTE ICH ZU BERICHTEN, WANN VORAUSSICHTLICH  
MIT DEM BEGINN DER ANGEKUENDIGTEN GRUPPENWEISEN  
ABBEFOERDERUNG DER RESTLICHEN ETWA 2.000 JUDEN AUS  
KROATIEN ZU RECHNEN IST. - IN DIESEM ZUSAMMENHANG BITTE  
ICH FERNER UM BERICHT UEBER DIE ENTWICKLUNG UND DEN  
AUGENBLICKLICHEN STAND DER VERHANDLUNGEN MIT DEN  
ITALIENISCHEN STELLEN BEZUEGLICH DER ABBEFOERDERUNG  
DER IN DEN VON ITALIEN BESETZTEN KUESTENZONEN  
LEBENDEN JUDEN. =

RSMA. - ROEM. 4 B. 4 A. - 3013/42 G (1319) -

I. A. GEZ. GUENTHER, SS-STUBAF. > + +

K212360

H299713

485885



44 Me. 9 194

Telegramm ( G. Schreiber )

A g r a m, den 13. April 1943 22.35 Uhr  
Ankunft den 13. April 1943 23.00 Uhr

Nr. 1554 vom 13.4.

G e h e i m .

Inl. II 855

Auf Drahtbericht Nr. 465 +) vom 10.4.43 wird mitgeteilt:

Abbeförderung restlicher Juden aus Kroatien wegen noch nicht voll durchgeführter Erfassung verzögert. Erfassung sämtlicher Juden in Zagreb bereits abgeschlossen. Einlauf der Meldungen aus übrigen Landesteilen über Registrierung der Juden in wenigen Tagen zu erwarten, so dass mit Abtransportbeginn in etwa 14 Tagen zu rechnen ist. Mit Abtransport von etwa 1500 Juden nach Mitteilung kroatischer Polizei zu rechnen. Rechtzeitige vorherige Meldung wird er - stattet.

Verhandlungen mit italienischen Stellen bezüglich Abbeförderung der in den von Italien besetzten Küstenzonen lebenden Juden noch nicht weiter fortgeschritten. In dieser Hinsicht weitere Verhandlungen über italienische Gesandtschaft eingeleitet. Juden aus Küstenzone wurden in Lagern bzw. Hotels von italienischen Behörden untergebracht wo ihnen äusserst gute und zuvorkommende Behandlung zuteil wird. Über Ergebnis eingeleiteter Verhandlungen wird umgehend berichtet. Bitte RSHA Amt IV B 4 A für Az.: 3013/42 g 1319) in Kenntnis setzen.

Kasche

K212361

H322681

H299714

485886

RAM

S.S.

BRAM

Reichsleiter

Abt. Leiter:

4) Pol. u. Recht,

5) IIa Pol.

10. Kult. u. Presse,

11. Pol. u. Recht, 14) Inf.

15) Inf.

16) Ausl. u. weibl. Angeh. Pol. Angeh.

17) eig. Angeh.

18) eig. Angeh.



Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

Berlin SW 11, Den  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

26. Mai 1943

Att.-Gr. B.Nr. 5313/43  
Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

**Schnellbrief**

Auswärtiges Amt

In! II 218 gm

eing. 26. MAI 1943

Anl. ( / ) Dopp. d. Eing.

An das  
Auswärtige Amt - B II -

Berlin W 35  
Rauchstraße 11

~~Geheime Reichssache~~

Ich bitte, an den Polizei-Attaché bei der Deutschen  
Gesandtschaft in Agram, 4-Sturmchef H e l m, nach-  
stehendes Telegramm durchzugeben:

< "Betr.: Auswanderung von Juden aus dem Balkan nach  
Palästina, hier: aus Kroatien

Ein namentlich nicht bekanntes Mitglied der "Jüdischen  
Kultusgemeinde" in Agram hat sich mit einer Budapester  
Stelle in Verbindung gesetzt, um von dort über die  
"Nationalbank" finanzielle Unterstützung der sich noch  
illegal in Kroatien aufhaltenden Juden zur Ermöglichung  
der Flucht nach Palästina zu erhalten. Die fragliche  
Stelle in Budapest hat dazu gebeten, ihr eine Liste der  
in Betracht kommenden Juden durch Vermittlung des unga-  
rischen Legationsrates B a t h o r y (?) mit der unga-  
rischen Kurierpost zu übermitteln. B. habe bereits schon  
einmal dieserhalb einen Kurier empfangen.

Der laufenden Weitererfassung der sich in Kroatien noch  
aufhaltenden, besonders der sich verborgen haltenden  
Juden, bitte ich, größtes Augenmerk zuzuwenden.

gez. Dr. Floetz." >

K207435

a.B.:

4-Sturmchef



AA Mel. 5 9 197 a

Durchdruck als Konzept (R'Schrift lb.) Ko.

Auswärtiges Amt

Inl.II 13478

Berlin, den 27. Mai 1943

*Geheim*

Gerüchtweise war hier bekannt geworden, die anglo-amerikanischen Mächte hätten bei der Slowakischen Regierung um die Ausreisegenehmigung für 2.000 Juden Kinder nach Palästina nachgesucht und eine zustimmende Antwort erhalten.

Nach den von der Deutschen Gesandtschaft in Preßburg getroffenen Feststellungen ist dieses Gerücht unzutreffend. Lediglich die Preßburger Judenzentrale hat beim Innenministerium vor einigen Wochen angefragt, ob der Ausreise von 50 Kindern nach Palästina zugestimmt werden könne. Das Innenministerium habe die Angelegenheit jedoch dilatorisch behandelt.

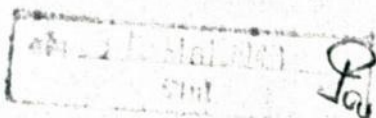
Da die Slowakei von den anglo-amerikanischen Staaten nicht anerkannt ist, erscheint es auch unwahrscheinlich, dass in Preßburg ein offizieller Schritt seitens dieser Staatengruppe erfolgt. Vielmehr wird der britische Wunsch vermutlich - wenn überhaupt - durch das Rote Kreuz oder durch die Judenzentrale an die Slowakische Regierung herangetragen werden.

Die Deutsche Gesandtschaft in Preßburg hat in jedem Fall dafür Sorge getragen, daß, sofern der slowakischen Regierung eine ähnliche Anfrage wie der Rumänischen und Bulgarischen Regierung wegen Judenkindern gestellt werden sollte, die Beantwortung nur nach Fühlungnahme mit der Reichsregierung erfolgt.

Mr. Abs.

Pol. IV

z.Kts.



Im Auftrag

gez. v. Thadden

*Handwritten signature and date 24/5*

K207440

1.)

An

den Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

z.Hd. von SS-Obersturmbannführer Eichmann

2.) Frist bei Inl.II 1280, Ang.IV löschen

3.) Z.d.A.



**Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Att. Gruppe 7120/43

In der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 13. Ju 11 1943  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 1200 40

Vfg. *ful. 12*  
erleiten an

~~Bittet um Beteiligung~~

Berlin, den 13.7.43

*13/2* An das

**Schnellbrief**

**Geheim**

Auswärtiges Amt

III H 2/89

eing. 12 JULI 1943

Auswärtige Amt - Ref. III (B) - (B) 1200 40 - eing.

in Berlin

Rauchstr. 11

Ich bitte, nachstehendes Telegramm an den  
Polizeiattaché H e l m bei der Deutschen Gesandt-  
schaft in Agram durchzugeben:

Betrifft: Abbeförderung von Juden aus Kroatien.

Bezug: Laufend.

Nach einer hier streng vertraulich einge-  
gangenen Meldung sollen u.a. in Kroatien noch immer  
etwa 800 Juden, meist Frauen und Kinder, in Konzen-  
trationslagern untergebracht sein.

Ich bitte, unverzüglich daran zu gehen, die  
Evakuierung dieser 800 Juden, sofern die Richtlinien  
nicht entgegenstehen, nach dem Osten in die Wege zu  
leiten.

Einem abschliessenden Bericht wird entgegen-  
gesehen.

IV B 4 a 3013/42 g (1319)  
gez. Dr. Plötz

K212366

a.B.

H299718 485892

Sturmbannführer

*Kroatien*

*v. Ha.*



## Reichssicherheitshauptamt

Fernschreibstelle

Aufgenommen				Raum für Eingangsempel				Befördert			
Tag	Monat	Jahr						Zeit	Tag	Monat	Jahr
durch								an			
								durch			
S.-Nr. 43				Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben Fernspruch							

+ DR. BERLIN NUE 163 913 16.9.43 2100 =JO=

AN DEN POLIZEI-ATTACHEE H-STUBAF. HELM -

BEI DER DEUTSCHEN GESANDTSCHAFT IN A G R A M. ==

DRINGEND - SOFORT VORLEGEN. =

ICH BITTE, NACHSTEHENDES TELEGRAMM AN H-HAUPTSTURMFUEHRER  
A B R O M E I T WEITERZULEITEN:

BETRIFFT: EVAKUIERUNG VON JUDEN.-

BEZUG: LAUFEND.-

IM HINBLICK AUF DIE VERAENDERTE LAGE IN DEN BISHER VON  
ITALIENISCHEN TRUPPEN BESETZTEN KUESTENZONEN KROATIENS  
BITTE ICH, UNVERZUEGLICH DIE VORBEREITUNGEN FUEHRE DIE  
EVAKUIERUNG DER IN DIESEN GEBIETEN NOCH VORHANDENEN JUDEN  
EINZULEITEN.-

DIE EVAKUIERUNG DIESER JUDEN BITTE ICH, MIT ALLEM  
NACHDRUCK IN DIE WEGE ZU LEITEN, DAMIT DAS JUDENPROBLEM IN  
KROATIEN IN KUERZESTER ZEIT BEREINIGT IST.-

ICH BITTE UM S O F O R T I G E N BERICHT, WIEVIEL JUDEN  
FUEHRE EINEN ABTRANSPORT IN BETRACHT KOMMEN UND WANN  
VORAUSSICHTLICH DIE ABBEFOERDERUNG DURCHGEFUEHRT  
WERDEN KANN. AUFNAHMEMOEGLICHKEITEN SIND VORHANDEN.-

ATT. GR. - KR. 7997/43 - GEZ. DR. PLOETZ ++

919 Pa 919 40/6121



0085



## Reichssicherheitshauptamt

Fernschreibstelle

Aufgenommen				Raum für Eingangsstempel		Beifügt			
Zeit	Tag	Monat	Jahr			Zeit	Tag	Monat	Jahr
15	10	43		11. 10. 43					
von				durch		an			
				geliefert		30. 10.			
				J 307		Br 258			
FS.-Nr. 3 60				Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben Fernspruch					

+ BERLIN NUE NR. 183439 15/10.43 0335 = AND. =  
 AN DEN POLIZEI-ATTACHEE IN A G R A M =  
 BETR.: EVAKUIERUNG VON JUDEN. =  
 BEZUG: DORT. FS. NR. 874 VOM 17.9.1943 =  
 ZUR TECHNISCHEN DURCHFUEHRUNG DER EVAKUIERUNG DER SICH  
 IN DEN BISHER VON DEN ITALIENISCHEN TRUPPEN BESETZTEN  
 GEBIETEN KROATIENS AUFHALTENDEN JUDEN STELLT DAS RSHA  
 EIN SONDERKOMMANDO IN STAERKE VON INSGESAMT 14 MANN  
 UNTER FUEHRUNG DES SS. O. STUBAF. K R U M E Y AB. -  
 DAS SONDERKOMMANDO IST ANGEWIESEN, DAS  
 EVAKUIERUNGSVORHABEN IM EINVERNEHMEN MIT IHNEN UND DER  
 EINSATZGRUPPE DURCHZUFUEHREN.  
 ICH BITTE, SS. OBERSTURMBANNFUEHRER KRUMEY IN JEDER WEISE  
 ZU UNTERSTUETZEN. =

RSHA - ATTACHE-GRUPPE ATT. GR. GEZ. DR. PLOETZ  
 SS. STUBAF. +

Hefttrand



0037



44 Me. 5 g 1944

Durchdruck als Konzept. (R.I.b.) Jo.

Auswärtiges Amt

den 27.4.1944

Dr. 171. II 783 g

1.) Abschriftlich

dem

Durchdruck des  
Gangs nebst Anlage.

Reichssicherheitshauptamt  
z.Hd.v.SS-Obersturmbannführer  
Eichmann o.V.i.A.

B e r l i n W. 62  
Kurfürstenstrasse 116

N. Abg:  
Pol IV  
2 Ktn.

mit Beziehung auf die Anregung von  
SS-Sturmbannführer G ü n t h e r ,  
die Möglichkeiten einer Aufrollung  
der Judenfrage in Kroatien zu über-  
prüfen, zur Kenntnisnahme übersandt.

Die Kernfrage in Kroatien dürfte  
die sein, daß die jüdische Versippung  
führender Kroaten, einschliesslich des  
Poglavnik's selbst, für ein einschnei-  
dendes weiteres Vorgehen gegen die Ju-  
den ein schweres Hindernis bedeutet.

K212369

Im Auftrag  
gez.v.Thadden

2.) Wvl. 1. Monat

27/4

H299721

H522686

485895



Der Polizeiattache.

Zagreb, den 18.4.1944

Bro.441/44

Betrifft: Ueberblick über die Judenfrage in Kroatien.

Hier liegt ein Schreiben des RSHA Berlin vor, demzufolge auf Befehl des RF-SS die Judenfrage in Kroatien in schnellster Zeit bereinigt werden soll. In dem Schreiben wurde auch mitgeteilt, dass über das Auswärtige Amt auch die Deutsche Gesandtschaft von dem bevorstehenden Plan in Kenntnis gesetzt wurde.

Bekanntlich wurde die Judenaussiedlung aus Kroatien im Spätherbst 1942 durch die zuständigen kroatischen Behörden unter Einschaltung einer beratenden Tätigkeit des Polizeiattachés durchgeführt. Die Durchführung als solche war zufriedenstellend, sodass bis auf einige besetzte Gebiete - Kroatien als jenes Land angesehen werden konnte, in welchem die Judenfrage im grossen und ganzen als gelöst anzusehen war.

Dessen ungeachtet befinden sich in öffentlichen Stellungen, besonders wirtschaftlicher Art /Zempro/ und auf dem Gebiete der Medizin noch verschiedene Juden. Bereits des öfteren wurde versucht, bei den zuständigen kroatischen Stellen die Lösung dieser Fragen zu erreichen. Kroatischerseits wurde aber immer wieder betont, dass die Lösung auf diesen Sektoren schwierig sei, da es dem kroatischen Staat heute noch an den fachlich ausgebildeten Ersatzkräften fehle. Kroatischerseits würde diese Frage ohne weiters gelöst werden, wenn deutscherseits die erforderlichen Ersatzkräfte gestellt werden könnten.

An die Lösung des Problems der Mischehen konnte erklärlicher Weise nicht herantreten werden, da diese Frage im Reich und vor allem während des Krieges kaum befriedigt gelöst werden kann.

Auch befinden sich in verschiedenen wichtigen Stellen noch Juden, die wegen ihrer guten Beziehungen zu führenden Persönlichkeiten oder auf Grund ihrer Tätigkeit für bestimmte staatliche Organisationen /Fall des Juden Alexander Klein, der für das Ustaša-Hauptquartier

K212373

H299725

Mel. II 483

485899

485899



Ad Mel. a g 194

Einkäufe in Ungarn und Italien tätigte/, die deutscherseits nur schwer ausgesiedelt werden können, ohne Verwicklungen mit kroat. Stellen herbeizuführen.

Schwierigkeiten bei der endgültigen Bereinigung der Judenfrage in Kroatien bereitet auch der Umstand, dass die kroat. Führung im starken Masse jüdisch versippt ist.

Um den Einfluss des Judentums auf das kroat. öffentliche politische und wirtschaftliche Leben auszuschalten, wäre es notwendig, die kroat. Regierung - unter Hinweis auf die Gefahren - zu bewegen von sich aus die noch in öffentlichen Stellen befindlichen Juden auszuschalten. Auch wäre bei der kroat. Regierung anzulegen, einen schärferen Maastab bei der Verleihung des Ehrenarierrechtes anzulegen und diese Frage noch einmal eindringend unter härteren Gesichtspunkten zu prüfen.

Auf Grund des Befehls des RF-SS wird z.Zt. durch den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im engsten Einvernehmen mit hies. Abteilung, die Judenfrage nochmals eingehendst geprüft und die Frage erörtert, inwieweit in einzelnen Fällen deutscherseits im Benehmen mit den zuständigen kroat. Dienststellen die weitere Evakuierung von Juden durchgeführt werden kann.

Ueber den Stand der laufenden Ermittlungen wird berichtet

gez. Helm

SS-Obersturmbannführer

K212374

H299726

257002H

878812H

4859



A 4 b (I) a 3013/42 g (1319)

Berlin, den 10. Juli 1944.

Pr.: 912/44

C-1

Geheim

Betrifft: Rückführung von Juden aus  
Ungarn nach Kroatien.

Bezug: Ohne.

4/7 1048/74 K

Nach streng vertraulicher Mitteilung be-  
absichtigt die ungarische Regierung, Juden fremder  
Staatsangehörigkeit zu repatriieren. Die kroatische  
Regierung hat sich auf Anfrage bereit erklärt, alle  
Juden kroatischer Staatsangehörigkeit unter der Be-  
dingung aufzunehmen, dass sie die Grenze legal  
passieren und ihr Vermögen den kroatischen Behörden  
zur Verfügung stellen.

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei  
und des SD in Ungarn wurde verständigt.

W. V. 278

923/21

11 40/6121



0086

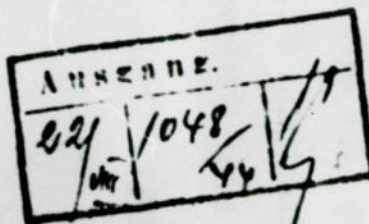


22. August 1944.

1946/44

1.)

An das  
Reichssicherheitshauptamt,  
Amt IV A 4,  
B e r l i n



Betr.: Rückführung von Juden aus Ungarn nach Kroatien.  
Vorg.: Dort. Schreiben IV A 4 b (I) a 3013/42g (1319)  
B.-Nr. 912/44 vom 10.7.44.

Sämtliche Judenangelegenheiten und Massnahmen bezüglich Juden werden hier in oberster Instanz von der Hauptdirektion für öffentliche Ordnung und Sicherheit im Innenministerium bearbeitet. Der bisherige Leiter der politischen Abteilung dieses Amtes und jetzige Kabinettschef des Innenministeriums, zu dem von hier ein gutes Verhältniss besteht und dessen Angaben als zuverlässig zu werten sind, teilt mit, dass zwischen Kroatien und Ungarn bisher keine Vereinbarungen getroffen sind, wie sie in obigen Erlass erwähnt werden. Von einer Rückführung kroatischer Juden aus Ungarn ist bisher nichts bekannt.

I.V.

M<sup>24</sup>

Oberstammsführer.

924/4

2.)

Z. A. A.

1/1 40/6/2/1



0087



19



3135/42 g (1352)

W B 4 a

11. 1942

H. Müller

Derivatebeschaffung für Hygieneunterstützung  
für die Waffen-SS in Ungarn  
Gewährung von Familienunterstützung an  
die Angehörigen der Frontkämpfer





NO-21

IIA-59-

10.000/12.000/12.000  
27 November 1942  
Geheime Reichsangelegenheit

(1352)  
3/15/42

2 Ausfertigungen  
1. Ausfertigung.

An den  
Reichsführer-3 und Chef der Deutschen Polizei  
H. Zt. Feld-Kommandostelle.

Empf. 27 NOV 42  
10/19/42

Betrifft: Devisenbeschaffung zur Freiwilligenwerbung  
für die Waffen-3 in Ungarn/Gewährung von  
Familienunterstützung an die Angehörigen  
der Freiwilligen.  
Bezug: Befehl vom 19.8.1942 zum Bericht vom  
15.8.1942 - IV B 4 a - 3125/42g (1352) -  
in gleicher Angelegenheit.

In Ausführung des vorbezeichneten Befehls  
habe ich die mit der Frage der Beschaffung von Pengö  
zur Freiwilligenwerbung für die Waffen-3 in Ungarn/  
Gewährung von Familienunterstützung an die Angehörigen  
der Freiwilligen zusammenhängenden Fragen mit  
dem 3-Hauptamt durchgesprochen lassen.

Nachdem es nach Lage der Verhältnisse zu-  
mindest für die nächste Zeit nicht durchführbar ist,  
aus dem in Ungarn zurückgebliebenen Vermögen von Ju-  
den deutscher Staatsangehörigkeit für den beabsichtig-  
ten Zweck Pengö flüssig zu machen, ist dagegen folgen-  
der Weg gangbar:

Seit April ds. Jrs. werden auf Grund der Ver-  
stellungen des Reichswirtschaftsministeriums und der  
Reichsbank im Hinblick auf die angespannte Devisen-  
lage des Reiches von Fall zu Fall Anträge von 1 ten





110-2408

Juden um Genehmigung der Auswanderung, sofern sie für ihre Person 100.000 sfrs (früher 50.000 sfrs) unter Verzicht auf den Gegenwert zur Verfügung stellen und keine besonderen sicherheitspolizeilichen Bedenken vorliegen, genehmigt.

Ähnlich dem in den besetzten niederländischen Gebieten gehandhabten Verfahren ist nunmehr auch vermögenden Juden mit slowakischer Staatsangehörigkeit - und zutigenfalls auch deren nächsten Angehörigen - die Ausreise aus der Slowakei in das Reichsgebiet zu ermöglichen. Gegen Zahlung eines angemessenen Betrages in Pongö wäre diesen Juden die weitere Auswanderung zu gestatten.

In diesem Zusammenhang wird berichtet, daß von den in den besetzten niederländischen Gebieten bisher von Juden beantragten 115 Genehmigungen zur ausnahmsweisen Auswanderung 8 Genehmigungen erteilt wurden. Von diesen erbrachten 6 Fälle für insgesamt 28 Juden, die bereits ausgewandert sind, 1.290.000 sfrs. Zwei Genehmigungen für zusammen 8 Juden wurden gegen Lieferung größerer Mengen Olsaat bzw. den Verkauf eines größeren industriellen Unternehmens erteilt.

In weiteren 38 Fällen ist die Prüfung bereits durchgeführt worden und kann nunmehr die Genehmigung zur Ausreise nach Eingang der Devisen erteilt werden. Dabei wird mit dem Aufkommen von 2.860.000 sfrs. gerechnet.

79 Anträge wurden mangels der erforderlichen sicherheitspolizeilichen oder finanziellen Voraussetzungen abgelehnt.



11-24-08

- 2 -

Unter den gegebenen Voraussetzungen spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, die von S-Gruppenführer B o r g e r zur Freiwilligenwerbung für die Waffen-S in Ungarn/Gewährung von Familienunterstützung an die Angehörigen der Freiwilligen benötigten 30 Millionen Pengö unter Anwendung des bereits in den besetzten niederländischen Gebieten gehandhabten Verfahrens aus der Auswanderung von Juden slowakischer Staatsangehörigkeit zu schöpfen, ohne daß dabei irgendwelche Belange des Reiches gefährdet werden.

Hinsichtlich der finanztechnischen Einzelheiten wird der Chef des S-Hauptamtes einen S-Führer als Devisenfachmann zur Verfügung stellen. Der Chef des S-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes - S-Obergruppenführer P o h l - wird beteiligt.

Ich bitte um Zustimmung.

In Vertretung:

Anten